

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä002	0	0	Der GLV wird aufgefordert, den Entwurf des Wahlprogramms redaktionell zu überarbeiten und dabei u.a. durchgehend auf genderechte Sprache zu achten.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä003	0	0	Der GLV wird aufgefordert, den Entwurf des Wahlprogramms durchgehend daraufhin zu prüfen, inwieweit Inklusion und dabei bestimmte Anforderungen wie z.B. Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä004	0	0	Ersetze „bürgernah“ durch: „bürger:innen-nah“	Annahme in der Fassung der AK „bürger:innennah“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä001	0	0	Ersetze „pädagogische Mitarbeiter:innen“ durch: „Pädagog:innen“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A487	0	0	Das Landeswahlprogramm möge grundlegend um den Thementeil „Finanzen“ ergänzt werden.	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä005	2	61-64	Füge nach „Stadt“ ein: „weiterhin“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	Ä006	4	172	Ersetze „Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.“ Durch „Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihres Anteils an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.“	Erliegt bei Annahme Ä09	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	ASJ	A488	4	178	Streiche in Zeile 178 „in allen Bezirksamtern“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	ASJ	A489	4	179	Ersetze in Zeile 179 „Darüber hinaus“ durch „Deshalb“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	AG-MuV	Ä007	4	181	Einfügen in Zeile 181: Die bezirklichen Integrationsfonds werden wir weiterhin aufrechterhalten.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jusos	A326	4	182	„kommunalen“ streichen und durch „demokratischen“ ersetzen	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-I	A481	4	188	Ergänze bei Zeile 385 (alter Zeilenbezug)  „Wir wollen allen Berliner:innen den Zugang zu städtischen Leistungen ermöglichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Deshalb werden wir eine Berlin City-ID-Card einführen, um die Teilhabe an Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung für alle Menschen, die so eine Karte beantragen, zu fördern“. Berlin bleibt Stadt des Friedens und der Solidarität als aktives Mitglied von Städtenetzwerken wie "Solidarity Cities", "Mayors for Peace" und "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe"	Erliegt durch Ä246	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-I	A482	4	196	Ergänze bei Zeile 390 (alter Zeilenbezug)  Wir wollen uns auch international für Frieden, Nachhaltigkeit und Entwicklung einbringen. Die SDG sind hierfür unsere Richtschnur. Um uns den globalen Herausforderungen zu stellen, wollen wir die Struktur der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit an ihr gewachsenes Mittelvolumen anpassen.	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä008	4	152-157	Füge nach „[...] Weltanschauungsgemeinschaften“ ein: „Ebenso unterstützen wir alle, die ohne religiösen Bezug sind.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä010	4	169-172	Ersetze „Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.“ durch:  „Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihrem Anteil an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.“	Erliegt bei Annahme Ä09	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	AG-MuV	Ä009	4	169-172	Ersetze  „Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.“ Durch  „Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihres Anteils an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.“ Insbesondere wollen wir den Anteil Jugendlicher mit Migrationsbiographie in den jährlich startenden Ausbildungsgängen des Landes spiegeln. Eine entsprechende Spiegelung fordern wir auch auf der Ebene der Führungskräfte.	Annahme in der Fassung der AK: Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihres Anteils an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden, um ihren Anteil auf allen beruflichen Ebenen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Berlins abzubilden.	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/05 Pankow-Süd	A428	4	174-180	Ersatz für die Zeilen 375 bis 379: "Wir wollen, dass Einbürgerungswillige ihre Anträge in allen Bezirksamtern unabhängig vom ihrem Wohnort stellen können. Darüber hinaus wollen wir den Einbürgerungsprozess beschleunigen und für mehr Einbürgerungen in den Migrant:innencommunities werben. Dafür wollen wir schrittweise ein landesweites Einbürgerungszentrum errichten, das im ersten Schritt Migrant:innen berät sowie Einbürgerungskampagnen fährt und schließlich hilft, Einbürgerungsverfahren zügig umzusetzen. Ziel ist es, in Berlin die Willkommenskultur für Einbürgerungsinteressierte zu stärken und bürokratische Hürden, wo es geht, abzubauen sowie den Einbürgerungsprozess innerhalb von sechs Monaten abzuschließen."	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	AG-MuV	Ä011	4	176-180	Ersetze die Zeilen 176-180 durch:  Wir wollen Einbürgerungen unabhängig vom Wohnort der Antragsteller:innen in allen Bezirksamtern vornehmen. Die Ämter werden verpflichtet, die Anträge anzunehmen. Darüber hinaus wollen wir den Einbürgerungsprozess beschleunigen und für mehr Einbürgerungen in den Einwander:innencommunities werben. Das Ziel ist es dabei, den Einbürgerungsprozess innerhalb von sechs Monaten abzuschließen. Dafür wollen wir schrittweise ein landesweites Einbürgerungszentrum errichten	Annahme in der Fassung der AK in Zeile 179-180 "Darüber hinaus wollen wir ein landesweites Einbürgerungszentrum errichten."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä012	4	182-186	Ersetze den gesamten Absatz durch: „Damit alle Menschen an Entscheidungen teilhaben können, werden wir uns im Bund und im Land dafür einsetzen, dass sowohl EU-Bürger:innen als auch Nicht-EU-Bürger:innen, die seit mindestens 5 Jahren in Berlin leben, das aktive und passive Wahlrecht auf Kommunal- und Landesebene erhalten.“	Annahme in der Fassung der AK: Ergänzung in Zeile 186 nach "eingeführt wird": "und das aktive und passive Wahlrecht auf Kommunalebene erhalten."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jusos	A327	4	184-186	streiche "kommunale" und "Nicht-EU-" und ergänze "alle"	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä013	4	186-188	Ersetze den Satz „Wir setzen uns dafür ein...“ durch:  „Dies bezieht auch die Teilnahme an Bürger- und Volksentscheiden mit ein.“	Annahme in der Fassung der AK: Ergänzung in Zeile 188:  "Dies bezieht auch die Teilnahme an Bürgerentscheiden mit ein"	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Forum Netzpolitik	Ä014	4	205-206	In Zeile 206 neuen Satz ergänzen nach "entgegen": "Dazu gehört auch die Barrierefreiheit von Onlineangeboten."	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	Ä015	5	220	Füge ein: "Die Erfüllung des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) hat für uns ebenfalls höchste Priorität."	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	Ä016	5	223	neuen Absatz einfügen: Zur dauerhaften Sicherung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Evaluierung dieses Prozesses hin zu einer inklusiven Stadtgesellschaft werden wir die Förderung des Instituts für Menschenrechte ausbauen und verstetigen.	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/07 Weißensee City	Ä017	5	231	Ergänzung in Zeile 231: „Den Landesbeirat und die Bezirksbeiräte für Menschen mit Behinderung wollen wir finanziell stärken, damit sie eine bessere Teilhabe und die Berücksichtigung ihrer Belange in allen Bereichen des Lebens weiter vorantreiben können.“	Annahme in der Fassung der AK: "Die Situation des Landesbeirats und der Bezirksbeiräte für Menschen mit Behinderung wollen wir verbessern."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä018	5	240	Einfügen: „Außerdem ist der Barrierefreiheit Vorrang vor dem Denkmalschutz einzuräumen.“	Annahme in der Fassung der AK: Der pädagogischen Qualität und der Inklusion ist Vorrang vor Denkmalschutz in pädagogischen Einrichtungen einzuräumen."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/07 Weißensee City	Ä019	5	258	Ergänzung in Zeile 258 zwischen „mit“ und „Behinderungen“: "körperlichen, Sinnes- und kognitiven"	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä020	5	222-230	Zellen ersetzen durch:  „Wir setzen uns dafür ein, dass der Berliner Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch weiterhin partizipativ zusammen mit Menschen mit Beeinträchtigungen und ihren Selbstorganisationen als auch Vertretungsorganisationen umgesetzt, evaluiert und fortgeschrieben wird. So können wir Hindernisse ermitteln und beseitigen, denen sich Menschen mit Behinderungen, chronischen Beschwerden oder Beeinträchtigten in all Ihrer Vielfalt gegenübersehen. Wir machen uns über den Bundesrat dafür stark, dass die Gebärdensprache als nationale Minderheitensprache anerkannt wird.“	Annahme in der Fassung der AK: Ersetzung mit folgendem Satz: So können wir Hindernisse ermitteln und beseitigen, denen sich Menschen mit Behinderungen, chronischen Beschwerden oder Beeinträchtigten in all Ihrer Vielfalt gegenübersehen. Wir machen uns über den Bundesrat dafür stark, dass die Gebärdensprache als nationale Minderheitensprache anerkannt wird.	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä021	5	241-246	Ergänze: „Dazu gehört auch ein barrierefreies Wohnumfeld mit barrierefreien Zuwegungen.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä022	5	251-254	Füge nach „nehmen“ ein: „Noch existierende geschlechtsspezifische Benachteiligungen für Frauen sind zu beheben.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä023	5	253-254	Füge ein: „Integrationsfirmen werden wir weiterhin unterstützen und dafür werben.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä024	6	262	Füge nach „Maßnahmen“ ein: „für die gesamte Wirtschaft“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	Ä026	6	276	Neuer Absatz mit dem Ziel: Trennung von Ausbau von Gesundheitseinrichtungen und Schutzmöglichkeiten für Frauen	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A310	6	282	„Wir stabilisieren die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) und ..... fördern .....“	Annahme in der Fassung der AK: „Wir stabilisieren die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB).“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä027	6	283	Füge vor „Wir unterstützen“ ein:  „Die frühzeitige Einbeziehung der Belange von Menschen mit Behinderungen bei relevanten Entscheidungsprozessen ist für uns Verpflichtung.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/07 Weißensee City	Ä028	6	288	Ergänzung in der Zeile 288 zwischen "auch" und "das": „den Landesbeirat für Menschen mit Behinderung, sowie“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä029	6	290	Füge als neuen Absatz ein:  „Zur dauerhaften Sicherung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Evaluierung dieses Prozesses hin zu einer inklusiven Stadtgesellschaft werden wir die Förderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte ausbauen und verstetigen. Indem wir die Hindernisse, denen sich Menschen mit Behinderungen und ebenso Menschen mit chronischen Beschwerden und Beeinträchtigungen bei der Ausübung ihrer Rechte gegenübersehen, ermitteln und angehen, stärken wir ihre Selbstbestimmung und Autonomie. Wir Sozialdemokrat*innen wollen wissen, wie gut Berlin auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft tatsächlich vorankommt. Deshalb werden wir einen Teilhaberbericht erstellen, der fundierte und transparente Informationen zu den verschiedenen Lebenslagen in Berlin zur Verfügung stellt.“	Annahme in der Fassung der Antragskommission: Einfügung Z. 290  Deshalb werden wir einen Teilhaberbericht erstellen, der fundierte und transparente Informationen zu den verschiedenen Lebenslagen in Berlin zur Verfügung stellt.	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jusos	A366	6	291	S.6, Z- 291 füge ein:  “Auszubildende verdienen es, ein unabhängiges und selbstständiges Leben in unserer Stadt führen zu können. Deshalb möchten wir sie weiter finanziell entlasten. Die auf Initiative der SPD eingeführte Mindestausbildungvergütung ist hierfür ein erster guter Schritt. Wir wollen in einem nächsten Schritt die Gebühren für schulische Ausbildungen erlassen, damit mehr Menschen sich in diesen Berufen zu qualifizierten Fachkräfte ausbilden lassen. Zudem werden wir das von der SPD eingeführte kostenlose BVG-Schülerticket auf Auszubildende ausweiten. Dem erhöhten Bedarf der Auszubildenden an bezahlbarem Wohnraum möchten wir mit der Schaffung von Azubi-Wohnheimen entgegenzutreten.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä030	6	270-282	Ersetze den gesamten Absatz durch:  „Wir wollen berlinweit eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung für Menschen mit Behinderungen sicherstellen. Wir fördern daher den barrierefreien Umbau von Krankenhäusern und deren behindertengerechte Ausstattung, u.a. auch mit notwendigen Hilfsmitteln, und forcieren barrierefreie Arztpraxen und Gesundheitsdienstleistungen durch finanzielle Anreize. Dies gilt insbesondere für Praxen der Frauenheilkunde. Wir sorgen für eine ausreichende Versorgung mit Medizinischen Behandlungszentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen (MZEB). Wir schaffen mehr barrierefreie Schutzmöglichkeiten für Frauen und Mädchen mit Behinderungen vor Gewalt und bauen Hilfen für Menschen mit Migrationsbiografie und Behinderungen aus. Wir fördern Modellprojekte, um die Selbstbestimmung von Menschen, denen eine verbale Kommunikation nicht möglich ist, zu wahren. Wir stabilisieren die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) bei ihren Angeboten zur unentgeltlichen Beratung zu Fragen der Rehabilitation und Teilhabe.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	Ä031	7	351	Ersetzen „Flüchtlinge(n)“ durch "Geflüchtete"	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä032	7	351-353	Füge nach „niedrigschwellige“ ein: „und barrierefreie“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä033	9	439	Füge ein:  „Dazu werden wir ein Landesprogramm auferlegen, dass ähnlich wie das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP) funktioniert. Die Bezirke können bei der wichtigen Aufgabe, Schulhöfe und Spielplätze zu erhalten und zu pflegen nicht alleine gelassen werden. Dazu werden wir ein vergleichbares Programm für die Reinigung der Spielplätze auferlegen, denn jedes Kind muss die Möglichkeit haben, auf einem sauberen Spielplatz spielen zu können.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä034	9	454	Füge ein: „Dabei haben wir auch die Barrierefreiheit im Blick, damit alle Kinder die Spielplätze nutzen können.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä035	9	457	Ergänze: „Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä036	10	490	Füge nach „zu stellen“ ein:  „In allen Neubauten sind die Erdgeschosse rollstuhlgerecht zu bauen. Entsprechende Änderungen werden in den gesetzlichen Bestimmungen aufgenommen bzw. geändert.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä037	10	514-517	Füge nach „kostenlose“ ein: „bedarfsgerechte und inklusive“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä038	11	569	Ergänze: „Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) sorgt seit 30 Jahren für mehr Parität in der Personalentwicklung. Dies wollen wir insbesondere bei den Führungspositionen verstärken.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä039	11	572	Ergänze nach „vorleben“:  „Deshalb wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und alle Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen, dem Senat und in der Verwaltung paritätisch besetzen. Wir werden zudem unserer Positionen im Senat (mind. die Hälfte der Senator:innen und mind. die Hälfte der Staatssekretär:innen) mit Frauen besetzen.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	Ä040	11	569-570	ersetzen des Satzes „Wir setzen uns für Parität in allen Führungspositionen der Stadt ein.“ durch: „Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) sorgt seit 30 Jahren für mehr Parität in der Personalentwicklung. Dies wollen wir insbesondere bei den Führungspositionen verstärken. Seien es...“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä041	12	579	Ergänze:  „Um eine Gleichberechtigung in allen Bereichen der Gesellschaft zu erzielen, ist es unabdingbar das sich das Land Berlin dem Gender Budgeting verpflichtet. Denn nur wenn öffentliche Gelder gendergerecht verteilt werden, ist eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen.“	Annahme in der Fassung der AK: „Wir wollen gewährleisten, dass die kommenden Haushalte des Landes Berlin geschlechtergerecht aufgestellt werden.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä042	12	589	Füge ein: „Wir streben freiwillige Schulungen für Männer im Bereich der Care-Arbeit an.“	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A044	12	621	Einfügen: „Um Alleinerziehenden oder Elternteilen, die auf dem Weg in die Alleinerziehung sind, rechtlichen, sozialen oder psychologischen Beistand zu leisten, wollen wir auf die Einrichtung einer von Familiengerichten und Jugendamt un-abhängigen Beratungsstelle hinwirken. Da insbesondere Frauen und Mütter vor, während und nach Trennungen Opfer von physischer oder psychischer Gewalt sind, muss die oben genannte Stelle insbesondere auch Kompetenzen im Bereich häuslicher, physischer und psychischer Gewalt mit sich bringen. Wir fordern dabei eine Ombudsperson, die sich um die Belange alleinerziehender Mütter kümmert.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Forum Netzpolitik	A045	12	627	In Zeile 627 neuer Absatz: „Wir wollen spezielle Angebote für von digitaler Gewalt betroffene Frauen stärken und ausbauen. Der Zugang zu Beratungsangeboten muss ohne Medienbruch und niederschwellig möglich sein. Polizeibeamte wollen wir hinsichtlich der spezifischen digitalen Gewalt- und Bedrohungsformen verstärkt fortbilden.“	Annahme - Einfügung in Zeile 620	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A046	12	608-610	Ersetze „Wir stellen uns entschieden gegen Übergriffe und gewaltförmige Sprache im Netz in Form von „Hate Speech““ durch „Wir stellen uns entschieden gegen Hate Speech, also Übergriffe und gewaltförmige Sprache im Netz. Es kann jeden treffen, besonders betroffen sind neben Frauen“ auch politisch Aktive, Minderheiten und Kinder. Um wirksam gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen, werden wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hate Speech und eine zentrale Melde- und Beratungsstelle für Opfer einrichten. Dazu werden wir in Justiz, Polizei, Staatsanwaltschaft und Schulen Weiterbildungen einführen, um das Bewusstsein und den Umgang mit diesem wichtigen Thema zu stärken.“	Annahme in der Fassung der Z. 4525 Einfügen: „Um wirksam gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen, werden wir eine entsprechende Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft und eine zentrale Melde- und Beratungsstelle für Opfer einrichten.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A047	12	615-618	Füge nach „... damit ihr Schutz gewährleistet ist“ ein:  „Mit 1,57 Schutzplätzen pro 7.500 Einwohner/innen steht Berlin an der Spitze der Bundesländer und erfüllt neben Hamburg als einziges Land die Mindestforderung der Istanbul-Konvention des Europarats.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-VII	A048	13	648-657	Einfügung des Kapitels: 3.4 Starke Wirtschaft durch starke Frauen!  Wir wollen den Anteil der Gründerinnen von derzeit 15,7% deutlich ausbauen und werden entsprechende Unterstützungs- und Förderprogramme mit einem Förderbonus für Frauen im kommenden Haushalt ausbauen. Dabei sind Frauen vor allem in den für die Stadt Berlin so wichtigen Bereichen der Green Economy, Social Entrepreneurship und der Gesundheitswirtschaft stark vertreten. Diese Unternehmerinnen sind Vorbilder für die nächsten Generationen junger Frauen. Ihre Erfolge wollen wir sichtbar machen, indem wir branchentypische Netzwerkveranstaltungen auch finanziell unterstützen, sowie gründerinnenspezifische Coachingprogramme aufbauen bzw. stärken. Strukturelle Benachteiligung müssen sichtbar gemacht und behoben werden, indem in Zusammenarbeit mit Brandenburg in regelmäßigen Abständen einen Gründerinnenreport vorgelegt wird. Bereits erkannte Benachteiligungen existieren beim Zugang zu Finanzierungen, Kapitalaufnahmen sowie dem Zugang zu staatlichen Fördermitteln und bei der Vereinbarkeit von Unternehmensgründung und Familie. Hiergegen werden wir eine entsprechende Sozial- und Familienpolitik, die Unternehmerinnen ausdrücklich einschließen, auf Landes- und Bundesebene gestalten, insbesondere fordern wir deshalb den zügigen Ausbau flexibler (Klein-)Kinderbetreuung.	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A049	14	699	Ergänze nach „Die Ehrenamtskarte werden wir wirksamer bewerben“: „und gemeinsam mit den Organisationen und Initiativen“.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Süd	A511	14	712	Auf Seite 14, den Satz ab Zeile 712 streichen: „Wir wollen prüfen, ob Aufwandsentschädigungen im Ehrenamt in Teilen angehoben werden können.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A050	14	720	Streiche „wenn möglich“	Annahme in der Fassung der AK "Bei Bedarf wollen wir die Anzahl erhöhen"	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A051	14	720-721	Ergänze vor „Viele Selbsthilfegruppen“:  „Darüber hinaus werden wir mit der BVG über vergünstigte Fahrpreise beim Besitz einer Ehrenamtskarte verhandeln.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A052	14	721-724	Ersetze „Um die Raumkapazitäten zu erweitern, wollen wir prüfen, ob in Schulgebäuden, Rathäusern oder anderen bezirklichen oder städtischen Einrichtungen Räume verfügbar gemacht werden können.“ durch:  „Um die Raumkapazitäten zu erhöhen, werden wir verstärkt Schulgebäude, Rathäuser oder andere bezirkliche oder städtische Einrichtungen zur Verfügung stellen.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A053	15	770	Füge ein: „In Schulen und Kindertagesstätten und in außerschulischen Lernorten werden Demokratielernen und Demokratiepädagogik als Regelangebote eingeführt.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A058	15	774	Füge nach „[...] koordiniert werden.“ ein: „In Schulen und Kindertagesstätten und in außerschulischen Lernorten werden Demokratielernen und Demokratiebildung als Regelangebote eingeführt.“	Erliegt durch A437	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Süd	A523	15	775	Das Wahlprogramm ist auf Seite 15, ab Zeile 775 als TOP 4.5. um die beiden nachfolgenden Punkte zu ergänzen:  Fairer Handel In den letzten Jahren hat Berlin den Fairen Handel als Beitrag zu einem nachhaltigen Konsum und zu einer fairen öffentlichen Beschaffung erfolgreich vorangebracht, wofür der Stadt der Ehrentitel „Fairtrade Town“ verliehen wurde. Der Titel wurde in 2020 erneuert und in vielen Bereichen beispielsweise in der schulischen und in der Erwachsenenbildung, durch Projekte im Schulsport und -vereinen oder bei der Mittagsverpflegung in Kitas, Schulen und Kantinen wurde die Idee des Fairen Handels gefördert und verstärkt in die Öffentlichkeit getragen. Einen wichtigen Beitrag dazu hat das „Aktionsbündnis Fairer Handel Berlin“ geleistet, dessen Struktur weiter unterstützt und gefördert werden soll, um auf den erreichten Erfolgen aufzubauen.  17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) Im Jahr 2015 wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Zielen verabschiedet. Die SPD Berlin wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass eine nachhaltige Entwicklung in allen Politikfeldern eine wichtige Rolle einnehmen wird. Dabei werden wir die Handlungsfelder der kommunalen Entwicklung beispielsweise die Schaffung einer Kultur des Zusammenhalts, die Vielfalt und Chancengerechtigkeit für alle Menschen sowie die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in die lokale Agenda 2030 vorantreiben. Auch die Partnerschaften mit Ländern des globalen Südens sollen weitergeführt werden.	Annahme in der Fassung der AK: Einfügung in Zeile 775 "In den letzten Jahren hat Berlin den Fairen Handel als Beitrag zu einem nachhaltigen Konsum und zu einer fairen öffentlichen Beschaffung erfolgreich vorangebracht, wofür der Stadt der Ehrentitel „Fairtrade Town“ verliehen wurde. Der Titel wurde in 2020 erneuert und in vielen Bereichen beispielsweise in der schulischen und in der Erwachsenenbildung, durch Projekte im Schulsport und -vereinen oder bei der Mittagsverpflegung in Kitas, Schulen und Kantinen wurde die Idee des Fairen Handels gefördert und verstärkt in die Öffentlichkeit getragen. Einen wichtigen Beitrag dazu hat das „Aktionsbündnis Fairer Handel Berlin“ geleistet, dessen Struktur weiter unterstützt und gefördert werden soll, um auf den erreichten Erfolgen aufzubauen.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A054	15	776	Änderung der Überschrift in: „Klimaschützende und klimafreundliche Stadt Berlin“.  (Inhaltsverzeichnis)	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A055	15	782	Ersetze „Ob Wirtschaft, Bildung, Verkehr oder Stadtentwicklung – jeder Bereich muss seinen Beitrag leisten.“ durch:  „Auch die Klimaanpassung an für Berlin relevante Klimafolgen wie etwa Hitzewellen muss in allen Bereichen mitgedacht werden.“	Ergänzung statt Ersetzung: Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-I	A483	15	784	Ergänze bei Zeile 767 (alter Zeilenbezug)  Die sozialen und ökologischen Standards in der Vergabe Berlins wollen wir weiter zentralisieren und professionalisieren und durch wirksame Kontrollmechanismen sichern.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KV-Mitte	A530	15	755-756	Ergänze nach „Wir bekämpfen konsequent Demokratiefeindlichkeit, Menschenverachtendes Gedankengut, Rassismus, Diskriminierung, Hass, Antisemitismus, Rechtsextremismus, und Islamfeindlichkeit“:  „und Antiziganismus [...]“	Annahme	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-Jugend	A056	15	769-774	Ersetze die Zeilen 769-774 Durch "Berliner Kinder- und Jugendverbände wollen wir in ihrem Selbstverständnis als „Werkstätten der Demokratie“ unterstützen und die Jugendbildungsstätten als Kompetenzzentren der politischen Jugendbildung stärker nutzen. Die Angebote der politischen Bildung sollen von einer strategisch neu ausgerichteten Berliner Landeszentrale für politische Bildung stärker wirksam koordiniert werden."	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A437	15	774-775	Füge ein: „In Schulen und Kindertagesstätten und in außerschulischen Lernorten werden Demokratielernen und Demokratiebildung als Regelangebote eingeführt.“	Annahme in der Fassung der AK: „Einfügung in Zeile 2968: „Darüber hinaus wollen wir in Schulen und Kindertagesstätten und in außerschulischen Lernorten Demokratielernen und Demokratiebildung als Regelangebote einführen.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/70 City-Westend-Kl	A401	15	780-782	Die Zeilen 780 bis 782 sollten verändert wie folgt lauten: "Der fortschreitende Klimawandel und die Gefahr irreversibler Umweltschäden erfordern neue Maßstäbe auch für unser Leben und Arbeiten in Berlin. Die Klimaänderungen engen bereits jetzt menschliches Überleben in bestimmten Regionen Asiens, Afrikas und Mittelamerikas ein. Klimaschutz ist Überlebensschutz. Die SPD war und ist eine Partei des Friedens und dies gilt nunmehr auch für den Frieden mit der Natur. Um unsere Klimaschutzziele...."	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A444	15	782-784	Ersetze „Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir alle Politikfelder konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten.“ Durch „Um dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden, werden wir alle Politikfelder konsequent klimafreundlich und ökologisch ausrichten.“	Annahme in der Fassung der AK: "Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzziele gerecht zu werden, werden wir alle Politikfelder konsequent klimafreundlich und ökologisch ausrichten."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A057	15	786-789	Ersetze „2050.“ durch: „2040“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/70 City-Westend-Kl	A402	15	786-789	Die Zeilen 786 bis 789 sollten geändert lauten: „Wir müssen den Ausstoß von CO2 und anderen Treibhausgasen in Berlin schnellstmöglich reduzieren, und zwar um mindestens 65 Prozent bis 2030. Spätestens im Jahr 2050 muss das Leben und Arbeiten in Berlin klimaneutral sein. Wir wollen ein Berlin...“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A417	16	794	Füge Satz ein: „Diese Mobilitätswende zeichnet sich auch durch eine gerechtere Flächenverteilung aus.“	Annahme in der Fassung der AK: "Mobilitätswende, die sich durch eine gerechtere Flächenverteilung auszeichnet."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A490	16	794	„Diese Mobilitätswende zeichnet sich auch durch eine gerechtere Flächenverteilung aus.“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A059	16	809	Ergänze: „Wir brauchen einen Hitzeaktionsplan, der insbesondere das Gesundheits- und Pflegesystem besser auf den Klimawandel vorbereitet.“	Annahme in der Fassung der AK: In Zeile 1309 Ergänzung: „Auch Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Wir brauchen einen Klimaktionsplan, der unsere soziale Infrastruktur auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet, insbesondere auf die Hitzeperioden.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A060	16	819	Seite 16, Zeile 819 „Fridays for Future“ hat gezeigt, wie groß die Sorge von Kindern und Jugendlichen um die Lebensumstände auf unserem Planeten ist. Im Bildungssystem wollen wir mehr Möglichkeiten zum gemeinsamen projektorientierten Lernen über Umwelt und Klima schaffen.“	Annahme in der Fassung der AK: "Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir stärken und im lebenslangen Lernen verankern."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A061	16	791-794	Ergänze nach „Personenverkehrs“: „Verbesserung des Fuß- und Stärkung des Radverkehrs“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A416	16	791-794	Ändere Satz in „Mit einem Mix aus E Mobilität,Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrsund Stärkung des Rad- und Fuß-Verkehrs sowie konsequenter Digitalisierung schaffen wir die nötige Mobilitätswende.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A529	16	791-794	Mit einem Mix aus E-Mobilität, Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und Stärkung des Rad- und Fuß-Verkehrs sowie konsequenter Digitalisierung schaffen wir die nötige Mobilitätswende.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedr	A062	17	859	Nach „...müssen.“ Ergänzung von: „Dabei sollte der Aufbau von intelligenten Netzen (Smart Grid) schnell vorangetrieben werden.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A063	17	875	Füge ein: „Unser Ziel bleibt der Erwerb des Berliner Wärmenetzes, um auch die Sozialverträglichkeit im Transformationsprozess zu sichern.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-VII	A064	17	875	Ergänze folgenden Satz: Unser Ziel bleibt der Erwerb des Berliner Wärmenetzes, um auch die Sozialverträglichkeit im Transformationsprozess zu sichern.	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A446	17	876	Füge ein: „Unser Ziel bleibt der Erwerb des Berliner Wärmenetzes, um auch die Sozialverträglichkeit im Transformationsprozess zu sichern.“	Erliegt A066	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jusus	A328	17	893	einfügen hinter "Wasserstoffspeichern": " und andere Speichertechnologien bis spätestens 2050"	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedr	A065	17	896	Nach „...[entwickeln]“ Ergänzung von: „Zudem muss ein Energiespeichersystem mit entsprechender Kapazität bestehend aus Wasserstoffspeichern und anderen Speichern bis 2050 in unserer Stadt aufgebaut werden.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A450	17	896	Satz einfügen: „Innovationen im Bereich der nachhaltigen Energiespeicherung und Erzeugung sollen allgemein gefördert werden“.	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/15 Kollwitzplatz	A066	17	855-875	Ersetze Zeilen 855 bis 875 durch:  Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale Unternehmen. Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit Energie, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, die Gesundheitsversorgung sowie Bäder, öffentlicher Verkehr und digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen Unternehmen und Betriebe ein wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwicklung Berlins bei. So fließen die Gewinne der Landesunternehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben in öffentlicher Hand. Sie ermöglichen kommunalen Unternehmen wie der öffentlichen Hand selbst Investitionen und Innovationen für die Menschen in unserer Stadt.  Wir streben die noch stärkere Aktivierung der kommunalen Unternehmen für eine aktive Wirtschafts- und Stadtpolitik an. Heute schon beschließt der Berliner Senat für alle Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrsnetzes oder im Gesundheitswesen sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunternehmen in Milliardenhöhe wollen wir stärker für die Erreichung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovationskraft oder Klimaneutralität einsetzen. Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der neben dem Betrieb des Stromnetzes auch die Entwicklung eines kommunalen Breitbandnetzes übernehmen soll. Wir setzen zudem unsere Bemühungen zur Rekommunalisierung des Gasnetzes an und streben weiterhin den Erwerb des Berliner Wärmenetzes an, die wir ebenfalls in den Infrastrukturbetreiber integrieren wollen. Hierbei möchten wir auch eine genossenschaftliche Beteiligung ermöglichen, um die Akzeptanz zu steigern und Bürger:innen bei der Energiewende zu beteiligen zu machen.  Wir streben mittelfristig eine Zusammenführung der Aktivitäten der Berliner Stadtwerke, der Berliner Energieagentur und der Energietöchter der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften an. Langfristig streben wir ein integriertes Berliner Stadtwerk an.	Erliegt durch A409	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A413	17	860-868	Bei Annahme des vorherigen Antrages können Zeilen 860 bis 868 durch folgende gekürzte Formulierung ersetzt werden: „Deshalb werden wir unsere Rekommunalisierungsbemühungen fortsetzen, die Infrastrukturen in einem starken Berliner Infrastrukturbetreiber bündeln und die Berliner Stadtwerke zu dem zentralen Berliner Klimadienstleister ausbauen.“	Erliegt durch A066	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A067	17	871-875	Ersetze „und die schrittweise Dekarbonisierung der Stadtwärme mit überprüfbar Quoten bis 2050 einsetzen“ durch „und die vollständige Dekarbonisierung der Stadtwärme bis spätestens 2040 einsetzen“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A445	17	873-875	Ersetze Halbsatz „und die schrittweise Dekarbonisierung der Stadtwärme mit überprüfbar Quoten bis 2050 einsetzen“ durch „und die vollständige Dekarbonisierung der Stadtwärme bis spätestens 2040 einsetzen.“	Erliegt A066	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A449	17	877-878	Änderung von "Ein wichtiger Beitrag für ein klimaneutrales Energiesystem ist die Nutzung von Wasserstoff" in "Ein wichtiger Beitrag für ein klimaneutrales Energiesystem ist die Nutzung von grünem Wasserstoff, also von Wasserstoff der ausschließlich Energie aus erneuerbaren Ressourcen trägt."	Erliegt A066	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/70 City-Westend-Kl	A397	17	886-888	Der Satz in den Zeilen 886-888 des Leittrags: „In diesem Zusammenhang wollen wir auch das Tankstellennetz für innovative Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, ausbauen.“ ist zu streichen.	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A451	18	915	Einfügen: „Flächenschonende Bebauung bedeutet ebenfalls, dass Neubauten, wenn möglich die Höhe der umstehenden Häuser erreichen sollten. Zusätzlich dazu sollen Wohnhäuser, die niedriger sind als die umstehenden eher aufgestockt werden, anstelle eines kompletten Neubaus. Somit würden die für das städtische Klima und für das Wohlergehen der Bevölkerung, relevanten Grünflächen weitestgehend geschützt. Zusätzlich dazu soll der klimaresiliente Ausbau von Dachstühlen, insbesondere bei in öffentlicher Hand befindlichen Wohnungsbaugenossenschaften gefördert werden, um mehr bezahlbaren Wohnraum in Innenstadtlage zu schaffen sowie flächenschonend und effizient bestehenden Raum zu nutzen.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedr	A068	18	925	nach „Kiez der kurzen Wege“ Ergänzung von: Wir planen neue Quartiere so, dass bestehende Bus- und Tramlinien durch sie unkompliziert hindurchgeführt werden können.	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A452	18	925	anfügen: „Fahrradfahren muss sicherer und einfacher ermöglicht werden.“	erledigt durch 4.4. 2039ff	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A540	18	925	Z. 925: - Einfügen: „Wir planen neue Quartiere so, das sie mit dem ÖPNV bestmöglich erreicht werden können, wenn möglich durch bereits bestehende Bus- und Straßenbahnlinien“.	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-12/05 Hermsdorf	A069	19	995	Streiche "mit einem Kleingartenflächensicherungsgesetz".	Annahme in der Fassung der AK: "Die Berliner Kleingartenanlagen wollen wir erhalten und dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Sie sind mit Ihren 2.900 Hektar Gesamtfläche unverzichtbare Stadtoasen, Rückzugsräume und Selbstversorgungsmöglichkeiten. Neu zu vergebende Kleingärten in wohnortnahen Lagen sollen daher bevorzugt gemeinschaftlich genutzt und zeitlich befristet vergeben werden. Sofern der Bau von Schulen und Kitas sowie die Daseinsvorsorge eine Inanspruchnahme von Kleingartenflächen erfordern, ist der Verlust dieser Gärten möglichst eingriffsnah zu ersetzen."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A070	19	998-999	Ersetze den Satz „Die Entwicklung von Kleingärten für Wohnungsbau und Gewerbe schließen wir aus.“  Durch „Wir wollen die bestehenden 71.000 Kleingartenparzellen in Berlin für mehr Berliner:innen öffnen. Neu zu vergebende Kleingärten in wohnortnahen Lagen sollen daher bevorzugt gemeinschaftlich genutzt und nur noch zeitlich befristet vergeben werden.“	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-12/05 Hermsdorf	A071	19	998-999	Streiche "Die Entwicklung von Kleingärten für Wohnungsbau und Gewerbe schließen wir aus."	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A541	20	1032	Z. 1032 – Ergänzungen: Statt „Verkehrswende“ „Mobilitäts- und Verkehrswende“	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedr	A072	20	1039	nach „Elektromobilität“ Ergänzung von: „und gestalten den öffentlichen Raum dabei zugunsten von mehr Flächengerechtigkeit um.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/70 City-Westend-Kiez	A403	20	1039	Ab der Zeile 1039, d.h. dem Wort „Elektromobilität“, sollte folgende neue Passage eingefügt werden: „Bei der Ersatzbeschaffung von Dienstfahrzeugen soll künftig die geringste Umweltbelastung Maßstab sein und nicht mehr die Frage, ob es um deutsche oder ausländische Hersteller geht. Bei Dienststreifen innerhalb Deutschlands genießt prinzipiell die Bahn Vorrang. Innerdeutsche Flüge müssen die strikte und besonders begründete Ausnahme bleiben.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A542	20	1045	Z. 1045 – Einfügen: Füge ein hinter „...schaffen“: „und gestalten den öffentlichen Raum dabei zugunsten von mehr Flächengerechtigkeit um“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A419	20	1046	Füge Satz ein: „Parallel werden wir die Infrastruktur für Wasserstoff ausbauen.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A491	20	1046	„Parallel werden wir die Infrastruktur für Wasserstoff ausbauen.“	Erledigt durch A328	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A418	20	1035-1039	Ändere Satz in:  „Zur Reduzierung der CO2-Emissionen setzen wir bei den Verkehrsmitteln insbesondere auf die Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs, mehr und bessere Fuß- und Radwege und den raschen Ausbau der Elektromobilität sowie eine konsequente Digitalisierung.“	Erledigt durch A512	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A512	20	1035-1039	„Zur Reduzierung der CO2-Emissionen setzen wir bei den Verkehrsmitteln insbesondere auf die Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs, mehr und bessere Fuß- und Radwege und den raschen Ausbau der Elektromobilität sowie eine konsequente Digitalisierung.“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedr	A073	20	1041-1043	Streichung von:  „Wir werden deshalb die Ladesäulen-Infrastruktur an öffentlichen Straßen und Plätzen in der kommenden Legislaturperiode massiv ausbauen“ ersetzen durch:„Wir werden deshalb die Ladesäulen-Infrastruktur vorrangig auf P&R-Plätzen, Parkplätzen und Parkhäusern in der kommenden Legislaturperiode massiv ausbauen, auf öffentlichem Straßenland erstellen wir ausnahmslos Prüfkonzepte zur von mehr Aufenthaltsqualität.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A074	21	1059	Ersetze „Wir arbeiten für die Finanzierbarkeit der Einführung des 365-Euro-Tickets“ durch:  „Wir wollen das 365-Euro-Ticket einführen.“	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A420	21	1061	Füge Satz ein:  „Daneben werden wir die Verteilung des Verkehrsraumes zwischen den verschiedenen Nutzungen ihrem Anteil nach gerechter gestalten. So wird umweltverträgliche Fortbewegung attraktiver und die Aufenthaltsqualität weiter verbessert. Wir setzen verstärkt darauf, die Straße von außen nach innen zu planen.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A492	21	1061	„Daneben werden wir die Verteilung des Verkehrsraumes zwischen den verschiedenen Nutzungen ihrem Anteil nach gerechter gestalten. So wird umweltverträgliche Fortbewegung attraktiver und die Aufenthaltsqualität weiter verbessert. Wir setzen verstärkt darauf, die Straße von außen nach innen zu planen.“	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A421	21	1067	Füge Satz ein:  „Außerdem setzen wir uns bei den Wirtschaftsverkehren für die Elektrifizierung der Schienenwege nach Berlin, attraktive Wasserstraßen und nachhaltige Antriebe samt Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur ein.“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A493	21	1067	„Außerdem setzen wir uns bei den Wirtschaftsverkehren für die Elektrifizierung der Schienenwege nach Berlin, attraktive Wasserstraßen und nachhaltige Antriebe samt Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur ein.“	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A075	21	1069	Änderung der Überschrift von "Kulturhauptstadt Berlin" in "Kulturstadt Berlin"  ( Inhaltsverzeichnis)	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A076	21	1079	Füge nach „Stadt“ ein:  „Wir haben ein vielfältiges Verständnis von Kultur, zu dem auch die Club- und Kneipen-Szene in unseren Kiezen gehört. Die Berliner Clubkultur prägt den einzigartigen Charakter der Stadt, bietet Raum für Vielfalt und Schutz für marginalisierte Gruppen, ist internationales Standortmerkmal für die Wirtschaft und die Sozialgesellschaft und Speerspitze einer progressiven Bewegung. Ein Wegsterben der Clubszene käme einem kulturellen Ausverkauf der Stadt gleich.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A077	21	1085	Füge ein: „Deshalb etablieren wir Möglichkeiten, um die vielfältigen privaten Kulturangebote vom Jazz-Konzert bis zum Fußball-Nachmittag an Förderung teilhaben zu lassen.“	Erledigt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A078	21	1094	Ergänze nach „ermöglichen“: „und Proberäume für Musik- und Bühnenprojekte zu finanzieren und neu zu schaffen.“	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KV-Mitte	Ä079	21	1058-1061	ersetze „Wir streben ... an“ durch: „Wir sorgen in der nächsten Legislaturperiode für die Einführung eines 365-Euro-Tickets“;	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä080	22	1121,11	Änderung der Überschrift durch Streichung: „mit allen und von allen“  (Inhaltsverzeichnis)	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä081	22	1126-1129	Ergänze nach „Religion“, oder Behinderung“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä082	22	1126-1129	Ergänze nach „Geschlecht, sexuellen“; „Identität und“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä083	22	1144-1145	Ergänze nach „wichtig“: „Wir streben an, alle Kulturinstitutionen barrierefrei zugänglich zu machen.“ ein.	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä084	22	1154-1156	Ersetze den Satz „Auch die Stätten [...]“ durch:  “Die Stätten der Erinnerung an die Teilung Berlins und der SED-Diktatur bedürfen der Sicherung für künftige Generationen und der ständigen Weiterentwicklung.“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä085	23	1164	Streiche „ebenfalls“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-I	Ä485	23	1165	Ergänze bei Zeile 1009 (alter Zeilenbezug)  Sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene unterstützen wir die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte, die ebenfalls in Berlin einen ihrer wesentlichen Ausgangspunkte hat, mit der Entwicklung eines zentralen und weiteren dezentralen Erinnerungsorten.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä088	23	1213	Ersetze „Für uns soll Berlin nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die Kulturhauptstadt aller in unserem Land lebenden Menschen sein.“ durch:  „Berlin ist nicht nur die Hauptstadt Deutschlands, sondern auch eine Kulturmetropole für alle im Land lebenden Menschen und Interessierte weltweit.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä089	24	1222	Ergänze nach „Gesundheitsschutz“: „sowie eine menschen- und bedürfnisgerechte Pflege“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	Ä090	24	1226	Seite 24, 1226 soll eingefügt werden: Die gesundheitlichen Versorgungsbedarfe von Menschen mit Beeinträchtigungen sollen künftig besser erfüllt werden.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	ASG	Ä091	24	1237	füge ein: „Die medizinische Versorgung durch Arztpraxen sollte durch einen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst ergänzt werden, der Kinder und Jugendliche in Notfällen in Hause behandelt.“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-VII	Ä092	24	1238	Einfügung nach letztem Satz: Für die Einführung digitaler Gesundheitsanwendungen (DiGAs) wollen wir die Verfahren für die „App auf Rezept“ beschleunigen.	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	Ä443	24	1245	Füge ein: „Suchtmittelabhängigen wollen wir nachhaltig helfen, ohne sie ins gesellschaftliche Abseits zu stellen oder sie zu kriminalisieren. Wir streben ein landesweites Konzept an, um Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu vermeiden und zugleich Konsumierenden sichere und saubere Möglichkeiten für den Konsum zur Verfügung zu stellen.“	Annahme in der Fassung der AK: „Wir werden soziale Angebote zur Suchtprävention stärken, um Menschen mit Suchtkrankheiten den Ausstieg aus der Drogensucht zu ermöglichen. Dazu bauen wir Beratungs- und Selbsthilfeangebote, sowie Angebote einer aufsuchenden Sozialarbeit aus. Außerdem wollen wir öffentliche Räume entlasten, in denen sich Menschen aufhalten, die drogenabhängig sind. Hierzu bauen wir Drogenkonsumräume sowie Spritzenprogramme aus und sorgen für sichere Spritzenabwurfstellen, um die Sicherheit in öffentlichen Parks und auf Spielplätzen zu erhöhen. Wir bekämpfen gleichzeitig den Drogenhandel vor Ort und auf der Ebene der organisierten Kriminalität.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	Ä093	24	1250	Seite 32, Zeile 1116 soll eingefügt werden Hinter: Im Interesse .... aller Patient*innen mit und ohne Beeinträchtigungen .... , moderne Medizintechnik	Annahme in der Fassung der AK: In Zeile 122 Einschub in den Satz eine auskömmliche Versorgung sowie vorsorglichen Gesundheitsschutz für alle sicherzustellen.	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä094	24	1251	Füge nach „Patient:innen“ ein: „mit und ohne Beeinträchtigungen“	Erliegt durch Ä106	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	ASG	Ä095	24	1259	füge ein: „Als einen Schwerpunkt unserer Krankenhauspolitik werden wir die Stärkung und Verknüpfung der Kinder- und Jugendmedizin betreiben.“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/76 Rund um den Karl-August-Platz	Ä323	24	1259	einfügen: „Neben der Finanzierung der aktuellen Investitionen wird das Land Berlin in Zukunft einen Plan zum Abbau des Investitionsstaus durchsetzen, welches für die nächsten 10 Jahre zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 350 Millionen jährlich vorsieht. Berlin wird ein eigenes Programm auflegen um endlich „Mehr Personal“ in den Berliner Krankenhäuser Vivantes und Charité einzuführen und die entstehenden Kosten dafür bei der Bundesregierung einfordern. Für die Berliner SPD ist das Krankenhaus ein Betrieb (von Essensversorgung, über Reinigung bis zum medizinischen Personal). Wir setzen uns ein für die Rückführung aller Tochterbetriebe mit dem entsprechenden Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Eine neue Welle der Privatisierung, Schließungen von Krankenhäusern und Bettenabbau für die Berliner Kliniken wird es mit der Berliner SPD nicht geben. Die Verlagerung und Schließung des Wenckebach-Klinikums wird rückgängig gemacht.“	Erliegt durch Ä534	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä096	24	1261	Füge nach „hochwertige“ ein: „und barrierefreie“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä097	24	1219-1220	Ersetze den ersten Satz der Zeile durch: „Gesundheit und Pflege sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-VII	Ä098	24	1222-1224	Ersetzen durch: Wir werden Berlin auf der Basis des Berichtes der Zukunftskommission „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ als Gesundheitsstadt weiter ausbauen und dabei unsere Stärken sowohl in Forschung, Gesundheitsversorgung sowie bei nachhaltigen Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich weiter intensivieren. Die Gesundheitswirtschaft in der Region wollen wir insgesamt stärken, auch Existenzgründungen und die Übertragung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, kreativer Lösungen und patientenorientierte neuer Produkte und Dienstleistungen in die Praxis verbessern.	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-VII	Ä099	24	1231-1233	Die Verteilung der Arztpraxen in Berlin muss weiter bedarfsorientiert gesteuert werden. Wir wollen die „Kombi-Praxis mit Sozialberatung“ ausweiten.	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä100	24	1242-1244	Ersetze „notwendige medizinische Behandlungen“ durch: „alle medizinischen Behandlungen, inklusive Therapieleistungen.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	Ä442	24	1242-1244	Ersetze „Sie berät Menschen ohne Krankenversicherung und übernimmt die Kosten für notwendige medizinische Behandlungen“ durch „Sie berät Menschen ohne Krankenversicherung und übernimmt die Kosten für alle ärztlich verordneten medizinischen Behandlungen, inklusive Therapieleistungen.“	Annahme in der Fassung der AK „Sie berät Menschen ohne Krankenversicherung und übernimmt Kosten für ärztlich verordneten medizinischen Behandlungen, inklusive Therapieleistungen.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä101	24	1262-1263	Streiche „und eine wirtschaftliche Betriebsführung“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jusos	Ä329	25	1280	ersetze "herausragendes" durch "viel"	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jusos	Ä362	25	1292	S. 25, 1292 ein „psychische und physische“ vor Gesundheit einfügen	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	Ä513	25	12994	Auf Seite 25 in Zeile 1294 wird nach „im Blick haben“ eingefügt: „Die im vergangenen Jahr beschlossene Berliner Ernährungsstrategie werden wir weiter umsetzen und dabei besonders die Versorgung der Berlinerinnen und Berliner mit regionalen Lebensmitteln im Blick haben.“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-VII	Ä102	26	1322	Änderung der Überschrift in: Medizinischer Forschungs- und Unternehmensstandort Berlin  (Inhaltsverzeichnis)	erliegt	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-I	A486	26	1337	Ergänze bei Zeile 1118 (alter Zeilenbezug)  Wissenschaftlicher Fortschritt muss in Form von neuen Diagnose- und Therapieformen in der breiten Versorgungspraxis über alle Sektoren hinweg, gerade in den landeseigenen Krankenhäusern Vivantes und Charité ankommen. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Erforschung und Entwicklung von bezahlbaren und wirksamen Arzneimitteln und Impfstoffen, die mit öffentlichen Forschungsgeldern entwickelt wurden, global verfügbar und zugänglich sind. Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass internationale Initiativen wie der von WHO etablierte COVID-19 Technology Access Pool für alle weltweit solidarisch ausgestattet wird, z.B. durch Schaffung von Anreizen zur befristeten Auslizenzierung von Patenten.	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	FA-VII	A103	26	1338	Einfügung nach letztem Satz:  „Berlin muss als Standort bedeutender Unternehmen der pharmazeutischen Industrie weiter gestärkt werden, doch auch Lösungen kleinerer Unternehmen und Startups leisten einen wichtigen Beitrag am Gesundheitsstandort Berlin. Es kommt darauf an, dass Innovationen zum Wohle der Patientinnen und Patienten schneller als bisher in der Krankenversorgung eingesetzt werden, gerade die Krankenhäuser in der Region haben ein großes Potential für entsprechende „Leuchtturmprojekte“ sowohl in der Versorgung als auch in der Forschung. Die nötigen kommunalen Investitionen in die Kliniken werden wir verlässlich ausgestalten und strategisch fortentwickeln sowie Synergien zwischen Charité und Vivantes fortentwickeln. Dazu gehört auch der kurzfristige und beschleunigte Ausbau der IT-gestützten Kommunikation im Gesundheitswesen	Annahme in der Fassung der AK: Einfügung:  Berlin muss als Standort bedeutender Unternehmen der pharmazeutischen Industrie weiter gestärkt werden, doch auch Lösungen kleinerer Unternehmen und Startups leisten einen wichtigen Beitrag am Gesundheitsstandort Berlin. Es kommt darauf an, dass Innovationen zum Wohle der Patientinnen und Patienten schneller als bisher in der Krankenversorgung eingesetzt werden, gerade die Krankenhäuser in der Region haben ein großes Potential für entsprechende „Leuchtturmprojekte“ sowohl in der Versorgung als auch in der Forschung.	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A439	27	1077	Ergänze nach „Kinos“ „Kneipen“.	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A440	27	1085	Füge ein: „Wir haben ein vielfältiges Verständnis von Kultur, zu dem auch die Club- und Kneipen-Szene in unseren Kiezen gehört“	Annahme	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A104	27	1407	Ergänze: „Wir schaffen ein Landespflegeleistungsgesetz, um Pflegebedürftige und deren Angehörige von hohen Investitionskosten in der stationären Pflege zu entlasten.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jussos	A330	27	1410	füge ein: „Um Ärzt*innen, Pflegekräfte, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen, Eltern und Lehrer*innen stärker für Suchterkrankungen zu sensibilisieren, setzen wir uns für eine Entwicklung eines Pilotprojektes ein. Dieses soll das Verständnis und die Möglichen Wege Hilfe zu erhalten vervielfältigen und das Angebot der niedrigschwelligen Suchtberatung erweitern.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A105	27	1421	Ergänze: „In einem Modellprojekt soll geprüft werden, ob sich das Konzept der Gesundheitsschwester plus aus Rheinland-Pfalz oder AGNES-Modell aus Brandenburg auf Berlin übertragen lässt.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A106	27	1421	Auf Seite 27, nach Zeile 1421 wird ergänzt „Wir werden vielfältige klein strukturierte Modelle und Wohnformen weiter erproben und unterstützen.“	Annahme in der Fassung der AK: Ergänzung in Zeile 1229 "dem barrierefreien und fachspezifischen Bedarf"	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A107	27	1495	Auf Seite 27, nach Zeile 1405 wird ergänzt „Wir schaffen ein Landespflegeleistungsgesetz, um Pflegebedürftige und deren Angehörige von hohen Investitionskosten in der stationären Pflege zu entlasten, indem Investitionskosten nicht auf die Eigenbeiträge der Betroffenen umgelegt werden, sondern vom Land mitfinanziert werden. Zugleich wird der Eigenanteil an den Pflegekosten gedeckelt.“	Erliegt durch A106	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A108	27	1375-1382	Einfügen: „Das beginnt mit der Geburt. Eine ausreichende Hebammenversorgung ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Geburt, eine verlässliche Betreuung im Wochenbett und für einen guten Start ins Leben. Damit das gewährleistet werden kann, setzt sich Berlin auf Bundesebene für eine bessere Vergütung von Hebammen und Geburtshelfer*innen, insbesondere für eine Erhöhung der Wochenbettzuschläge, ein und leistet damit einen wichtigen Beitrag für mehr Frauengesundheit.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	AfA	A411	27	1387-1391	Folgender Satz streichen: „In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen eine Tarifstruktur auf branchen üblichem Niveau, inklusive einer Gleichbezahlung aller für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab.“ Mit folgendem Satz ersetzen: „In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen einen perspektivischen Stufenplan zur Einführung von TV-L bzw. TVÖD, inklusive einer Gleichbezahlung aller für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab.“	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Reinickendorf	A534	27	1387-1393	Ersetze „In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen eine Tarifstruktur auf branchen üblichem Niveau, inklusive einer Gleichbezahlung aller für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab.“  Mit folgendem Satz:  „In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen einen perspektivischen Stufenplan zur Einführung von TV-L bzw. TVÖD, inklusive einer Gleichbezahlung aller für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab.“	Annahme in der Fassung der AK: „In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen einen perspektivischen Stufenplan zur Einführung von TV-L bzw. TVÖD, inklusive einer Gleichbezahlung aller für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab. Darüber hinaus wollen wir die Eingliederung aller Tochterbetriebe mit dem entsprechenden Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes prüfen.“	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-08/01 Rixdorf	A441	28	1094	Füge ein: „Deshalb etablieren wir Möglichkeiten, um die vielfältigen privaten Kulturangebote vom Jazz-Konzert bis zum Fußball-Nachmittag an Förderung teilhaben zu lassen.“	Zurückgestellt	offen
01-Lebenswerte Stadt Berlin	AG-60plus	A109	28	1456	Füge ein:  „Neben dem Vereinssport haben auch andere Angebote hohe sportpolitische Bedeutung. Hierzu zählen neben den kommerziellen Anbietern wie Sport- und Fitnessstudios, Hallensportanbietern (Badminton, Tennis, Squash), Golfanlagenbetreibern auch Volkshochschulen und Angebote im öffentlichen Raum. Hier werden wir Kooperationen fördern, uns für einen Ausbau des Angebotes an Bewegungsplätzen für generationenübergreifende Aktivplätze und der Gesundheitsförderung stark machen.“	Annahme in der Fassung der AK: Neben dem Vereinssport haben auch andere Angebote hohe sportpolitische Bedeutung. Hierzu zählen neben den kommerziellen Anbietern wie Sport- und Fitnessstudios, Hallensportanbietern (Badminton, Tennis, Squash), Golfanlagenbetreibern auch Volkshochschulen und Angebote im öffentlichen Raum. Hier werden wir Kooperationen fördern, uns für einen Ausbau des Angebotes an Bewegungsplätzen für generationenübergreifende Aktivplätze und der Gesundheitsförderung stark machen.	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/07 Weißensee City	A110	28	1466	Ergänzung in Zeile 1466 hinter „ausgeübt.“:  "Hierfür sind barrierefreie Sportanlagen notwendig. Den Jahn-Sportpark und das Cantian-Stadion sanieren und entwickeln wir als vorbildhaften, barrierefreien Sportpark für alle."	Annahme in der Fassung der AK: Einfügung in Zeile 1522 "Den Jahn-Sportpark sanieren und entwickeln wir (Sportpark für alle)."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/07 Weißensee City	A111	28	1557	Einfügung in Zeile 1457: „Wir haben die Fördervereinbarung mit dem Landessportbund etabliert und sichern so die Finanzierung des organisierten Sports in Berlin.“	Annahme in der Fassung der AK: "Über die Fördervereinbarung mit dem Landessportbund sichern wir die Finanzierung des organisierten Sports in Berlin."	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A112	28	1441-1445	Ergänze nach „Alter“: „Behinderung“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A113	28	1469-1473	Ergänze nach „Zusammenhalt“:  „Wir freuen uns auf die Durchführung der Special Olympics World Games Berlin 2023, der weltweit größten inklusiven Sportveranstaltung. Wir wollen mit dem Geist des Sports zeigen, wie wertvoll Inklusion für alle sein kann.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Abt.-03/07 Weißensee City	A114	29	1523	Ergänzung in Zeile 1523 hinter „wir“: "zum inklusiven Sportpark für alle"	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	Jussos	A348	29	1498-1499	S.29, Z. 1498-1499: Ersetze ab 'von' bis 'bedroht' durch: oder anderweitig eingeschränkt sind	Ablehnung	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A115	30	1533	Ergänze nach „Bäderstandorten“:  „Dazu gehört auch der barrierefreie Umbau der Schwimmbäder, einschließlich der dazugehörigen Ausstattung.“	Erliegt	Konsens
01-Lebenswerte Stadt Berlin	KV-Mitte	A116	30	1557	füge nach „... wir erweitern.“ ein: „Wir werden im Land Berlin 25 neue Ausbildungsstellen mit gleichzeitiger Leistungssportförderung (ähnlich der Sportfördergruppen von Bundespolizei und Bundeswehr) schaffen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A543	30	1574	Z. 1574: - Ersetzen: Teil II: „Bauen, Wohnen und Verkehr“ durch „Bauen, Wohnen, Mobilität und Verkehr“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A117	30	1582	Hinter: Generationen gerecht werden einfügen: „Daher ist Barrierefreiheit dabei ein Qualitätsstandard“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A118	31	1634	Füge nach „ermöglichen“ ein: „Barrierefreiheit ist dabei ein Qualitätsstandard unserer modernen Infrastruktur.“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A119	31	1589-1592	Ersetze „haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren und aus ihrem Kiez verdrängt zu werden“, durch:  „verlieren ihr Zuhause und werden aus ihrem Kiez verdrängt.“	Annahme - Ergänzung I - nach "haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren und aus ihrem Kiez verdrängt zu werden":  oder verlieren ihr Zuhause und werden aus ihrem Kiez verdrängt.	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A120	31	1592-1596	Den Satz "Dem stellen wir uns mit dem Neubau und der Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, mit dem konsequenten Schutz von Mieter:innen und mit einer aktiven, sozialen und vorausschauenden Bodenpolitik" ersetzen durch  „Neue Straßenbahnlinien, die Erweiterung bestehender U-Bahn-Linien, mehr Züge, mehr Radwege, aber auch funktionierende Straßen und Brücken gehören zu einer sozial gerechten und klimafreundlichen Stadtentwicklung dringend dazu.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A331	31	1679-1686	„Z. 1679-1686 streichen	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A122	32	1650	soll eingefügt werden hinter berücksichtigen:„und dafür auch Sachverständige für Barrierefreiheit einsetzen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/71 Charlottenburg	A123	32	1654	In Zeile 1654 ist an den Satz: "Sie sollen bis 2030 über 70.000 Wohnungen zusätzlich errichten." anzufügen:  " - mindestens die Hälfte davon bis Ende 2025."	Annahme in der Fassung der AK: "mindestens die Hälfte davon im Laufe der nächsten Legislatur bis 2026"	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedr	A509	32	1666	Füge in Zeile 1666 ein:  Durch die Entwicklung des „Campus für Demokratie“ in Lichtenberg werden wir die Erinnerungskultur bzgl. der Stasi-Vergangenheit, welche viele Jahrzehnte ein Teil von Berlin prägte, stärken. Durch Stadtentwicklung und Kulturförderung werden wir in Zusammenarbeit mit Bund, Land und dem Bezirk Lichtenberg die Entwicklung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zum „Campus für Demokratie“ vorantreiben. Die Entwicklung zu einem lebendigen Ort der Erinnerung, welcher das Stasi-Unterlagen-Archiv beheimatet, aber auch Räume für Kunst und kulturelle Bildung bereitstellt, ist das gemeinsame Ziel. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Berlin durch eine aktive Grundstückspolitik vor Ort in der nächsten Legislatur vorantreibt.	Erledigt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A453	32	1667	Füge ein: „Ihr Anteil am jährlichen Neubau muss so ausgebaut werden, dass sie verstärkte eine marktrelevante Wirkung entfalten.“	Annahme in der Fassung der AK:  Füge ein: "Ihr Anteil am jährlichen Neubau muss daher konsequent ausgebaut werden"	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A333	33	1633	S.33, Z. 1633 ersetze "Sozialbauquote von 30 Prozent" durch "Sozialbauquote von 50 Prozent"	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmerdorf-Südost	A515	33	1710	Auf Seite 33 in Zeile 1710 wird ein neuer Absatz eingefügt „Die durch den Bebauungsplan Molkenmarkt/Klosterviertel festgelegte Quartiersbildung in der historischen Mitte von Berlin ist das bedeutendste Reurbanisierungsprojekt Berlins, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben werden. Um zu einer gemischt genutzten Bebauungsstruktur zu kommen, soll eine kleinteilige Grundstücksbildung vorgenommen werden, die sich so weit wie möglich am historischen Stadtgrundriss orientiert und zu einem homogenen Gesamtensemble führt. Für die vielen geschichtlich bedeutsamen Orte werden wir eine umfassende Erinnerungskonzeption erarbeiten. Die städtebauliche Rekonstruktion des Molkenmarktes soll auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Rathausviertels leisten.“	Annahme in der Fassung der AK: „Die geplante gemischt genutzte Bebauungsstruktur des Quartiers Molkenmarkt/Klosterviertel in Mitte ist ein hervorragendes Beispiel für die Rückgewinnung des Stadtraums. Wir werden den Prozess hin zu einem an den historischen Grundrissen orientierten Gesamtensemble weiter unterstützen und dabei eine Erinnerungskonzeption für die vielen historisch bedeutsamen Orte erarbeiten.“	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A334	33	1710	S. 33, Z. 1710 ergänze nach "Zeit ist.": "Dafür wollen wir eine landeseigene Berliner Planungs- und Entwicklungsagentur ins Leben rufen, um den Neubau neuer Stadtquartiere inklusive ihrer sozialen- und Verkehrsinfrastruktur ganzheitlich zu planen."	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A332	33	1717	S. 33, Z. 1717 Füge ein "Wir lassen uns dabei von unserem Ziel eines zur Hälfte gemeinwohlorientierten Wohnungsmarktes bis 2050 leiten".	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A455	33	1722	ergänze: Wohnungsbau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften oder gemeinwohlorientierte Dritte und maximal 10 % der Fläche des Feldes bebaut werden.	Konsens für die Fassung der AK: "Wohnungsbau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften oder gemeinwohlorientierte Dritte in einem sehr geringen Umfang der Fläche des Feldes bebaut werden."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A124	33	1726	Füge ein: „Die Flächen dürfen nicht verkauft werden, sondern dürfen nur im Rahmen des Erbaurechtes vergeben werden. Der Neubau der zentralen Landesbibliothek soll innerhalb des bestehenden Flughafengebäudes verortet werden.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A454	33	1715-1716	Ersetze „Gerade die Überbauung von Discountern mit Wohnraum ist hier ein wichtiger Schritt“. Durch "Um durch Nachverdichtung nicht zunehmend zu Flächenversiegelung beizutragen, priorisieren wir die Überbauung von Discountern mit Wohnraum."	Annahme in der Fassung der AK:  Gerade die Überbauung von Discountern mit Wohnraum muss verstärkt werden.	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A125	33	1718-1735	Ersetze die Zeilen 1718-1735 durch :  „Wir wollen das Tempelhofer Feld als grüne Lunge in der Stadt erhalten. Die SPD steht dem Wohnungsbau westlich der Oderstraße am Rand des Feldes of-fen gegenüber. Wir werden deshalb eine Diskussion mit der Stadtgesellschaft darüber führen und sind für einen zweiten Volksentscheid offen. Sollte es eine Mehrheit für diese Randbebauung mit Wohnungen und sozialer Infrastruktur geben, ist es für uns zwingend, dass die Fläche nur für Wohnungsbau durch landeseigene Wohnungsunternehmen und Genossenschaften zur Verfügung steht. Wir wollen den Erhalt der Freiflächen zur Erholung und Bewegung sicherstellen und einen dauerhaften Gedenk- und Lernort zur NS-Geschichte unter Ein-bezug des aktuellen Forschungsstandes errichten. Dieser Ort umfasst das Ge-bäude, das Dach des Gebäudes und die Freiflächen. Nur in dieser Einheit lässt sich der im NS stattgefundene Terror an diesem Ort vermitteln. Hierzu ist unverzüglich ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen, bevor weitere größere Investitionen auf dem Gelände getätigt werden.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A127	34	1748	Füge nach „Wohnraum erhalten bleiben“ ein: „Zur Sicherung des Wohnbedarfs von Personen, die sich kaum oder nur schwer am Wohnungsmarkt versorgen können, prüfen wir die Einführung von Belegungsrechten auch außerhalb der öffentlichen Wohnraumversorgung.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A126	34	1748	Füge nach „Wohnraum erhalten bleiben“ ein:  „Bis zu einer Reform der Sozialbindung durch die Bundesebene sind innovative Lösungen umso wichtiger. Wir streben daher analog zu den Plänen der Bundes-SPD die Einführung eines Landesprogramms für eine neue Wohngemeinnützigkeit an, um durch die Vergabe von Grundstücken im Erbaurecht und verbesserte Förderbedingungen Kapital für einkommensabhängige Mieten und dauerhafte Sozialbindung bei nachhaltiger Reinvestition zu mobilisieren.“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A128	34	1754	Füge nach „helfen“ ein: „Wir unterstützen auch die sozialen Träger bei der Wohnraumsuche für ihre Zielgruppen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A335	34	1754	S. 34, Z. 1754 füge ein nach "helfen": "und insbesondere Auszubildende stärken, indem wir pro Jahr mindestens 5000 Wohnheimplätze bauen.“	Annahme in der Fassung der AK: „Wir werden daher das von der SPD im Jahr 2014 aufgelegte Neubauprogramm für Studierende, Auszubildende sowie Freiwilligendienstleistende beschleunigen und die Neubaquote von Wohnheimplätzen merklich erhöhen. So entlasten wir junge Menschen mit geringen Einkommen.“	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A456	34	1795	Füge ein: „Bis zu einer Reform der Sozialbindung durch die Bundesebene sind innovative Lösungen umso wichtiger. Wir streben daher analog zu den Plänen der Bundes-SPD die Einführung eines Landesprogramms für eine Neue Wohngemeinnützigkeit an, um durch die Vergabe von Grundstücken im Erbaurecht und verbesserte Förderbedingungen Kapital für einkommensabhängige Mieten und dauerhafte Sozialbindung bei nachhaltiger Reinvestition zu mobilisieren.“	Erledigt bei Annahme A126	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A129	35	1804	Füge nach „beteiligt werden“ ein: „Darüber hinaus wollen wir in der nächsten Legislaturperiode die Grundsteuer abweichend vom Bundesmodell dahingehend reformieren, dass der (Zuwachs an) Bodenwert stärker als bislang Berücksichtigung findet. Wir werden nicht mehr die Grundsteuer als Betriebskosten auf die Mieter:innen umlegen.“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A337	35	1804	S. 35, Z. 1804 Füge ein nach "beteiligt werden": "Um Spekulationshandel mit Boden und Immobilien zu erschweren, wollen wir eine Wiederveräußerungssperre einführen.	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A130	35	1822	Füge ein: „Sollte nach der Atempause, die uns der Mietendeckel geschaffen hat, keine sichtliche Entspannung des Wohnungsmarktes eingetreten sein, ist die Berliner SPD entschlossen, alle Instrumente zu prüfen, um die Mieterinnen und Mietern dieser Stadt zu schützen. Für uns ist klar, dass günstiger Wohnraum überall in der Stadt verfügbar sein muss – im Zentrum und nicht nur in Randgebieten. Nach dem Ablauf der 5-Jahres-Frist müssen selbstverständlich das Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen geprüft werden aber dies ändert nichts daran, dass wir das Instrument politisch für notwendig und sinnvoll erachten.“	Annahme in der Fassung der AK: "Die SPD Berlin bedauert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mietendeckel-Gesetz. Unser wichtigstes Ziel ist es nun, soziale Härten infolge der Nachforderung von Mietzahlungen zu vermeiden. Dabei appellieren wir auch an Vermieter:innen, ihrer Verantwortung in dieser Situation nachzukommen. Die Berliner SPD ist weiterhin entschlossen, alle Instrumente zu prüfen, um die Mieterinnen und Mietern dieser Stadt zu schützen. Das Urteil ist für uns ein weiterer Anlass, uns auf Bundesebene verstärkt dafür einzusetzen, ein Mietemoratorium zu verabschieden und uns für Länderöffnungsklauseln einzusetzen."	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A131	35	1814-1817	Ersetze den Satz „Wir wollen mit aller Kraft sicherstellen, dass diese Entwicklung nicht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht und treten daher für wirksame Schutzmaßnahmen ein.“ durch: „Vor diesem Hintergrund wollen wir auch weiterhin mit aller Kraft für die Rechte von Mieter:innen eintreten. Wirksame Schutzmaßnahmen auf dem Mietmarkt sollen daher handlungsleitend sein.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A338	36	1870	S.36, Z. 1870 Füge ein: „und sich auf Bundesebene für ein generelles Umwandlungsverbot von Miets- in Eigentumswohnung einsetzen.“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A457	36	1870	Füge ein: „Wir streben die Ausweisung eines Milieuschutzgebietes im gesamten S-Bahn-Ring an und geben ein entsprechendes Gutachten in Auftrag.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A132	36	1903	Ergänze: „Insbesondere setzen wir uns für eine Sicherstellung bezahlbarer Mieten in den (ehemaligen) Beständen des Sozialwohnungsbaus des ersten Förderwegs ein.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A458	36	1903	Füge ein : „Dazu entwickeln wir eine Mindestquote für geförderte sozio-kulturelle Flächen bei allen Gebietsplanungen.“	Annahme in der Fassung der AK: " ...und dabei auch flächen für sozio-kulturelle Nutzungen ausweisen."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A134	37	1914	Ergänze: „Um die sozio-kulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns für die Einführung eines Gewerbemietendeckels ein.“	Annahme in der Fassung der AK: Ergänze: „Um die sozio-kulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Möglichkeit der Einführung eines Gewerbemietendeckels ein.“	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A336	37	1914	S. 37, Z. 1907 Füge ein: "Wir wollen dafür sorgen, dass landeseigene Grundstücke zukünftig nicht mehr an Private veräußert werden. Deshalb unterstützen wir die Einführung eines Bodensicherungsgesetzes sowie eines öffentlich zugänglichen Katasters, mit dessen Hilfe mehr Transparenz im Bereich der Grundstücksbesitzverhältnisse entsteht."	Annahme in der Fassung der "Wir wollen dafür sorgen, dass landeseigene Grundstücke zukünftig nicht mehr an Private veräußert werden. "	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-07/01 Tempelhof	A532	37	1914	Ergänzung hinter „[...] fördern“:  „...und wir wollen die Gründung einer landeseigenen Gewerbesiedlungsgesellschaft anstoßen, um günstige Gewerbemieten für kleine Betriebe in Berlin zu schaffen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A459	37	1920	Füge ein: „Um die sozio-kulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns für die Einführung eines Gewerbemietendeckels ein.“	Erliegt bei Annahme A134	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A135	37	1922	Änderung der Überschrift von "Mobilität und Verkehr sozial gerecht, nachhaltig und sicher gestalten" in „Mobilität und Verkehrswende sozial, sicher und nachhaltig gestalten“.	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A136	37	1927	Füge nach „Angebote“ ein:  „Eine gerechte Umverteilung des öffentlichen Straßenraumes ist für uns der Schlüssel für eine soziale Verkehrswende.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A137	37	1928	Füge nach „Mobilitätswende“ ein: „die dazu beiträgt, Verkehr zu vermeiden, verlagern und zu verbessern.“	Annahme: Füge nach „Mobilitätswende“ ein: „die dazu beiträgt, Verkehr zu vermeiden, verlagern und zu verbessern und den Anteil des Umweltverbundes zu erhöhen.“	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A544	37	1929	Z. 1929 – Einfügen: Vor „verbessern“: „vermeiden, verlagern und“	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedrichshagen	A138	37	1937	Ergänzung von: „Wir wollen eine angemessene Bepreisung für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Kraftfahrzeuge durchsetzen. Wir sprechen uns weiterhin gegen die Gebührenbefreiung von batteriebetriebenen Fahrzeugen und Carsharing in Parkraumbewirtschaftungsgebieten aus.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A546	37	1937	Z. 1937 - Ergänzen: „Wir wollen perspektivisch eine angemessene Bepreisung für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Kraftfahrzeuge durchsetzen und sprechen uns weiterhin gegen die Gebührenbefreiung von batteriebetriebenen Fahrzeugen in Parkraumbewirtschaftungsgebieten aus“	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A545	37	1943	Z. 1943 – Streichen/Ersetzen: „und“ nach Haltestellen streichen, durch ein Komma ersetzen. „neue“ vor „Fahrzeuge“ streichen.	Annahme in der Fassung der AK: Z. 1943 ersetze "und" durch "wie"	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A547	37	1950	Z. 1950 – Einfügen: Vor „modernisieren“ „sanieren und“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A139	37	1994	Füge nach „Umsteigemöglichkeiten“ ein: „und komfortables Reisen“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-12/05 Hermsdorf	A140	37	1929-1930	Ersetze „Verkehrsströme zu verbessern“ durch „eine Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen“ und ergänze in Z. 1497 nach „lehnen wir ab“: „... sind aber für die Einführung einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung im Innenstadtbereich.“	Annahme in der Fassung der AK: " ...Verkehrsströme zu verbessern, den Anteil des Umweltverbundes zu erhöhen und Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Südost	A422	37	1936-1937	Ergänze Satz: „...umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr sowie für eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einer angemessenen Bepreisung für die Nutzung des öffentlichen Raums ein.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Südost	A510	37	1936f.	„...umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr <b>sowie für eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einer angemessenen Bepreisung für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Kraftfahrzeuge ein</b>	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A141	37	1941-1944	Ersetze „Halte“ durch: „Haltepunkte und Bahnhöfe“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Südost	A423	37	1941-1944	Ergänze Satz: „Ein guter Öffentlicher Personennahverkehr zeichnet sich durch leistungsstarke Strecken, enge Takte, sichere und saubere Haltestellen und Bahnhöfe und neue Fahrzeuge, bezahlbare Tickets und gute Umsteigemöglichkeiten sowie vernetzende digitale Lösungen aus.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Südost	A514	37	1941-1944	„Ein guter Öffentlicher Personennahverkehr zeichnet sich durch leistungsstarke Strecken, enge Takte, sichere und saubere Haltestellen und Bahnhöfe und neue Fahrzeuge, bezahlbare Tickets und gute Umsteigemöglichkeiten <b>sowie vernetzende digitale Lösungen aus.</b> “	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A142	37	1947-1949	Ersetze „Wir setzen uns für die Ausweitung der 10-Minuten-Taktung auch in den Außenbezirken ein“ durch:  „wir wollen die 10-Minuten Taktung auch in den Außenbezirken ausweiten“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A339	37	1947-1949	S.37, Z.1947-1949- ersetze von "Wir setzen uns" bis "Außenbezirken ein": Innerhalb des S-Bahn Rings streben wir einen flächendeckenden 3-Minuten-Takt für U-Bahnen und 5-Minuten-Takt für S-Bahnen an. In den Außenbezirken setzen wir uns für einen flächendeckenden 10-Minuten-Takt des gesamten ÖPNVs ein."	Annahme in der Fassung der AK: "In den Außenbezirken setzen wir uns für einen flächendeckenden 10-Minuten-Takt für alle öffentlichen Verkehrsmittel ein, aber auch für ein bessere Taktung in der gesamten Stadt."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Südost	A494	38	1958	„Damit dies gelingt, setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen ein.“	Annahme in der Fassung der AK (An einer anderen Stelle einfügen)	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Südost	A424	38	1958	Ergänze den Satz „Damit dies gelingt, setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen ein.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A548	38	1958	Z. 1958 – Ergänzen: „Alle Busspuren sollen 24 Stunden täglich sieben Tage in der Woche für den Busverkehr zur Verfügung stehen“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A549	38	1963	Z. 1963 - Ergänzen: „Wir werden zügig mit der DB AG darüber verhandeln, dass auch alle auf Berliner Gebiet liegenden S- und Regionalbahnhöfe modernen Standards entsprechen müssen“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlshorst/Friedrichshagen	A143	38	1965	Ergänzung von: „Der Fernbusverkehr ist in Berlin durch die Konzentration auf den ZOB mit seiner Lage direkt an der Stadtautobahn stadtvorgängig zu gestalten, im Rahmen eines nachhaltigen Haltestelleninfrastrukturkonzepts ist zu prüfen, ob bzw. wie den Fahrgästen auch im Osten von Berlin ein gut ausgestatteter Zugang zum Fernbusangebot ermöglicht werden kann.“	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-01/08 Alt-Moabit	A144	38	1965	Einfügen/Ergänzen unter Zeile 1965 in den bestehenden Absatz: „Für einen sicheren und barrierefreien öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) in Berlin, möchten wir auf Zentralhaltestellen ohne motorisierten Individualverkehr (MIV) an ÖPNV-Knotenpunkten setzen. Als Pilotprojekt soll im Rahmen der Verlängerung der Straßenbahn zur Haltestelle U-Bahnhof Turmstraße der Abschnitt der Turmstraße zwischen Stromstraße und Thusnelda-Allee herangezogen werden. Dabei wird sichergestellt, dass eine Umgestaltung des Straßenabschnitts der Turmstraße zwischen Stromstraße und Thusnelda-Allee mit einer Sperrung für den MIV und einer fußgänger:innen- und fahrradfreundlichen Gestaltung ohne Verzögerungen für die planfestgestellte Tramhaltestelle umgesetzt werden kann. Weitere Knotenpunkte werden geprüft.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A550	38	1965	Z. 1965 - Ergänzen: Der Fernbusverkehr ist in Berlin durch die Konzentration auf den ZOB mit seiner Lage direkt an der Stadtautobahn stadtverträglich zu gestalten. Im Rahmen eines nachhaltigen Haltestelleninfrastrukturkonzepts ist zu prüfen, ob bzw. wie den Fahrgästen auch im Osten von Berlin ein gut ausgestatteter Zugang zum Fernbusangebot ermöglicht werden kann“	Erledigt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A340	38	1970	S.38, Z. 1970 füge ein nach „durchgesetzt“: „In einem weiteren Schritt wollen wir uns für ein kostenfreies Junge-Leute-Ticket für Menschen unter 25 Jahren einsetzen, damit gerade junge Menschen finanziell entlastet werden und die Attraktivität des ÖPNVs weiter gestärkt wird.“	Annahme in der Fassung der AK: "Für einen attraktiven Umstieg auf den Um weltverbund streben wir ein 365-Euro-Ticket als Jahres abonnement an. Perspektivisch werden wir Vergünstigungen für weitere Zielgruppen prüfen.	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlshorst/Fried	A145	38	1973	Ergänzung von: „Wir setzen uns für eine verpflichtende ABC-Karte im Flugticket ein, um den Flugverkehr stadt- und umweltverträglich abzuwickeln. Außerdem ist der Flughafen-Shuttle zwischen den Terminals für alle Reisenden kostenlos anzubieten. Die Finanzierung soll über die Flughafengebühren erfolgen. Damit schaffen wir auch ein weltweites Alleinstellungsmerkmal für den Berliner Flughafen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A553	38	1973	Z. 1973 - Ergänzen: „Wir setzen uns für eine verpflichtende ABC-Karte im Flugticket ein, um den Flug-Reiseverkehr stadt- und umweltverträglich abzuwickeln. Außerdem ist der Flughafen-Shuttle zwischen den Terminals für alle Reisenden kostenlos anzubieten. Die Finanzierung soll über die Flughafengebühren erfolgen.“	Erledigt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A146	38	1985	Füge nach „in Marzahn-Hellersdorf ein“ ein: „und prüfe weitere Seilbahnbauten in Berlin“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A148	38	1987	Ersetze „Wir fördern Elektromobilität und eine gute Ladeinfrastruktur.“ durch: „Wir fördern alternative Antriebe und die dafür notwendige Infrastruktur.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Forum Netzpolitik	A149	38	1987	In Zeile 1987 nach „anzubieten“ einfügen: "Daten über öffentliche Verkehrsinfrastruktur sowie Daten von Unternehmen, die öffentlich finanziert werden, dürfen nicht exklusives Eigentum einzelner Unternehmer:innen sein und nur deren Kund:innen zur Verfügung stehen, sondern müssen Allgemeingut sein und dem Gemeinwohl zu Gute kommen. Informationen und die Buchung verschiedener Verkehrsmittel sollen unabhängig vom Verkehrsträger für alle übergreifend möglich sein. Hierfür sollen alle Anbieter von Verkehrsmitteln offene Schnittstellen zur Verfügung stellen. Wir wollen es für Sharing-Anbieter*innen verpflichtend machen, die Verfügbarkeiten ihrer Mobilitätsangebote als auch deren Reservierung über offene Schnittstellen zu ermöglichen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A147	38	1987	Füge ein nach „anzubieten“: „Dazu zählt auch die Einführung moderner Parkraummanagementsysteme. Die bereits beschlossene Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt werden wir zügig umsetzen.“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A150	38	1988	Nach neuformulierter Textpassage einfügen nach „in der Innenstadt zügig umsetzen“: „und darauf hinzuwirken, die Anzahl der Kfz Neuzulassungen zu reduzieren.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A551	38	1992	Z. 1992 – Ergänzen: Statt „Werkstattkapazitäten“ „Betriebshöfe- und Werkstattkapazitäten“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A341	38	2007	S.38, Z. 2007 ergänze nach „verstärken.“ : „Außerdem werden wir uns für mehr Fernbahnhöfe in Berlin einsetzen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A426	38	1975-1988	Ändere Satz in: „Wir wollen Park/Bike & Ride-Angebote an Mobilitätsknoten schaffen, damit Berliner:innen aus den Außenbezirken und Pendler:innen aus dem Umland auf den Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) umsteigen. Den Bau von Fahrradparkhäusern und überdachten Abstellanlagen an Umsteigebahnhöfen beschleunigen wir. Carsharing-Angebote werden wir möglichst auf ganz Berlin ausweiten und das lokale Taxigewerbe fördern. Wir entwickeln neue Angebote, wie Rufbusse als Ergänzung des ÖPNV-Angebots vor allem in den Außenbezirken. Wir setzen uns für den Erhalt der Seilbahn in Marzahn-Hellersdorf ein. Zudem werden wir Anreize setzen, um mehr Berliner:innen Alternativen zum eigenen Auto anzubieten. Dazu setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote vor Ort und durch digitale Lösungen ein. Wir fördern alternative Antriebe und die dafür notwendige Infrastruktur.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A425	38	1960-1956	Ändere Satz in: „Bahnhöfe und Haltestellen müssen künftig konsequent modernisiert werden und barrierefrei sein. Das Bauprogramm von Aufzügen auf allen U- und S-Bahn-Bahnhöfen vollenden wir. Für mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität auf den Bahnhöfen wollen wir mehr Personal einsetzen. Zusätzlich treiben wir digitale Lösungen voran, die die Barrierefreiheit, die Sicherheit und Aufenthaltsqualität erhöhen.	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A516	38	1960-1956	„Bahnhöfe und Haltestellen müssen künftig konsequent modernisiert werden und barrierefrei sein. Das Bauprogramm von Aufzügen auf allen U- und S-Bahn-Bahnhöfen vollenden wir. Für mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität auf den Bahnhöfen wollen wir mehr Personal einsetzen. <b>Zusätzlich treiben wir digitale Lösungen voran, die die Barrierefreiheit, die Sicherheit und Aufenthaltsqualität erhöhen.</b>	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-12/05 Hermsdorf	A151	38	1970-1972	Füge ein nach „streben wir“: „neben einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung der Innenstadtbereiche,....“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KV-Mitte	A152	38	1970-1972	ersetze „streben wir ... an“ durch „werden wir ein 365-Euro-Ticket als Jahresabonnement einführen“;	Erledigt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A517	38	1975-1988	„Wir wollen Park/Bike & Ride-Angebote an <b>Mobilitätsknoten</b> schaffen, damit Berliner:innen aus den Außenbezirken und Pendler:innen aus dem Umland auf den Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) umsteigen. Den Bau von Fahrradparkhäusern und überdachten Abstellanlagen an Umsteigebahnhöfen beschleunigen wir. Carsharing-Angebote werden wir möglichst auf ganz Berlin ausweiten und das lokale Taxigewerbe fördern. Wir entwickeln neue Angebote, wie Rufbusse als Ergänzung des ÖPNV-Angebots vor allem in den Außenbezirken. Wir setzen uns für den Erhalt der Seilbahn in Marzahn-Hellersdorf ein. Zudem werden wir Anreize setzen, um mehr Berliner:innen Alternativen zum eigenen Auto anzubieten. <b>Dazu setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote vor Ort und durch digitale Lösungen ein.</b> Wir fördern alternative Antriebe und die dafür notwendige Infrastruktur.“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A554	38	1978-1980	Z. 1978- 1980: - Ändern: „Den Bau von Fahrradparkhäusern und überdachten Abstellanlagen an Umsteigebahnhöfen beschleunigen wir“ in „Wo die Grundstücke dem Land Berlin gehören, beschleunigen wir den Bau von Fahrradparkhäusern und überdachten Abstellanlagen an Umsteigebahnhöfen. In anderen Fällen treten wir in Verhandlungen mit den Grundstückseigentümer:innen ein, um dieses Ziel schnellstmöglich umzusetzen“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A447	39	2028	Die Reihenfolge im Teil Verkehr soll geändert werden: 4.3. wird hinter dem jetzigen 4.5. eingereiht, so dass die Reihenfolge lautet: 4.3. Wege für alle sicherer machen, 4.4. Fuß- und Radwege ausbauen und verbessern, 4.5. Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A153	39	2051	Ersetze „auch – insbesondere in Wohngebieten.“ durch: „flächendeckend“.	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A495	39	2051	Aufnahme des Ziels „Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts“ in das Landeswahlprogramm 2021 In das Landeswahlprogramm soll folgender Satz in Zeile 1573 nach „ausweisen.“ eingefügt werden: „Im Bundesrat wollen wir auch weiterhin darauf hinwirken, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts festzusetzen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Süd	A518	39	2052	Auf Seite 39 in Zeile 2062 wird eingefügt: „Illegale Autorennen müssen unterbunden und bei Verstößen konsequent geahndet werden“	Annahme in der Fassung der "Autorennen im Straßenverkehr müssen unterbunden und geahndet werden."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlsruh/Friedr	A154	39	2054	Ergänzung nach „...Kraftfahrzeuge“ von: „Zudem bringen wir eine Poller-Programm auf den Weg, um eine Gefährdung von allen Verkehrsteilnehmer*innen durch Falschparker*innen an Kreuzungsecken zu verhindern.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Südost	A552	39	2054	Z. 2054 – Ergänzungen: „Hinter „... Kraftfahrzeugen“: „Durch ein Poller-Programm schränken wir „Eckenparken“ ein und ermöglichen generell ein sicheres Überqueren“	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A427	39	2028-2037	Ergänze Satz: „4.3. Lade- und Tankinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen. Wir wollen die Elektromobilität in Berlin ausbauen. Deshalb werden wir bis 2030 mindestens 20.000 Ladepunkte auf öffentlichen Flächen errichten. Wir werden die Errichtung zusätzlicher Ladepunkte durch private Anbieter:innen unterstützen und insbesondere bürokratische Hemmnisse und rechtliche Hürden abstellen. Zudem werden wir bei Neubauten Errichtungspflichten und bei Bestandsgebäuden Duldungspflichten für Ladepunkte gesetzlich festzuschreiben. Weiterhin setzen wir uns für den sachgerechten Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur ein.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A519	39	2028-2037	„4.3. Lade- und Tankinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen  Wir wollen die Elektromobilität in Berlin ausbauen. Deshalb werden wir bis 2030 mindestens 20.000 Ladepunkte auf öffentlichen Flächen errichten. Wir werden die Errichtung zusätzlicher Ladepunkte durch private Anbieter:innen unterstützen und insbesondere bürokratische Hemmnisse und rechtliche Hürden abstellen. Zudem werden wir bei Neubauten Errichtungspflichten und bei Bestandsgebäuden Duldungspflichten für Ladepunkte gesetzlich festzuschreiben. <u>Weiterhin setzen wir uns für den sachgerechten Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur ein.</u> “	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlsruh/Friedr	A155	39	2030-2031	Einfügung zwischen „...Ladepunkte“ und „auf öffentliche...“ von: „vorrangig auf P&R-Plätzen, Parkplätzen sowie mit Prüfkonzepten zur Herstellung der Flächengerechtigkeit auch	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A156	39	2051-2054	Ersetze „Zudem fordern wir eigene Grünphasen für rechtsabliegende Kraftfahrzeuge“ durch:  „Zudem fordern wir eine eigene Grünphase jeweils für Fußgehende und Radfahrende, zum Schutz vor rechtsabliegenden Kraftfahrzeugen“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A521	39	2053-2055	„...zum Schutz vor rechtsabliegenden Kraftfahrzeugen. <u>Zudem verteilen wir Verkehrsflächen unter den Nutzenden gerechter und werden räumliche oder bauliche Trennungen von Verkehrswegen anstreben.</u> Wir werden die Sicherheit der Schulwege...“	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A555	39	2053-2055	Ergänze Satz: „...zum Schutz vor rechtsabliegenden Kraftfahrzeugen. Zudem verteilen wir Verkehrsflächen unter den Nutzenden gerechter und werden räumliche oder bauliche Trennungen von Verkehrswegen anstreben. Wir werden die Sicherheit der Schulwege...“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A342	40	2073	S.40, Z. 2073 ergänze nach „aufgreifen.“ : Unser Ziel ist es jede Hauptverkehrsstraße Berlins mit einem geschützten Radweg auszustatten.	Annahme in der Fassung der AK: Ergänze nach „aufgreifen.“ : Unser Ziel ist es möglichst jede Hauptverkehrsstraße Berlins mit einem geschützten Radweg auszustatten.“	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A448	40	2073	Füge ein : „Vorfabrikation von Fertigbauteilen (z.B. im modularen Holzbau) und digitale Planungsprozesse schaffen Planungssicherheit, vermeiden dadurch Verschwendung und sind somit wesentlichen Aspekte unserer nachhaltigen Baupolitik“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A157	40	2074	Ersetze „Aufenthaltsqualität“ durch: „Lebens- und Aufenthaltsqualität“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A343	40	2077	S.40, Z.2077 füge ein nach „Sport.“: „Die Nutzung des öffentlichen Raums durch die Allgemeinheit hat für uns Vorrang gegenüber dem Interesse Einzelner an der Beibehaltung von Parkplätzen. Wir streben Flächengerechtigkeit an.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A158	40	2078	Füge nach „verbessern“ ein: „Dies gilt auch für Parks und Grünanlagen.“	Annahme in der Fassung der Antragskommission:  Die Beleuchtung für Fuß- und auch Radwege wollen wir - auch in Parks und Grünanlagen - deutlich verbessern.	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A160	40	2111	Ersetze „Die Instandhaltung und der Ausbau“ durch: „Der Ausbau und die Instandhaltung“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A429	40	2065-2067	Ergänze Satz: „...getrennte Geh- und Radwege sowie das Radschnellwegenetz schneller als bisher ausbauen. Gefahrenstellen wollen wir beseitigen. Dazu beabsichtigen wir – wo möglich und sinnvoll – neben einer bedarfsgerechten Verteilung der Verkehrsflächen eine bauliche oder räumliche Trennung von Verkehrswegen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A524	40	2065-2067	„...getrennte Geh- und Radwege sowie das Radschnellwegenetz schneller als bisher ausbauen. Gefahrenstellen wollen wir beseitigen. <u>Dazu beabsichtigen wir – wo möglich und sinnvoll – neben einer bedarfsgerechten Verteilung der Verkehrsflächen eine bauliche oder räumliche Trennung von Verkehrswegen.</u> “	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A161	40	2078-2081	Streiche „Parks und Grünanlagen werden wir weiterhin vor allem für die Begegnung und Erholung ausweisen. Sie sind öffentliche Plätze und nicht für Radschnellwege geeignet“ und füge ein  „In Parks werden Radwege räumlich von Fußwegen getrennt.“	Annahme in der Fassung der AK: "Radschnellwege können nur gebaut werden, wenn eine bauliche Trennung möglich ist."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Forum Netzpolitik	A162	40	2094-2097	Zeile 2096 ersetzen durch : "Alle Anbieter von Fahrdiensten müssen die gleichen Regeln einhalten, insbesondere die Beförderungspflicht in Außenbezirken, faire Arbeitsbedingungen und Barrierefreiheit. Innovationen bei Fahrdiensten sollen allen Menschen nützen."	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A431	41	2127	Füge Satz ein: „Diese miteinander wollen wir durch gerechte Flächenverteilung und bauliche oder räumliche Trennung von Verkehrswegen pflegen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A496	41	2127	„Diese miteinander wollen wir durch gerechte Flächenverteilung und bauliche oder räumliche Trennung von Verkehrswegen pflegen.“	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A497	41	2143	„und Begleitediensten sowie digitale Lösungen.“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A432	41	2143	Ergänze Satz: „und Begleitediensten sowie digitale Lösungen.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A433	41	2146	Füge Satz ein: „Der Fernbusverkehr ist durch die Konzentration auf den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) direkt an der Stadtautobahn stadtvorgängig zu gestalten. Im Rahmen eines Haltestellen-Konzepts ist zu prüfen, ob und wie den Fahrgästen auch im Osten von Berlin ein gut ausgestatteter Zugang zum Fernbusangebot ermöglicht werden kann.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Süd	A520	41	2151	Auf Seite 41 in Zeile 2151 wird nach „ans Ziel kommen“ eingefügt „Wir werden zunächst dafür Sorge tragen, dass für die Unterhaltung und Instandhaltungsmaßnahmen der U-Bahn genügend Mittel budgetmäßig abgesichert werden. Zugleich werden wir...“	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A163	41	2157	Füge ein: „Wir werden den Ausbau der Tram auch im Westen von Berlin vorantreiben. 32 Jahre nach der Wiedervereinigung sollte Berlin auch mit einem leistungsfähigen ökologischen Straßenbahnnetz wieder zusammenwachsen. Dazu benötigen wir 200 km an zusätzlichen Strecken in den kommenden 20 Jahren.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-03/07 Weißensee City	A164	41	2162	Ergänzung hinter „[...] anzuschließen.“:  „Daher setzen wir uns unter anderem für die zeitnahe Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine komplett neue U-Bahnlinie vom Alexanderplatz nach Weißensee (U 10) ein.“	Ablehnung	Dissens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlsruh/Friedr	A165	41	2162	Ergänzung von: Die Teilstrecke der U5, die schon einmal Teststrecke für eine „autonom“ fahrende U-Bahn war, soll für automatisiertes Fahren reaktiviert werden, um den neuesten Stand der Technik im Regelbetrieb zur Kapazitätssteigerung einzusetzen.	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusos	A344	41	2163	S.41, Z. 2163 ergänze nach "anzuschließen": Dazu gehört insbesondere der Bau neuer U-Bahn Linien im Ostteil der Stadt.	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A166	41	2123-2127	Streiche „Für uns gibt es nicht das eine richtige Verkehrsmittel. Wir sind überzeugt, dass ideologische Kämpfe zwischen Auto und Rad, Radfahrer:innen und Fußgänger:innen oder Straßenbahn und U-Bahn, den Ausbau lähmen statt fördern.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A430	41	2116-2119	Ergänze Satz: „...in Brücken und Wege. Zudem investieren wir in digitale Infrastruktur wie flächendeckendes WLAN, 5G oder die Automatisierung im ÖPNV. Der Ausbau der einzelnen Mobilitätssysteme...“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A525	41	2116f.	„...in Brücken und Wege. <u>Zudem investieren wir in digitale Infrastruktur wie flächendeckendes WLAN, 5G oder die Automatisierung im ÖPNV.</u> Der Ausbau der einzelnen Mobilitätssysteme...“	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-12/05 Hermsdorf	A167	41	2123-2124	Ersetze „Für uns gibt es nicht das eine richtige Verkehrsmittel.“ durch „Dabei stellen die Leitlinien: ‚Verkehr vermeiden, Verkehr auf den Umweltverbund verlagern und den notwendigen Autoverkehr verträglich durchzuführen‘ die Grundzüge unserer Verkehrs- und Mobilitätspolitik.“	Erliegt	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KV-Mitte	A168	41	2124-2127	Streiche Satz in Zeile 2124-2127	Annahme in der Fassung der AK "Wir sind überzeugt, dass ein Miteinander zwischen Auto und Rad, Radfahrer:innen und Fußgänger:innen oder Straßenbahn und U-Bahn der richtige Weg für die Zukunft ist."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A169	41	2133-2135	Streiche „Für mehr lokal emissionsfreie Elektromobilität ist ein schnellerer Ausbau der Ladeinfrastruktur unerlässlich. Investitionen in die Elektromobilität werden wir deshalb stark vorantreiben.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-12/12 Reinickendorf M	A170	41	2149-2162	Erweiterung des U-Bahnnetzes im Wahlprogramm 2021 als Schwerpunkt aufnehmen: Berlin wird eine autoärmere Mobilität nicht ohne eine Erweiterung des U-Bahnnetzes erreichen können. Der begonnene Straßenbahnausbau wird begrüßt, jedoch stellt die Straßenbahn kein Netz dar, welches aufgrund der oberirdischen und weitestgehend nicht kreuzungsfreien Anordnung eben nicht für größere Strecken leistungsfähig und schnell ist. Die Straßenbahn stellt somit eine schnellere und kapazitative Zubringerfunktion als der Bus dar. Und stößt hier an ihre Grenzen. Somit muss das Ziel des SPD Wahlprogrammes sein, in einem ersten Schritt die durch das Abgeordnetenhaus beauftragten Machbarkeitsstudien U6 UTR (ehemals Flughafen Tegel), U7 Heerstraße Süd, U7 BER und U8 Märkisches Viertel hinsichtlich der Förderfähigkeit nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zügig einer volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Untersuchung zu unterziehen. Des Weiteren sollen zügig für die U2 nach Pankow Kirche, der U3 nach Mexikoplatz und der U9 nach S-Bahnhof Lankwitz weitere Machbarkeitsstudien bei der BVG beauftragt werden. Der Nahverkehrsplan 2019-2023 ist durch den Senat entsprechend zu überarbeiten. In der nächsten Wahlperiode wollen wir mindestens zwei U-Bahnprojekte in der Planung beginnen und zur Planfeststellung führen. Ein Baubeginn soll zum Ende der nächsten Legislaturperiode erfolgen. Voraussetzung hierfür ist die Aufnahme in das GVFG-Bundesprogramm.	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A499	42	2171	Aufnahme des Streckenausbaus der S25 zwischen Südende und Teltow Stadt in das Landeswahlprogramm 2021! In das Landeswahlprogramm soll folgende Passage in Zeile 1651 hinter „Velten“, eingefügt werden: „...sowie zwischen Südende und Teltow Stadt mit Verlängerung nach Stahnsdorf.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-02/08 Luisenstadt	A171	42	2188	Im „Straßenbahnnetz erweitern“ wird vor „... zügig vorantreiben“ der Passus entsprechend des beschlossenen Nahverkehrsplans eingefügt .	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A172	42	2191	Füge nach „Mierendorfplatz eröffnet“ ein: „die Planung für die Strecke Warschauer Straße - Hermannplatz fertiggestellt“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A173	42	2193	Füge ein: „Wir werden die Wiederbetriebnahme stillgelegter Strecken vorantreiben.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusus	A346	42	2193	S.42, Z- 2193 ergänze nach "begonnen werden": Wir wollen außerdem die Planungen für ein gut ausgebautes Straßenbahnnetz im Westteil der Stadt vorantreiben. Insbesondere Metro-Busse mit hohem Fahrgastaufkommen, sollen perspektivisch durch Straßenbahnen ersetzt werden.	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A500	42	2196	„Ein gut ausgebauter Regional- und Fernverkehr für Personen und Güter...“	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A434	42	2196	Ergänze Satz: „Ein gut ausgebauter Regional- und Fernverkehr für Personen und Güter...“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A174	42	2204	Füge nach „Priorität“ ein: „Wir setzen uns dafür ein, dass endlich das Signalsystem ETCS in der Hauptstadtregion zur Verdichtung der Zugfolgen auf Engpass-Abschnitten und zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs nach Polen eingeführt wird.“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/70 City-Westend-Klausenerplatz	A399	42	2213	Ab Zeile 2213 ist folgender neue Abschnitt einzufügen: 5.4 Klimaschädlicher Luftverkehr: „Uns ist bewusst, dass die größten Belastungen des Klimas im Mobilitätsbereich aus dem stetig steigenden Luftverkehr kommen. Der Luftverkehr von und zu den Berliner Flughäfen – jetzt gebündelt am BER - hat bereits vor 2020 das Klima stärker belastet, als der gesamte Berliner Straßenverkehr. Wir werden deshalb auf jeglichen Ausbau des BER verzichten, solange der Luftverkehr seine Klimawirkung durch alternative Kraftstoffe (Wasserstoff, E-Fuels) im Vergleich zu 2019 nicht mindestens halbiert hat. Auch die klimaschädlichen Subventionen für zusätzliche Destinationen (Flugverbindungen) oder besonders viele An- und Abflüge einzelner Airlines zum BER wollen wir in Abstimmung mit den Miteigentümern des BER schnellstmöglich aus der Gebührenordnung für den BER streichen. Stattdessen sind die Start- und Landgebühren so anzupassen, dass sie die Umweltbelastungen von Flugreisen kompensieren. Gleichzeitig werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass innerdeutsche Flüge von und zum BER aber auch Kurzstreckenflüge aus Nachbarländern (z.B. Polen) schnellstmöglich durch Bahn- und Busreisen ersetzt werden können.“ (Der bisherige Text ab Zeile 2213 „5.4. Brücken, Tunnel und Wege sanieren und bauen.....“ verschiebt sich entsprechen mit der neuen Nummerierung „5.5“ nach hinten. )	Annahme in der Fassung der AK „Die größten Belastungen des Klimas im Mobilitätsbereich stammen aus dem Luftverkehr.“	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A175	42	2218	Füge nach „Taskforce“ ein: „Infrastruktur	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-11/06 Karlshorst/Fried	A176	42	2189-2193	Streichung Z. 2189 bis Z. 2193 ab „In der kommenden Legislaturperiode [...]“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Jusus	A345	42	2189-2193	S.42, Z. 2189-2193 ersetze „Straßenbahntangente Pankow-Heinersdorf-Weißensee“ durch „Straßenbahntangenten Pankow-Heinersdorf-Weißensee und Alexanderplatz-Kulturforum-Kleistpark-Steglitz“	Ablehnung	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/70 City-Westend-Kl	A398	42	2206-2211	Im SPD-Landeswahlprogramm (Leitantrag vom März 2021) soll folgendes geändert werden: in Zeile 2208 wird hinter dem Satz „...europäische Metropolen.“ Folgender Satz angefügt. „Auf diesem Weg wollen wir den klimaschädlichen Luftverkehr innerhalb Deutschlands und Europas reduzieren.“ Der bisherige Text verschiebt sich entsprechend nach hinten.	Annahme	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-04/70 City-Westend-Klausenerplatz	A396	42	2221-2223	Der Satz zur Autobahn (Zeile 2221 – 2223) von „Mit der ... bis ...verringern ist zu streichen und wie folgt zu ersetzen: "Wir setzen uns für einen stadverträglichen Neubau der westlichen Stadtautobahn (A 100) als Ersatz für die bestehende Autobahnschneise aus den 1950er Jahren ein. Durch eine weitgehende Deckelung der Autobahnabschnitte in Trog- und Tieflage wollen wir die bisher getrennten Stadtquartiere wieder verbinden, neue Grün- und Bauflächen erschließen und die Lärm- und Luftschadstoffbelastungen für die Anwohner:innen deutlich verringern. Wir setzen uns dafür ein, dass geprüft wird, die bisher geplante doppelte Autobahnhochbrücke durch einen Autobahntunnel zwischen Spandauer Damm und Heckerdamm zu ersetzen. Die Autobahnanschlussstelle "Kaiserdamm" wollen wir aus den Wohngebieten endlich an die an die Kaiserdammbrücke verlegen, wo die Fahrzeuge eigentlich hinwollen. Auch an anderen Abschnitten der Berliner Autobahnen werden von der bundeseigenen Autobahngesellschaft mehr Lärmschutz und weniger Schadstoffe für die Anwohner:innen fordern.“	Annahme in der Fassung der AK Mit der ... bis ...verringern ist zu streichen und wie folgt zu ersetzen: "Wir setzen uns für einen stadverträglichen Sanierung der westlichen Stadtautobahn (A 100) ein. Durch eine weitgehende Deckelung der Autobahnabschnitte in Trog- und Tieflage wollen wir die bisher getrennten Stadtquartiere wieder verbinden, neue Grün- und Bauflächen erschließen und die Lärm- und Luftschadstoffbelastungen für die Anwohner:innen deutlich verringern. Wir wollen prüfen, ob die geplante doppelte Autobahnhochbrücke durch einen Tunnel zwischen Spandauer Damm und Heckerdamm ersetzt werden kann."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A501	43	2223	Kein weiterer A100-Ausbau in das Landeswahlprogramm 2021 In das Landeswahlprogramm soll folgender Satz in Zeile 1687 nach „verringern.“ eingefügt werden: „Einen weiteren Ausbau der A100 lehnen wir ab.“	Ablehnung	Dissens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Kompromissfassung	A501-AA	43	2223	Ersetzung ab Z 2223 "Die SPD Berlin hält an der derzeit im Bau befindlichen Verlängerung der Autobahn A 100 (16. Bauabschnitt) bis zum Treptower Park fest. Wir setzen uns für die Erstellung eines umfassenden Verkehrskonzepts vor einer Eröffnung dieses Bauabschnitts ein. Um negativen Auswirkungen der A100 entgegenzutreten, wollen wir die Deckelung der A100 im Bereich Alt-Treptow/Treptower Park. Eine Weiterführung der A100 mit einem 17. Bauabschnitt wollen wir im Rahmen einer gesamtstädtischen Bürger:innenbeteiligung diskutieren und entscheiden. Diese darf Anwohner:innen, Stadtbild und Gewerbe vor Ort möglichst wenig beeinträchtigen. Wir streben deshalb eine unterirdische oder gedeckelte Bauweise an."	Ablehnung	Dissens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	FA-X	A557	43	2227	Ab Zeile 2227 einfügen: Wir setzen uns für einen Abschluss des 16. Bauabschnitts der A 100 am Treptower Park ein und minimieren die Belastung der Anwohner*innen durch ein qualifiziertes Mobilitätsmanagement	offen	offen
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A177	43	2241	Ergänze nach „aktiv“: „Diskriminierung“	Erliegt	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A178	43	2256	Füge ein: "Wir werden u.a. zusammen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern in den BBA, den zuständigen Stellen für die Berufsbildung und Wirtschafts- und Sozialpartnern und mit kleinen und mittelständischen Betrieben ein Pilotprojekt auflegen mit dem Ziel, die Anzahl der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderungen nach §66 BBiG/§42r HwO auch unter geschlechtsspezifischen Favorisierungen mit bundesweiten Regelungen zu erweitern. Es sollen mehr Betriebe ermutigt werden, Ausbildungen entsprechend der Vielfalt der unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen anzubieten."	Annahme in der Fassung der AK in Seite 55, Einfügen in Zeile 2871 "Wir werden ein Berufsbildungs-Pilotprojekt auflegen, um für Jugendliche mit Beeinträchtigungen die Anzahl der Ausbildungsberufe und -plätze in kleinen und mittelständischen Betrieben zu erhöhen. Ein Ziel ist es auch, die Spannweite der Ausbildungsmöglichkeiten geschlechtergerecht zu gestalten."	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A179	43	2260	Füge nach „investieren wir“ die Worte ein: „eine inklusive“	Erliegt	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-04/76 Rund um den Ka	A325	43	2274-2300	In Teil III – Bildung und Wissenschaft soll das Kapitel 1: Digitales Lehren und Lernen (Zeilen 2274-2300) durch folgenden Text ersetzt werden:  „Die SPD ist sich bewusst, dass das digitale Lernen in Zukunft einen bedeutend größeren Stellenwert im Unterricht einnehmen muss als bisher. Durch die Corona-Pandemie ist deutlich geworden, dass es bei den Voraussetzungen für ein gelingendes digitales Lehren und Lernen noch Defizite gibt. Damit unsere Kinder und Jugendlichen auf die digitalen Anforderungen der Zukunft gut vorbereitet werden, wollen wir folgende Maßnahmen ergreifen: 1.) Alle Berliner Schulen müssen mit einem leistungsfähigen WLAN ausgestattet werden, damit auch eine größere Anzahl von Schülerinnen und Schülern gleichzeitig online arbeiten kann. 2.) Ziel der SPD ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler ein Endgerät besitzen. 3.) Der Senat soll die Schulen bei der Beschaffung der Endgeräte unterstützen, indem er mit Firmen günstige Verträge auszuhandeln versucht. Es sollten unbedingt auch Leasing-Verträge ins Auge gefasst werden, die den technischen Support miteinbeziehen. So braucht es für die Beschaffung der Endgeräte keine große Erstinvestition, die Kosten bleiben konstant und berechenbar. 4.) Jede Berliner Schule schafft die Stelle eines/einer Beauftragten für digitales Lernen, der für folgende Aufgaben verantwortlich ist: die Koordination zwischen den externen Partnern und den MitarbeiterInnen der Schule, die für die technische Ausstattung verantwortlich sind- die fachliche Ausbildung der Lehrpersonen in digitaler Pädagogik- die Bereitstellung digitaler Lerninhalte für den Unterricht- das Erreichen der digitalen Lernziele durch die Schüler und Schülerinnen 5.) Jede Schule muss Räume bereitstellen, wo den Schülerinnen und Schülern selbstständiges digitales Arbeiten in Ruhe und mit den nötigen technischen Voraussetzungen möglich ist. Die SPD will außerdem die Eltern für das digitale Lernen ihrer Kinder sensibilisieren. Da das digitale Arbeiten zuhause in großem Maße von den dortigen Voraussetzungen abhängt, müssen die Eltern miteinbezogen werden. Wir wollen, dass digitale Bildung nicht auf die Schulen beschränkt ist, sondern in allen Berliner Bildungseinrichtungen verankert wird, in Kitas, Jugendeinrichtungen, Volkshochschulen, Bibliotheken, weiteren außerschulischen Lernorten und Berufs- und Hochschulen. Durch die neuen Möglichkeiten im Lehren und Lernen bieten sich außerdem neue Chancen im Umgang mit Lehrermangel und Fernunterricht. Bei allen schulischen Maßnahmen soll immer mitgedacht werden, dass unsere Lernenden, unabhängig auf welcher Stufe, fit gemacht werden für die Anforderungen einer digitalen Welt.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A180	44	2285	Ersetze „Fachkräfte“ durch: „Pädagog:innen“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A181	44	2320	Füge am Ende des Absatzes ein: „Im System Kita müssen den Erzieher:innen von fachfremden Aufgaben entlastet werden.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A182	44	2320-2321	Ergänze nach dem Wort „kindgerechte“ die Wörter  „sanierte, saubere“ und nach dem Wort „unterstützen“ die Wörter „Maßnahmen und“ sowie nach den Wörtern „Netzwerke für“ das Wort „hohe“ und ergänze nach Satzende den Satz „Dazu gehört eine gute Ausstattung.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Reinickendorf	A533	44	2406-2414	Ersetzung der Zeilen 2406 – 2414 im Entwurf des Berliner Wahlprogramms durch: "Darüber hinaus wird die Berliner Schulreinigung verbessert, so dass ein hoher Reinigungsstandard mit gut bezahlter Arbeit, ausreichendem Reinigungspersonal und optimalem Einfügen in die schulischen Abläufe, gewährleistet werden kann. Dort wo die Verträge mit Reinigungs-kräften auslaufen, wird das Reinigungspersonal am Bezirksamt angestellt und den Schulen entsprechend zugeordnet."	Erliegt bei A324	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A349	45	2351	S.45, Z. 2351 ersetze "Kitas in schwieriger Lage" durch: "Kitas in herausfordernden Lagen"	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A350	45	2366	S.45, Z. 2366 füge ein: "In diesem Zusammenhang stellen wir aber das Recht auf Nichterreichbarkeit in der arbeitsfreien Zeit der Mitarbeiter*innen der Kitas sicher."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-03/05 Pankow-Süd	A410	45	2349-2351	Zeile 2351, nach dem Satz „Mehrsprachig aufwachsende Kinder müssen beim Erwerb der deutschen Sprache besonders unterstützt werden“ sind folgende Sätze hinzuzufügen: „Auch die Herkunftssprachen dieser Kinder sind eine Bereicherung für die Kinder selbst und für die Gesamtgesellschaft. Das Angebot an herkunftssprachlichem Unterricht werden wir daher bezüglich der angebotenen Sprachen und der Anzahl der beteiligten Schulen weiter ausbauen.“	Annahme in der Fassung der AK: „Wir entwickeln aktuelle Instrumente zur Sprachstanderhebung, Sprachlern dokumentation und kultursensiblen Sprachförderung weiter, um insbesondere auf die besondere Bedeutung der Sprachenvielfalt in Berlin besser eingehen zu können.“	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-12/05 Hermsdorf	A183	46	2394	Füge ein vor „Mittel“ „den zuständigen Verwaltungseinheiten (Bezirksamt, Senat) ausreichende“.	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A184	46	2398	Nach „Daran wollen wir“ ändern durch: „anknüpfen. Wir werden das Erfordernis der Barrierefreiheit beim“ bis zum Wort „Neubau“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A185	46	2406	Wir unterstützen die Rekommunalisierung der Schulreinigung, z.B. durch die Einführung eines landeseigenen Unternehmens Berliner Schulreinigung (BSR) analog zur Berliner Stadtreinigung (BSR).“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A502	46	2406	Kap. 3.1 Zeile 1815 ff. wird wie folgt geändert:  Die Reinigung der Schulen soll von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirke übernommen werden. Den Bezirken sind die notwendigen Mittel durch das Land Berlin zur Verfügung zu stellen.	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A351	46	2414	S.46, Z. 2414 füge ein nach (BSR): "Außerdem wollen wir den Bezirken mehr finanzielle Mittel für die Anstellung von Hausmeister*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen zur Verfügung stellen."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-03/03 Wilhelmsruh-Rosenthal	A436	46	2414	Auf Seite 46 im Kapitel 3.1 Baulich intakte Schule in Zeile 2414 nach "chen." zu ergänzen: „Dabei wollen wir Verlässlichkeit für Schulen und Arbeitskräfte schaffen: Die Reinigungskräfte sollen grundsätzlich einzelnen Einrichtungen zugeordnet und nur in begründeten Ausnahmefällen vorübergehend an anderen Orten eingesetzt werden. Und wir wollen diese Standards nicht nur an Schulen verbessern: Die Umstellung von Fremd- auf Eigenreinigung durch ein landeseigenes Unternehmen wird auch für landeseigene Kindertagesstätten, Hochschulen, Volkshochschulen sowie bezirklichen Musikschulen angestrebt.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-03/03 Wilhelmsruh-Rosenthal	A503	46	2414	Auf Seite 46 im Kapitel 3.1 Baulich intakte Schule in Zeile 2414 nach "machen." zu ergänzen: Dabei wollen wir Verlässlichkeit für Schulen und Arbeitskräfte schaffen: Die Reinigungskräfte sollen grundsätzlich einzelnen Einrichtungen zugeordnet und nur in begründeten Ausnahmefällen vorübergehend an anderen Orten eingesetzt werden. Und wir wollen diese Standards nicht nur an Schulen verbessern: Die Umstellung von Fremd- auf Eigenreinigung durch ein landeseigenes Unternehmen wird auch für landeseigene Kindertagesstätten, Hochschulen, Volkshochschulen sowie bezirklichen Musikschulen angestrebt.	Erliegt durch A324	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A347	46	2423	S.46, Z. 2423 füge ein: "Medien- und Digitalkompetenz"	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A186	46	2429	Ergänze: „Klare Vorgaben der Senatsverwaltung stellen dabei sicher, dass Qualitätsstandards sichergestellt werden und eine Vergleichbarkeit zwischen den Schulen gewährleistet wird.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A187	46	2423-2425	Ersetze den Satz beginnend mit „Die Partizipation [...]“ durch:  „Eine eigenständige Schule, ist eine demokratische Schule. Daher wollen wir vor allem der Partizipation von Schüler:innen und Erziehungsberechtigten den Rücken stärken. Zentrale Fragen der Schulentwicklung und des Ressourceneinsatzes müssen von der Schulgemeinschaft gemeinsam entschieden werden.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-04/76 Rund um den Karl-August-Platz	A324	46	2406-2414	Ersetzung der Zeilen 2406 – 2414 im Entwurf des Berliner Wahlprogramms durch: Darüber hinaus wird die Berliner Schulreinigung verbessert, so dass ein hoher Reinigungsstandard mit gut bezahlter Arbeit, ausreichendem Reinigungspersonal und optimalem Einfügen in die schulischen Abläufe, gewährleistet werden kann. Dort wo die Verträge mit Reinigungskräften auslaufen, wird das Reinigungspersonal am Bezirksamt angestellt und den Schulen entsprechend zugeordnet.	Annahme in der Fassung der AK: "Darüber hinaus werden wir die Berliner Schulreinigung verbessern, sodass ein hoher Reinigungsstandard mit gut bezahlter Arbeit und ausreichendem Reinigungspersonal an allen Schulen gewährleistet werden kann. Wir wollen auch eine enge Bindung der Reinigungskräfte an den Einsatzort erreichen. Dazu werden wir die Berliner Schulreinigung in öffentliche Hand zurückführen. Perspektivisch wollen wir dieses Modell für andere Bildungseinrichtungen ermöglichen."	Konsens
02-Bauen, Wohnen und Verkehr	Abt.-08/01 Rixdorf	A460	46	2423-2425	Ersetze „Die Partizipation von Schüler:innen an Entscheidungsprozessen wird dabei gefördert.“ durch „Schulische Entscheidungen sind partizipativ unter Einbeziehung von Schülern und Eltern zu treffen.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A370	47	2469	S. 47, Z. 2469 füge ein nach "erreichen": "Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der schulischen Bewertungspraktiken ein, hin zu einem flexibleren System, das sich auf die Kompetenzen und Stärken von Kindern fokussiert, diese detailliert erfasst und beschreibt und das eine Abkehr vom Dogma der reinen Notengebung darstellt."	Annahme in der Fassung der AK  "Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der schulischen Bewertungspraktiken ein, hin zu einem flexibleren System, das sich auf die Kompetenzen und Stärken von Kindern fokussiert."	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Forum Netzpolitik	A188	47	2470	Ergänzung in Zeile 2470: "Zur datenbasierte Schule gehört ebenfalls, dass Schülerinnen und Schüler dafür sensibilisiert werden, wer wie und wann ihre Daten nutzt und wissen, wer wie ihre Daten nutzt, wenn sie diese auf Apps oder Plattformen zur Verfügung stellen. Menschen haben ein Recht auf Privatsphäre – auch im digitalen Raum. Online-Lehre an Schulen und Universitäten muss daher im Einklang mit den Grundsätzen des Datenschutzes und der Datenminimierung stattfinden. Dazu muss die passende Infrastruktur geschaffen werden und Lehrpersonal sensibilisiert werden."	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A352	48	2494	S.48, Z.2494 füge ein: "Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einrichtung eines Berliner Landesbildungsinstituts für Schule mit dem Schwerpunkt Digitale Bildung ein, das diese Entwicklung begleiten soll. Dabei wollen wir Fokus verstärkt auf Open-Source Programmen legen."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A353	48	2501	S.48, Z. 2501 nach erreichen: "Deshalb werden wir eine Finanzierungsoffensive ergänzend zu den Mitteln aus dem DigitalPakt für die Digitale Bildung und Infrastruktur anstoßen. Mittelfristig streben wir eine flächendeckende Ausstattung aller Schüler*innen mit einem digitalen und internetfähigen Endgerät an. Sollte die Lehrer*innen und Schüler*innen an ihren Arbeitsorten keine digitale Infrastruktur (wie WLAN) haben, werden wir dies ebenfalls zur Verfügung stellen. "	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A474	48	2521	Folgenden Absatz einfügen :  3.6 Europäische Schule. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Bildung muss die europäische Dimension zu einem selbstverständlichen Bezugspunkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Austausch in andere europäische Länder – gerade auch von Schüler*innen der Sekundarschulen und Berliner Oberstufenzentren – durch das Programm ERASMUS+ ausgebaut wird. Jeder junge Mensch soll die Gelegenheit erhalten, einmal an einem Austausch mit einem anderen EU-Mitgliedstaat teilgenommen zu haben. Wir bekennen uns zudem zur Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) als einem einzigartig erfolgreichen paritätischen Modell und wollen alle 35 SESB-Standorte mit insgesamt 10 Sprachen erhalten sowie neue Standorte und Sprachkombinationen – besonders in den östlichen Bezirken – aufbauen. Außerdem soll die SESB eine eigene Leitungsstelle in der Senatsverwaltung erhalten, um die Standorte besser zu koordinieren und zu beraten.	Annahme in der Fassung der AK: „Auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Bildung muss die europäische Dimension zu einem selbstverständlichen Bezugspunkt werden. Wir wollen den Schüler*innenaustausch mit anderen europäischen Ländern stärken. Wir streben dabei an, dass jedes Kind einmal diese Möglichkeit im schulischen Kontext erhält.“	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A355	48	2535	S.48, Z. 2535 füge ein nach "unterstützen": Deshalb unterstützen wir Umwandlungen und Neugründungen von qualitativ hochwertigen Gemeinschaftsschulen gezielt."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-12/05 Hermsdorf	A189	49	2544	Füge ein nach „Neugründung.“  „Ferner unterstützen wir den Weg von Gemeinschaftsschulen mit eigener gymnasialer Oberstufe; das Mindestziel ist eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe pro Bezirk.“	Annahme	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A504	49	2545	Kap. 4.1; Zeile 1904 ff wie folgt geändert:  In dem Satz „Wir unterstützen ebenso die Gymnasien in ihrer exzellenten Arbeit für eine gute Bildung besonders leistungsstarker Schülerinnen und Schüler“ sind die Wörter „exzellente“ und „besonders“ zu streichen.	Erliegt	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A526	49	2553	Kap. 4.1; Zeile1909 ff.wird wie folgt geändert:  Der Text soll beginnen „Für Privatschulen streben wir eindeutige rechtliche Vorgaben an, die allen Einkommensgruppen...“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A190	49	2561	Füge ein „Jedes Kind braucht gute Bildung. Wir tragen dafür Sorge, dass der Zugang zu Regelschulplätzen für minderjährige Geflüchtete bis 18 Jahren in Übereinstimmung mit dem Berliner Schulgesetz und der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen sichergestellt ist. Daneben stellen wir sicher, dass es Geflüchteten ermöglicht wird, den bestmöglichen Schulabschluss zu erwerben.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A462	49	2561	Füge ein: „Jedes Kind braucht gute Bildung. Wir tragen dafür Sorge, dass der Zugang zu Regelschulplätzen für minderjährige Geflüchtete bis 18 Jahren in Übereinstimmung mit dem Berliner Schulgesetz und der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen sichergestellt ist. Daneben stellen wir sicher, dass es Geflüchteten ermöglicht wird, den bestmöglichen Schulabschluss zu erwerben.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A191	49	2545-2547	Ersetze kompletten Absatz durch: „Den Übergang auf das Gymnasium reformieren wir, nehmen dabei die individuellen Stärken und Potentiale der Kinder in den Blick und richten das Verfahren dahingehend aus.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A192	49	2553-2560	Ersetze kompletten Absatz durch:  „Privatschulen sind ein Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Wir streben eindeutige rechtliche Vorgaben an, die den Zugang zu Schulen in freier Trägerschaft für alle Einkommensgruppen sicherstellen. Beste Qualität muss auch für Schulen in freier Trägerschaft gelten. Deshalb stärken wir in diesem Bereich die Aufsicht, insbesondere auch für berufliche Schulen.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A461	49	2553-2557	Ersetze „Viele Privatschulen tragen durch ihre gute Arbeit zu pädagogischen Vielfalt der Berliner Bildungslandschaft bei. Wir streben eindeutige rechtliche Vorgaben an, die den Zugang zu Schulen in freier Trägerschaft für alle Einkommensgruppen sicherstellen.“ durch „Wir wertschätzen die Privatschulen als wichtigen Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Für uns ist aber auch klar, dass der Zugang zu Privatschulen kostenlos sein muss, um – wie im Grundgesetz vorgesehen – allen Einkommensgruppen Zugang zu Schulen in freier Trägerschaft zu ermöglichen. Dazu schaffen wir eindeutige rechtlichen Vorgaben.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A356	49	2553-2560	S.49, Z. 2553-2560 ersetze: "Privatschulen können die Berliner Bildungsgesellschaft punktuell sinnvoll ergänzen. Da, wo sie bereits bestehen, muss allerdings der Zugang für Schüler*innen aus finanziell schlechter gestellten Familien ermöglicht werden. Ein Angebot privater Schulen darf nicht zur sozialer Segregation und Chancengleichheit führen. Hier wollen wir rechtliche Vorgaben machen und die Privatschulen auf ein Mindestmaß begrenzen. Zudem muss die Qualität an Schulen in freier Trägerschaft sichergestellt werden. Dafür wollen wir in diesem Bereich die Aufsicht, insbesondere für berufliche Schulen, stärken."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A308	49	2591-2606	Ersetze gesamten Absatz durch:  „Alle Berliner Kinder haben einen Anspruch darauf, an Regelschulen beschult zu werden. Um dies für möglichst viele Kinder zu realisieren, streben wir weiterhin den Ausbau der inklusiven Schwerpunktschulen an. Sie ermöglichen eine ideale Mischung zwischen besonderer Förderung und inklusiver Beschulung. Die Inklusion an allen anderen Standorten soll durch den Ausbau pädagogischer Unterrichtshilfen, die Senkung der Klassenfrequenzen an besonders inklusiven Standorten und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen gestärkt werden. Zugleich werden wir Sonderstrukturen an Förderzentren weiter zurückfahren. Gelingende Inklusion braucht hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungen aller sowie räumlich, zeitlich und personell hochwertige Ausstattung.“	Annahme in der Fassung der AK nach „Alle Berliner Kinder haben einen Anspruch darauf, an Regelschulen beschult zu werden.“ ergänze "Um ein gemeinsames Lernen für alle Kinder langfristig zu realisieren, setzen wir uns für die inklusive Beschulung aller Kinder ein. Wir streben den Ausbau der inklusiven Schwerpunktschulen an. "	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A193	50	2615	Ersetze „Die Vielfalt der Berliner Schüler:innen“ durch: „Schule“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A358	50	2622	S.50, Z. 2622 ergänze hinter Rassismus "Antisemitismus"	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A194	50	2624	Ergänze nach „Erzieher:innen“: „-, Sozialpädagog:innen-“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A195	50	2614-2615	Ersetze den Satz „Die Arbeit mit unseren Schüler:innen [...]“ durch:  „Wir schätzen die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Menschen als starke Quelle der schulischen Bildung und Erziehung. Daher unterstützen wir auch weiterhin Bestrebungen und Maßnahmen, die Vielfalt unserer Gesellschaft bei den schulischen Professionen abzubilden. Die Kompetenzen und wertvollen Potenziale diverser und multiprofessionell aufgestellter Schulen sind für die inklusive und diskriminierungsfreie Arbeit mit Schüler:innen unerlässlich.“	Erliegt durch A308	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A357	50	2615-2618	S. 50, Z. 2615-2618 streichen nach: "sein." bis "Rechtsprechung."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A463	50	2619-2621	Ersetze „Wir setzen uns für eine rassismus- und kolonialensensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehrmaterialien ein. Wir stärken Fortbildungsmodul zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus und führen verpflichtend diskriminierungskritische Module in der Erzieher:innen und Lehrer:innenbildung ein.“ Durch „Wir setzen uns für eine vielfältige und rassismus- und kolonialensensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehrmaterialien ein. Wir fordern daher die Einführung eines zentralen Zulassungsverfahrens für Schulbücher und andere Unterrichtsmedien in Berlin. Wir stärken Fortbildungsmodul zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus und führen verpflichtend diskriminierungskritische Module in der Erzieher:innen und Lehrer:innenbildung ein.“	Erliegt	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	AG-MuV	A196	50	2619-2621	Ersetze „Wir setzen uns für eine rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehr- und Lernmaterialien ein. Wir stärken Fortbildungsmodulen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus und führen verpflichtend diskriminierungskritische Module in der Erzieher:innen und Lehrer:innenbildung ein.“ Durch  „Wir setzen uns für eine vielfältige und rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehrmaterialien ein. Wir fordern daher die Einführung eines zentralen Zulassungsverfahrens für Schulbücher und andere Unterrichtsmedien in Berlin. Wir stärken Fortbildungsmodulen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus und führen verpflichtend diskriminierungskritische Module in der Erzieher:innen, Sozialpädagog:innen- und Lehrer:innenbildung ein.“	Annahme in der Fassung der AK  „Wir setzen uns für eine rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehr- und Lernmaterialien ein. Wir stärken Fortbildungsmodulen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus und führen verpflichtend diskriminierungskritische Module in die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte.“	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A360	51	2656	S.51, Z. 2656 ersetze "die wir in den schwierigsten" durch: "in allen Lagen"	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A465	51	2657	Füge ein: "Daher wird für Erzieher*innen an Kita und Grundschule der Anteil der mittelbaren pädagogischen Arbeit deutlich von derzeit 4h auf 8h erhöht."	Annahme in der Fassung der AK  "Daher wird für Erzieher*innen an Kita und Grundschule der Anteil der mittelbaren pädagogischen Arbeit deutlich erhöht."	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A361	51	2665	S. 51, Z. 2665 füge ein nach "folgen": "Unser Ziel ist die Einführung eines Ganztagsangebots an allen Berliner Schulen."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A466	51	2667	Füge ein: "Dafür erhält jede pädagogisch mit den Schüler:innen arbeitende Fachkraft eine Stunde Teamzeit pro Woche. Diese steht dann als feste Teamstunde für Absprachen im Team zur Verfügung und wird von der Unterrichtsverpflichtung bzw. der Betreuungszeit abgezogen."	Erliegt	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A197	51	2675	Streiche das Wort: „möglichst“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A363	51	2676	S. 51, Z. 2676 ergänze nach Schulsozialarbeit: "und IT"	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A464	51	2693	füge ein: "Um den Anforderungen der wachsenden Stadt und damit dem steigenden Bedarf an Lehrkräften gerecht zu werden, verankern wir eine Ausbildungsinitiative in den Hochschulverträgen. Unser Ziel ist es, dass jährlich 3.000 Lehramtsstudierende für Grundschulen, Oberschulen und Sonderpädagogie die Berliner Hochschulen verlassen."	Annahme in der Fassung der AK: „Um dem steigenden Bedarf an Lehrkräften gerecht zu werden, halten wir an unserer gestarteten Ausbildungsinitiative fest und bauen sie qualitativ weiter aus.“	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A359	51	2653-2654	S. 51, Z. 2653-2654 ersetzen durch: "gleichzeitig wollen wir angestellte Lehrkräfte entlasten und setzen uns für eine Stundenreduktion auf 23 Wochenstunden ein."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A467	52	2711	Füge ein. "Außerdem werden wir bei der Ausbildung von Quereinsteiger*innen die Qualität verbessern. Deswegen senken wir Unterrichtsverpflichtung für Quereinsteigende im 1. Semester zugunsten von vermehrter Ausbildungs- und Hospitationszeit analog zur Unterrichtsverpflichtung von Referendar:innen."	Ablehnung	Dissens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A198	53	2762	Füge vor „Gestaltung“ das Wort „barrierefreien“ ein	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	FA-Jugend	A199	53	2776	Füge ein "Für die rund 2.000 jungen Menschen, die in Berlin ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolvieren und wertvolle Tätigkeiten in der Erziehung, Pflege und Sozialen Arbeit übernehmen, wollen wir bessere finanzielle Bedingungen erreichen. Ein Freiwilligendienst im Sozialen Bereich soll allen jungen Menschen unabhängig der Herkunfts- und Bildungsbiografie ermöglicht werden und verdient daher die gleiche Vergütung wie im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A364	53	2796	S.53, Z. 2796 ersetze "jede Art von Extremismus" durch: "Rechtsextremismus"	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A200	53	2798-2801	Ersetze durch: „Nicht nur, weil Spielen schau macht und Bewegung gesund hält, sondern weil junge Menschen auch eigene Räume zur persönlichen Entfaltung benötigen, unterstützen wir die Bezirke dabei, bei der Gestaltung des öffentlichen Raums die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen besonders zu berücksichtigen und diese auch in die Planungen weitestgehend miteinzubeziehen.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A201	53	2763-2768	Fasse neu: „Wir setzen uns für ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren ein und ermöglichen, unter anderem durch die Stärkung der Jugendbildungsstätten aber auch fachlich fundierter Angebote anerkannter Träger (der politischen Bildung bzw. freie Kinder- und Jugendhilfe) und der Landeszentrale für politische Bildung, mehr und hochwertige Angebote der politischen Bildung. Wir verankern diese Angebote mit den Häusern für Bildung und Demokratie.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A202	53	2768-2776	Fasse den Satz „Wir werden den Jugenddemokratiefonds [...]“ neu:  „Wir werden dem Jugenddemokratiefonds weitere Perspektiven eröffnen und diese stetig ausbauen. Freiwilliges Engagement bedarf mehr gesellschaftlicher Anerkennung. Viele Jugendliche engagieren sich bereits heute in ihrer Freizeit auf mannigfaltige Weise. Darum werden wir u.a. das Freiwillige Soziale Jahr attraktiver gestalten, niedrigschwellige Zugänge für alle interessierten Jugendlichen ermöglichen und mehr Plätze in diesem Bereich schaffen.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A203	53	2776-2778	Füge ein nach „Förderung von“: „nicht-kommerziellen, außerschulischen pädagogischen Angeboten und Ferienfahrten aus.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A204	54	2819	Ersetze „Ansprechpartner“ durch: „Ansprechperson“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A365	54	2848-2849	S.54, Z. 2848-2849 streiche ab „für“ bis „Dienstleistungsgewerbe“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A354	55	2859	S.55, Z. 2859 füge ein nach „Grundschule“: „und der Gemeinschaftsschule“	Annahme in der Fassung der AK:  "Grundschule ersetzen durch Grundstufe"	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	FA-Europa	A205	55	2880	einfügen "Jeder junge Mensch soll zudem die Gelegenheit erhalten, einmal an einem Austausch mit einem anderen europäischen Land teilzunehmen. Wir wollen dafür ERASMUS+ an den Berliner Oberstufenzentren stärker verankern. "	Annahme	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A206	55	2882	Nach „[...] für alle jungen Menschen in Berlin sichern“ einfügen: „und eine Ausbildungsplatzgarantie“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A367	55	2902	S.55, Z. 2902 füge ein nach "Berufsschule": "Im Zuge einer Qualitätsinitiative Berufsschule sollen die Rahmenbedingungen für eine Berufsbildung auf der Höhe der Zeit geschaffen werden."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A368	55	2904	S. 55, Z. 2904 ersetze von "Dazu" bis "vorbereiten": "Dazu gehören neben qualifizierten, gut bezahlten Lehrkräften, moderne Gebäude und eine zeitgemäße Ausstattung. Nur so kann ein guter erfolgreicher Lernprozess ermöglicht werden, der die Auszubildenden angemessen auf die digitalisierte Arbeitswelt vorbereitet."	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Jusos	A369	55	2905	S.55, Z. 2905 nach "verbessern": "Wir werden Berufsschulen so ausstatten, dass pro Schüler*in ein digitales Endgerät zur Verfügung steht"	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Reinickendorf	A537	56	2913	In Zeilen 2912-2916 ersetze folgenden Satz: „Wir werden prüfen, inwieweit die Ausbildungs-plätze im Gesundheitswesen für Auszubildende kostenfrei angeboten werden können.“  Durch:  „Schulische Ausbildung in Gesundheitsberufen wie beispielsweise Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie, Sozialassistenten müssen für die Schüler_innen schulgeldfrei werden. Bis die entsprechende Bundesregelung über das Gesundheitsberufegesetz vollumfänglich in Kraft tritt, werden wir hier eine Berliner Lösung für Schulgeldfreiheit und damit eine kostenfreie Ausbildung finden.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A438	56	2960	Füge ein „Daher unterstützen wir die Bezirke bei der Einrichtung neuer Beteiligungsformate wie z.B. von Stadteilkonferenzen.“	Annahme in der Fassung der AK in Kapitel, Demokratie fördern, Zeile 762, S. 15: „Daher unterstützen wir die Bezirke bei der Einrichtung neuer Beteiligungsformate wie z.B. von Stadteilkonferenzen.“	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A207	56	2963	Füge hinter „Beteiligung“ ein:  „Diese Orte bieten auch aufsuchende Angebote an. Damit wir sicherstellen auch diejenigen zu erreichen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A208	56	2963	„Daher unterstützen wir die Bezirke bei der Einrichtung neuer Beteiligungsformate wie z.B. von Stadteilkonferenzen.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A209	56	2943-2945	Füge nach „verankern“ den Satz ein: „Alle Angebote müssen auch Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglich sein.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A505	56	2913-2916	Kapitel 8.3.; Zeile 2132 ff. wird wie folgt geändert:  Neue Fassung: „Wir wollen, dass die Ausbildungsplätze im Gesundheitswesen kostenfrei angeboten werden.“	Annahme	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A210	57	2993	Auf Seite 57, in Zeile 2993 soll der Satz „Wir setzen uns für die Festanstellung von arbeitnehmerähnlich beschäftigten Dozierenden an Volkshochschulen ein.“ ersetzt werden durch: „Wir treiben die Festanstellung von arbeitnehmerähnlich beschäftigten Dozierenden an Volkshochschulen voran.“	Annahme	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A211	57	2998	Füge nach „Auch den“ das Wort ein: „barrierefreien“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	Abt.-08/01 Rixdorf	A473	58	3034	Folgenden Absatz einfügen: „Das Programm Erasmus+ trägt erheblich zur Attraktivität Berlins als Hochschulstandort bei. Die unterstützende Infrastruktur zur Durchführung des Programms muss weiter ausgebaut werden. Viele europäische Erasmus-Studierende kehren nach ihrem Studium als qualifizierte Fachkräfte auf den Berliner Arbeitsmarkt zurück. Wir setzen uns dafür ein, den „Erasmus-Brexit“ zu stoppen und das Vereinigte Königreich wie eines der Programmländer außerhalb der EU zu assoziieren.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A212	58	3041	Einfügen und ändern nach „[...] begleitet werden.“:  „Wir wollen mehr Promotionsstellen schaffen. Diese sollen der Dauer der durchschnittlichen Promotionszeit angepasst und bei 100 Prozent Arbeitszeit auch zu 100 Prozent bezahlt werden.“	Ablehnung	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	KDV-Steglitz-Zehlendorf	A506	58	3049	Zeile 3049: Streichung der Worte „und Hochschulen“	Annahme	Konsens
03-Bildung und Wissenschaft	FA-Europa	A213	59	3122	einfügen: "Wir wollen mehr Spitzenforschung und Innovation, die Gewinnung bester Talente und mehr transnationale Zusammenarbeit, Austausch und Netzwerke. Wir werden uns daher dafür einsetzen, die Möglichkeiten des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ voll auszuschöpfen"	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A214	60	3170	Nach „beitragen“ ergänzen: „Er kann dem wirtschaftlichen Aufschwung der Region zusätzlichen Schwung geben und weitere Investitionen auslösen.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-04/70 City-Westend-Kl	A400	60	3174-3176	In Zeile 3169 – 3176 werden die drei Sätze „Dazu wird auch ..... bis ... konsequent vorantreiben.“ gestrichen und durch folgenden Text ersetzt: „Nach der Pandemie soll der klimaschädliche Luftverkehr vom BER soweit wie möglich reduziert werden, ohne damit die wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen zu behindern. Für die finanzielle Sanierung des Flughafens werden wir gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund auch die Nutzer:innen des BER stärker in Anspruch nehmen.“ (Der bisherige Text ab Zeile 3178 verschiebt sich ggf. entsprechend nach hinten.)	Erliegt	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A372	61	3207	S. 61, Z. 3207 füge ein hinter "sorgen": "Um auch in Start-Ups gute Arbeitsbedingungen und eine starke betriebliche Mitbestimmung zu fördern, werden wir Kriterien für den Erhalt der Wachstumsfinanzierung aufstellen und dafür eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, sowie diese in ihren Forderungen unterstützen."	Annahme in der Fassung der AK in S. 61, Z. 3207 füge ein hinter "sorgen": "Um auch in Start-Ups ab einer zu bestimmenden Größe wie in anderen Unternehmen gute Arbeitsbedingungen und eine starke betriebliche Mitbestimmung zu fördern, werden wir Kriterien für den Erhalt der Wachstumsfinanzierung aufstellen und dafür eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, sowie diese in ihren Forderungen unterstützen."	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-08/01 Rixdorf	A468	61	3189-3192	Streiche „Mit Unterstützung von Innovationslotsen wollen wir Spielräume schaffen, damit sich junge wie etablierte Unternehmen in räumlich begrenzten Bereichen ausprobieren können.“ (unverständlich)	Erliegt	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	FA-VII	A217	62	3281-3312	Im derzeitigen Entwurf werden kommunale Unternehmen in zwei Bereichen behandelt (im Wirtschaftsteil sowie im Verwaltungsteil. Dies führt zu einer Uneinheitlichkeit und teilweisen Doppelung. Deshalb sollten die beiden Bereiche zusammengeführt und unter  Ziffer 1.3 ab Zeile 2384 eingefügt werden:  1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen. Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale Unternehmen. Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit Energie, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, die Gesundheitsversorgung, Bäder, öffentlicher Nahverkehr und digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen Unternehmen und Betriebe ein wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwicklung Berlins bei. So fließen die Gewinne der Landesunternehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben in öffentlicher Hand. Sie ermöglichen kommunalen Unternehmen und der öffentlichen Hand Investitionen und Innovationen für die Menschen in unserer Stadt. Wir streben die noch stärkere Aktivierung der kommunalen Unternehmen für eine aktive Wirtschafts- und Stadtpolitik an. Heute schon beschließt der Berliner Senat für alle Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrsnetzes oder im Gesundheitswesen sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunternehmen in Milliardenhöhe wollen wir stärker für die Erreichung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovationskraft und Klimaneutralität einsetzen.  Zweiter Teil der Einfügung: "So werden wir kurzfristig die Berliner Wohnungsbaugesellschaften bei Solar- und anderen Energieprojekten zu einer Kooperation mit den Berliner Stadtwerken verpflichten.  Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der neben dem Betrieb des Stromnetzes auch die Entwicklung eines kommunalen Breitbandnetzes übernehmen soll. Wir setzen zudem unsere Bemühungen zur Rekommunalisierung des Gasnetzes fort und streben weiterhin den Erwerb des Berliner Wärmenetzes an. Beide Netze wollen wir in den kommunalen Infrastrukturbetreiber integrieren. Wir streben mittelfristig eine Zusammenführung der Aktivitäten der Berliner Stadtwerke, der Berliner Energieagentur und der Energietöchter der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften an. Langfristig streben wir ein integriertes Berliner Stadtnetz an."	Erliegt durch A409	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A412	62	3281-3326	Ersetze in Teil IV Kapitel 1.3 (Zeilen 3281 bis 3326) durch folgenden Text: 1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen: "Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale Unternehmen. Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit Energie, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, die Gesundheitsversorgung sowie Bäder, öffentlicher Verkehr und digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen Unternehmen und Betriebe ein wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwicklung Berlins bei. So fließen die Gewinne der Landesunternehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben in öffentlicher Hand. Sie ermöglichen kommunalen Unternehmen wie der öffentlichen Hand selbst Investitionen und Innovationen für die Menschen in unserer Stadt. Wir streben die noch stärkere Aktivierung der kommunalen Unternehmen für eine aktive Wirtschafts- und Stadtpolitik an. Heute schon beschließt der Berliner Senat für alle Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrsnetzes oder im Gesundheitswesen sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunternehmen in Milliardenhöhe wollen wir stärker für die Erreichung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovationskraft oder Klimaneutralität einsetzen. So werden kurzfristig die Berliner Wohnungsbaugesellschaften bei Solar- und anderen Energieprojekten zu einer Kooperation mit den Berliner Stadtwerken verpflichten. Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der neben dem Betrieb des Stromnetzes auch die Entwicklung eines kommunalen Breitbandnetzes sowie nach der erfolgreichen Rekommunalisierung das Gasnetz übernehmen soll. Unser Ziel ist weiterhin der Erwerb des Berliner Wärmenetzes. Wir streben mittelfristig eine Zusammenführung der Aktivitäten der Berliner Stadtwerke, der Berliner Energieagentur und der Energietöchter der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und einer als Ganzes rekommunizierten GASAG zu einem zentralen Klimadienstleister an. Langfristig streben wir ein integriertes Berliner Stadtnetz an."	Erliegt durch A409	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-08/01 Rixdorf	A469	62	3281-3326	Füge ein: „1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen. „Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale Unternehmen. Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit Energie, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, die Gesundheitsversorgung sowie Bäder, öffentlicher Verkehr und digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen Unternehmen und Betriebe ein wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwicklung Berlins bei. So fließen die Gewinne der Landesunternehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben in öffentlicher Hand. Sie ermöglichen kommunalen Unternehmen wie der öffentlichen Hand selbst Investitionen und Innovationen für die Menschen in unserer Stadt. Wir streben die noch stärkere Aktivierung der kommunalen Unternehmen für eine aktive Wirtschafts- und Stadtpolitik an. Heute schon beschließt der Berliner Senat für alle Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrsnetzes oder im Gesundheitswesen sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunternehmen in Milliardenhöhe wollen wir stärker für die Erreichung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovationskraft oder Klimaneutralität einsetzen. So werden kurzfristig wir die Berliner Wohnungsbaugesellschaften bei Solar- und anderen Energieprojekten zu einer Kooperation mit den Berliner Stadtwerken verpflichtet. Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der neben dem Betrieb des Stromnetzes auch die Entwicklung eines kommunalen Breitbandnetzes übernehmen soll. Wir setzen zudem unsere Bemühungen zur Rekommunalisierung des Gasnetzes an und streben weiterhin den Erwerb des Berliner Wärmenetzes an, die wir ebenfalls in den Infrastrukturbetreiber integrieren wollen. Wir streben mittelfristig eine Zusammenführung der Aktivitäten der Berliner Stadtwerke, der Berliner Energieagentur und der Energietöchter der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften an. Langfristig streben wir ein integriertes Berliner Stadtwerk an.“	Erliegt durch A409	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A527	62	3281-3326	1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen:  "Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale Unternehmen. Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit Energie, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, die Gesundheitsversorgung sowie Bäder, öffentlicher Verkehr und digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen Unternehmen und Betriebe ein wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwicklung Berlins bei. So fließen die Gewinne der Landesunternehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben in öffentlicher Hand. Sie ermöglichen kommunalen Unternehmen wie der öffentlichen Hand selbst Investitionen und Innovationen für die Menschen in unserer Stadt. Wir streben die noch stärkere Aktivierung der kommunalen Unternehmen für eine aktive Wirtschafts- und Stadtpolitik an. Heute schon beschließt der Berliner Senat für alle Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrsnetzes oder im Gesundheitswesen sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunternehmen in Milliardenhöhe wollen wir stärker für die Erreichung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovationskraft oder Klimaneutralität einsetzen. So werden kurzfristig wir die Berliner Wohnungsbaugesellschaften bei Solar- und anderen Energieprojekten zu einer Kooperation mit den Berliner Stadtwerken verpflichtet.  Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der neben dem Betrieb des Stromnetzes auch die Entwicklung eines kommunalen Breitbandnetzes sowie nach der erfolgreichen Rekommunalisierung das Gasnetz übernehmen soll. Unser Ziel ist weiterhin der Erwerb des Berliner Wärmenetzes.  Wir streben mittelfristig eine Zusammenführung der Aktivitäten der Berliner Stadtwerke, der Berliner Energieagentur und der Energietöchter der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und einer als Ganzes rekommunisierten GASAG zu einem zentralen Klimadienstleister an. Langfristig streben wir ein integriertes Berliner Stadtwerk an.“	Erliegt durch A409	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A382	63	3290	S. 63, Z. 3290 streiche "bestimmte"	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-12/05 Hermsdorf	A215	63	3319	Ersetze „setzen wir fort“ durch  „Eine integrierte, aufeinander abgestimmte Daseinsvorsorge ist Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Berlin. Die GASAG, als Unternehmen, das bereits heute viele Energiedienstleistungen bündelt ist dafür ein perfekter Ausgangs-punkt. Ist Wir streben eine vollständige Rekommunalisierung des Unternehmens GASAG und dessen Erhalt als Ganzen an.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A216	63	3333	Ergänzung um einen Satz hinter dem Satz „...ressourcenschonender Kreislaufwirtschaft(.) „In diesem Sinne werden wir die Green Economy als weiteres Cluster der Berliner Wirtschaft einführen.“	Annahme in der Fassung der AK:  Ergänzung um einen Satz hinter dem Satz „...ressourcenschonender Kreislaufwirtschaft(.) „In diesem Sinne werden wir die Green Economy als weiteres Cluster der Berliner Wirtschaft definieren.“	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A409	63	3281-3326	Ersetze in Teil IV Kapitel 1.3 (Zeilen 3281 bis 3326) durch folgenden Text:  1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen: "Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale Unternehmen. Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit Energie, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, die Gesundheitsversorgung sowie Bäder, öffentlicher Verkehr und digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen Unternehmen und Betriebe ein wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwicklung Berlins bei. So fließen die Gewinne der Landesunternehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben in öffentlicher Hand. Sie ermöglichen kommunalen Unternehmen wie der öffentlichen Hand selbst Investitionen und Innovationen für die Menschen in unserer Stadt. Wir streben die noch stärkere Aktivierung der kommunalen Unternehmen für eine aktive Wirtschafts- und Stadtpolitik an. Heute schon beschließt der Berliner Senat für alle Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrsnetzes oder im Gesundheitswesen sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunternehmen in Milliardenhöhe wollen wir stärker für die Erreichung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovationskraft oder Klimaneutralität einsetzen. So werden kurzfristig wir die Berliner Wohnungsbaugesellschaften bei Solar- und anderen Energieprojekten zu einer Kooperation mit den Berliner Stadtwerken verpflichtet. Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der neben dem Betrieb des Stromnetzes auch die Entwicklung eines kommunalen Breitbandnetzes sowie nach der erfolgreichen Rekommunalisierung das Gasnetz übernehmen soll. Unser Ziel ist weiterhin der Erwerb des Berliner Wärmenetzes. Wir streben mittelfristig eine Zusammenführung der Aktivitäten der Berliner Stadtwerke, der Berliner Energieagentur und der Energietöchter der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und einer als Ganzes rekommunisierten GASAG zu einem zentralen Klimadienstleister an. Langfristig streben wir ein integriertes Berliner Stadtwerk an.“Bei Annahme dieses Antrages können Zeilen 860 bis 868 durch folgende gekürzte Formulierung ersetzt werden:„Deshalb werden wir unsere Rekommunalisierungsbemühungen fortsetzen, die Infrastrukturen in einem starken Berliner Infrastrukturbetreiber bündeln und die Berliner Stadtwerke zu dem zentralen Berliner Klimadienstleister ausbauen.“	Annahme in der Fassung der AK: In Zeilen 860- 868 „Deshalb werden wir unsere Rekommunalisierungsbemühungen fortsetzen, die Infrastrukturen in einem starken Berliner Infrastrukturbetreiber bündeln und die Berliner Stadtwerke zu dem zentralen Berliner Klimadienstleister der Stadt ausbauen.“  In Zeilen 3312-3314 „Für die Berliner Wohnungsbaugesellschaften unterstützen wir eine enge Kooperation mit den Berliner Stadtwerken bei Solar- und anderen Energieprojekten.“  In Zeile 3315 „Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Energieversorgung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der zukünftig auch das Gasnetz betreiben soll.  In Zeile 3316 „Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung der Berliner Energienetze, um eine klimafreundliche und sozialverträgliche Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Umsetzung des erfolgreichen Erwerbs des Berliner Stromnetzes werden wir zur Entwicklung eines Berliner Infrastrukturbetreibers nutzen, der neben dem Betrieb des Stromnetzes auch die Entwicklung eines kommunalen Breitbandnetzes sowie nach der erfolgreichen Rekommunalisierung das Gasnetz übernehmen soll. Unser Ziel ist weiterhin der Erwerb des Berliner Wärmenetzes. Langfristig streben wir ein integriertes Berliner Stadtwerk an.“	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A404	63	3332-3333	Ergänzung um einen Satz hinter dem Satz „...ressourcenschonender Kreislaufwirtschaft“ :“In diesem Sinne werden wir die Green Economy als weiteres Cluster der Berliner Wirtschaft einführen.“	Erliegt durch A216	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A373	64	3382	S.64, Z. 3382 füge ein hinter "Urban Tech Republic": "Um neben der Förderung von Innovationen auch vor allem gute und faire Arbeitsplätze zu schaffen, werden wir uns bei Tesla und anderen Akteuren des Innovationskorridors für den Abschluss von Tarifverträgen und dem Ausbau betrieblicher Mitbestimmung stark machen.“	Annahme in der Fassung der AK: "Um neben der Förderung von Innovationen auch vor allem gute und faire Arbeitsplätze zu schaffen, werden wir uns bei Akteuren des Innovationskorridors für den Abschluss von Tarifverträgen und dem Ausbau betrieblicher Mitbestimmung stark machen.“	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A435	64	3348-3350	Ergänze Satz: „Beim Thema umweltschonende Mobilität ist neben digitalen Lösungen die Umstellung auf emissionsfreie Antriebskonzepte zentral. Die Lade- und Tankinfrastruktur für Elektromobilität werden wir...“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A528	64	3348-3350	„Beim Thema umweltschonende Mobilität ist <u>neben digitalen Lösungen</u> die Umstellung auf emissionsfreie Antriebskonzepte zentral. Die Lade- <u>und Tank</u> infrastruktur für Elektromobilität werden wir...“  Bei Annahme dieses Antrages können Zeilen 860 bis 868 durch folgende gekürzte Formulierung ersetzt werden: „Deshalb werden wir unsere Rekommunalisierungsbemühungen fortsetzen, die Infrastrukturen in einem starken Berliner Infrastrukturbetreiber bündeln und die Berliner Stadtwerke zu dem zentralen Berliner Klimadienstleister ausbauen.“	Erliegt	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A218	65	3410	Ergänzung hinter dem Satz „...schnellstmöglich ertüchtigen“ in Zeile 3410: „und alle verfügbaren Flächen in einem einheitlichen Kataster erfassen.“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A407	65	3410	Ergänzung hinter dem Satz „...schnellstmöglich ertüchtigen“: „und alle verfügbaren Flächen in einem einheitlichen Kataster erfassen.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A408	65	3410	Änderung/Ersetzung des Satzes „Das soll zum Beispiel...“: „Der Zugang zu Flächen soll für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gefördert und über Erbpachtverträge geschehen, welche schnell und unbürokratisch mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) abgeschlossen werden können.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	FA-VII	A219	65	3417	Einfügung: „Entscheidend für die Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind die bereits in Berlin ansässigen Unternehmen, insbesondere die mittelständische Wirtschaft. Die SPD legt daher einen Schwerpunkt auf die Bestandsentwicklung, um den hiesigen Unternehmen bei der Standorticherung wie auch bei Erweiterungsinvestitionen Unterstützung und optimale Rahmenbedingungen zu bieten.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A374	65	3429	S. 65, Z. 3429 füge ein vor Logistik: „nachhaltig“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A220	65	3419-3413	Änderung/Ersetzung des Satzes „Das soll zum Beispiel...“ in Zeile 3410: Der Zugang zu Flächen soll für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gefördert und über Erbpachtverträge geschehen, welche schnell und unbürokratisch mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) abgeschlossen werden können.	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	FA-I	A484	66	3450	Ergänze bei Zeile 2473 (alter Zeilenbezug)  Wir wollen unsere Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden, vornehmlich Windhoek (Namibia), Jakarta (Indonesien) und ggf. Mexiko City nutzen, um sozial-ökologische Partnerschaften mit vielen städtischen Akteuren (Handwerkskammern, Verwaltung, Berufsschulen, Sportvereine, Zivilgesellschaft) zu initiieren.	Erliegt	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	FA-VII	A221	66	3464	Einfügung: „Die Internationalen Filmfestspiele Berlin (Berlinale) gehören zu den wichtigsten Ereignissen der Filmbranche weltweit und sind für Berlin ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A222	66	3479	Ergänzung nach „Wir wollen Hoteliers“ einfügen: „und Veranstaltungswirtschaft“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A405	66	3480	Ergänzung nach Hoteliers „und Veranstaltungswirtschaft“	Erliegt bei Annahme A222	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A406	66	3481	Ergänzung nach „...hybrider Veranstaltungen“: „und dem Restart nach der Pandemie mit konkreten Hilfsprogrammen...“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	FA-VII	A223	66	3488	Einfügung vor „Wir unterstützen den Beitritt...“: „Wir befürworten die Schaffung neuer Destinationen in den Bezirken als Beitrag zu einem dezentralen, nachhaltigen Tourismus.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	FA-VII	A556	66	3842	Das Internationale Congress Centrum (ICC) soll saniert und modernisiert werden, um dem steigenden Bedarf an Flächen für große und mittelgroße Kongresse in Berlin künftig gerecht zu werden.	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	AGS	A224	66	3480-3481	Ergänzung nach „...hybrider Veranstaltungen“ „und dem Restart nach der Pandemie mit konkreten Hilfsprogrammen...“	Erliegt	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	FA-VII	A225	67	3494	Einfügung: „Weiterer Schwerpunkt soll die verstärkte Nutzung digitaler Möglichkeiten sein. Sie ist unumgänglich für die Wettbewerbsfähigkeit der Gastbetriebe und zugleich für die Vermarktung dezentraler Besuchsziele.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A226	67	3514	Ergänze nach „[...] Tarifverträge als allgemeinverbindlich erklärt werden“:  „Wir wollen mehr Mitbestimmung und mehr Teilhabe, mehr Demokratie in Betrieben und Unternehmen. Umwälzungen durch die digitale Arbeitswelt erfordern neue Konzepte für die wirksame betriebliche Mitbestimmung. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein und das Personalvertretungsrecht werden wir entsprechend fortentwickeln.“	Annahme in der Fassung der AK:  Ergänze nach „[...] Tarifverträge als allgemeinverbindlich erklärt werden“:  „Umwälzungen durch die digitale Arbeitswelt erfordern neue Konzepte für die wirksame betriebliche Mitbestimmung. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein und das Personalvertretungsrecht werden wir entsprechend fortentwickeln. Dazu gehört die Verbesserung der Mitbestimmung im Personalvertretungsgesetz des Landes Berlin und die Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der Schwerbehindertenvertretung werden gestärkt.“	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Reinickendorf	A535	67	3514	Füge in Zeile 3514 ein: „Wir sorgen für mehr Tarifgebundenheit, überall dort, wo das Land Berlin Arbeitgeber ist müssen Tarifverträge gelten.“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A227	67	3523	Nach „[...] werden können“ einsetzen  „Dazu gehört auch eine verstärkte Wissensvermittlung über rehabilitationspädagogische Kompetenzen, damit mehr Betriebe über die Voraussetzungen zur Ausbildung von Menschen mit Beeinträchtigungen verfügen.“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A375	67	3542	S. 67, Z. 3542 füge ein vor „die Möglichkeiten“: „weiterhin“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A376	67	3545	S. 67, Z. 3545 ergänze hinter „bringen“: „Wir wollen die finanziellen Mittel für beide Programme verstetigen, ihre Kapazitäten ausbauen und so das Ziel einer staatlichen Jobgarantie im Land Berlin verwirklichen.“	Annahme in der Fassung der AK: S. 67, Z. 3545 ergänze hinter „bringen“: „Diese Programme wollen wir verstetigen.“	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A228	68	3559	Nach dem Satz „Dazu gehört die Verbesserung der Mitbestimmung im Personalvertretungsgesetz des Landes Berlin“ soll eingefügt werden: „Die Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der Schwerbehindertenvertretung werden gestärkt.“	Erliegt	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A229	68	3561	Nach „[...] des Landes Berlin“ einsetzen:  „Dazu gehören auch Maßnahmen zum Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen und der stärkere Einbezug in Gesundheits- und Präventionsfragen.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A230	68	3574	Ergänze den folgenden Satz:  „Inklusion findet überwiegend dort statt, wo es selbstbewusste und gut geschulte Schwerbehindertenvertretungen (SBV) gibt. Wir machen uns vor Ort und auch im Rahmen einer Bundesratsinitiative stark für ein umfassendes und sanktionsbewährtes Informationsrecht der Schwerbehindertenvertretungen. Im Öffentlichen Dienst und in allen Landesunternehmen fördern wir das gute Gelingen des Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM).“	Erliegt	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Reinickendorf	A536	68	3588	Ersetze Zeile 3588 folgenden Satz:  „Wir setzen uns für Mindestvergütungen für Soloselbständige bei öffentlichen Aufträgen ein.“  Durch:  „Überall dort, wo das Land Auftraggeber ist, werden wir eine Mindestvergütung für Soloselbständige umsetzen.“	Ablehnung	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A378	69	3631	S. 69, Z. 3631 füge ein vor „Ausbildungsplätze“: „gute und qualitativ hochwertige“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Jusos	A379	69	3632	S. 69, Z. 3632 füge ein hinter „schaffen“: „Auszubildende brauchen nach ihrem Abschluss eine Perspektive. Wir werden in den landeseigenen Unternehmen und der Berliner Verwaltung unsere Vorbildfunktion wahrnehmen und garantieren, dass dort ausgebildete Fachkräfte einen guten, unbefristeten Arbeitsplatz erhalten.“	Annahme in der Fassung der AK: füge ein hinter „schaffen“: „Auszubildende brauchen nach ihrem erfolgreichen Abschluss eine Perspektive. Wir werden in den landeseigenen Unternehmen und der Berliner Verwaltung unsere Vorbildfunktion wahrnehmen und garantieren, dass dort ausgebildete Fachkräfte einen guten, unbefristeten Arbeitsplatz erhalten.“	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Reinickendorf	A539	69	3640	Zeile 3640: Ergänzen um folgenden Satzteil:  „und auch im öffentlichen Dienst die Teilzeitausbildung stärker forcieren.“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	KDV-Reinickendorf	A538	69	3650	Ergänze in Zeile 3650 folgenden Satz:  „Auch im öffentlichen Dienst wird bei der Einstellung für Ausbildung drauf geachtet, mehr Jugendliche mit Migrationsgeschichte einzustellen.“	Annahme	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-08/01 Rixdorf	A231	70	3666	Ersetze „Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir beenden und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen.“ durch „Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir daher durch eine Aufenthaltserlaubnis beenden und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen.“	Annahme	Dissens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-02/08 Luisenstadt	A232	70	3672	Der Titel von Teil V wird verändert in: Funktionierende Stadt, bürgernahe Verwaltung	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A233	70	3688	Ergänze nach „[...] Verwaltung bürgerorientiert, schnell und effizient erleben“: „Es braucht mehr Angebote zur kommunikativen Teilhabe, u.a. durch den verstärkten Einsatz der Leichten Sprache oder von Dolmetscherdiensten auch in Gebärdensprache.“	Annahme	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	AG-MuV	A234	70	3666-3668	Ersetze „Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir beenden und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen.“ durch „Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir daher durch eine Aufenthaltserlaubnis beenden und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen.“	Erliegt	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A235	70	2666-3670	Ersetze den Satz „Bestehende Arbeitsverbote [...] ermöglichen.“ durch : „Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir daher durch eine Aufenthaltserlaubnis beenden und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen.“	Erliegt	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A236	70	3688-3689	und ergänze nach „Es macht dabei keinen Unterschied [...]“: „Wir tragen dafür Sorge, dass unsere Produkte und Dienste alle barrierefrei gestaltet und somit barrierefrei bedienbar sind. Die Mitarbeiter:innen der Berliner Verwaltung kümmern sich gewissenhaft, zuverlässig und zügig um alle Anliegen.“	Annahme	Konsens
04-Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	Abt.-03/14 und 03/12 Pankow	A312	71	3443	Ergänzung in Zeile 3443: "Kiez-Kultur schützen! Wir setzen uns dafür ein das Berliner Ladenöffnungsgesetz zu modernisieren und die Möglichkeit zu schaffen, kleineren inhabergeführten Einzelhandelsgeschäften (Spätis) an Sonn- und Feiertagen den Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs zu ermöglichen. Wir werden prüfen, wie das umgesetzt werden kann."	Annahme in der Fassung der AK: "Die Berliner Spätis sind Teil unserer Kiezkultur. Um kleine Spätis zu schützen und zu stärken wollen wir prüfen, wie unter voller Gewährleistung der Arbeitnehmer*innenrechte, der inhabergeführte Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs mehr Flexibilität ermöglicht werden kann."	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Jusos	A386	71	3712	S. 71, Z.3712 füge ein hinter Sachverhalten: Dieser Prinzip wollen wir nicht nur bei Dienstleistungen der Bürgerämtern etablieren, sondern auch darüber hinaus. So wollen wir, dass auch Leistungen der Sozial-, Finanzämter usw. zentral abgewickelt werden können - online wie offline.	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Forum Netzpolitik	A237	71	3753	Einfügen als neuer Satz in Zeile 3753: Bei der Einführung und Aktualisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien finden die Einhaltung von offenen Standards, Herstellerunabhängigkeit, Open Source und ökologische Nachhaltigkeit (Grüne IT) einen herausgehobenen Stellenwert.	Annahme in der Fassung der AK: "Bei der Einführung und Aktualisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien finden die Einhaltung von offenen Standards, Herstellerunabhängigkeit, Open Source und ökologische Nachhaltigkeit einen herausgehobenen Stellenwert."	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A238	71	3731-3733	Satz „Dies gilt auch und vor allem [...] Bezirksverordnetenversammlungen.“ ersetzen durch: „Insbesondere sollen die Bezirksbürgermeister:innen eine Weisungsbefugnis gegenüber den Bezirksstadträtinnen erhalten und die Bezirksstadträte im Sinne eines politischen Bezirksamtes durch die Mehrheit der BVV bestimmt werden und nicht mehr nach dem derzeitigen Höchstzahlverfahren nach der Stärke der Fraktionen in der BVV.“	Erliegt	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-02/08 Luisenstadt	A239	71	3736-3750	Absatz ersetzen durch: "Wir wollen mit den digitalen Möglichkeiten das Leben der Menschen positiv verändern. Eine moderne, standardisierte, leistungsstarke und professionell betriebene IT-Infrastruktur des Landes Berlin ist Voraussetzung für einen schnellen und bürgernahe Verwaltungsservice. Mit einer gemeinsamen Digitalisierungsstrategie für die Verwaltung sorgen wir für eine einheitliche Steuerung und dafür, dass Digitalisierung in allen Bereichen Priorität hat. Für diese Steuerung ist eine landesweite Verantwortlichkeit vorgesehen, die in der Lage ist, die Digitalisierungsaktivitäten der Senats- und Bezirksverwaltungen zusammenzuführen sowie die übergeordnete Strategie zu koordinieren. Darüber hinaus soll in jeder Behörde eine „Stabstelle Digitalisierung“ eingerichtet werden. Die SPD will, dass die Daten laufen – nicht die Bürger:innen. Berlin ist mit seinen digitalen Angeboten im Städte-Vergleich bereits gut aufgestellt. Die SPD will das noch verbessern und wird für die wichtigsten Verwaltungsleistungen Online-Anwendungen anbieten. Wir wollen nach dem „Lebenslagen-Prinzip“ handeln. Das bedeutet, dass wir die unterschiedlichen Verwaltungsleistungen automatisch bündeln, sodass zum Beispiel bei der Geburt eines Kindes nur einmal Kontakt zu einer Verwaltung aufgenommen werden muss. Berlin arbeitet bereits heute mit allen Ländern und dem Bund an einfachen und rechtssicheren Lösungen bei der Umsetzung. Wir sind vorn mit dabei, wenn es um die praktische Umsetzung geht. Die Investitionen in die Modernisierung und Standardisierung der Technik der Berliner Verwaltung werden in den nächsten fünf Jahren verstärkt. Im Zentrum einer verantwortungsvollen Berliner Digitalpolitik steht außerdem der Schutz privater und öffentlicher Daten. Berlin ist sich seiner Verantwortung für Datenschutz und Datensicherheit bewusst und handelt entsprechend."	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A240	72	3763	„nutzerfreundlich weiterentwickeln“ wird ersetzt durch: „deutlich einfacher und zugänglicher gestalten“	Annahme	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A241	72	3765	Nach „[...] verknüpfen.“ einfügen: „Sobald eine ausreichende Zahl von digitalen Diensten für die Bürger:innen zur Verfügung steht, investieren wir massiv in die Bekanntheit dieser Dienste.“	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Jusos	A383	72	3770	S. 72, Z. 3770 füge ein hinter „ausbauen“: „Die Barrierefreiheit der digitalen Angebote werden wir ebenfalls sicherstellen.“	Annahme	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Forum Netzpolitik	A242	72	3775-3777	Ersetzen der Zeilen 3775-3777: Ersetzen ab: „Künftig werden alle wichtigen Daten (...) durch:“Wir setzen uns eine für eine Datenstrategie in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel ein, die Datenkompetenz in der Verwaltung durch gezielte Weiterbildungsangebote zu erhöhen und bestehende Datensammlungen in ein landeseigenes Data Hub zu überführen. Künftig werden alle nicht-personenbezogenen Daten und Dokumente der Berliner Verwaltung, die nicht aus hoheitlichen Zwängen verschlossen bleiben müssen, proaktiv auf einem Berliner Transparenzportal für alle frei einsehbar und maschinenlesbar zur Verfügung stehen. Dort, wo es sich nicht um personenbezogene Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt, fordern wir: Daten "Open by default". Das dafür notwendige Personal stellen wir in allen Verwaltungsgliederungen zur Verfügung. Das Wissen über Datenmanagement soll in allen Teilen der Verwaltung ausgebaut werden.In künftige von der öffentlichen Hand vergebene Verträge ist eine Klausel aufzunehmen, dass alle Daten, die im Zuge der Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand von einem privaten Auftragnehmer erhoben werden, in maschinenlesbarer Form der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden und öffentliches Eigentum darstellen."	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A243	73	3863	Nach „[...] dort arbeiten.“ einfügen: „Bei der Planung orientieren wir uns am Konzept des „Design für Alle.“	Erliegt	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A414	74	3865	in Abschnitt 1.3 Arbeiten für die beste Stadt der Welt – mit gutem Personal in Absatz 6 vor dem letzten Satz (Zeile 3865) werden folgende Sätze eingefügt: „Wir werden, wie schon andere Länder, ein sog. Altersgeld im Landesbeamtensversorgungsgesetz einführen, um entsprechend der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten, anteilige Versorgungsansprüche zu erhalten, wenn Beamte auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden. Das ist zugleich ein weiterer Schritt, um den Beamtenstatus fortzuentwickeln zu einem normalen Arbeitsverhältnis, soweit Abweichungen davon nicht zwingend sind.“	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A507	74	3865	In das Wahlprogramm für die Wahl zum Abgeordnetenhaus des Landes Berlin werden in Abschnitt 1.3 Arbeiten für die beste Stadt der Welt – mit gutem Personal in Absatz 6 vor dem letzten Satz (Zeile 3865) folgende Sätze eingefügt: „Wir werden, wie schon andere Länder, ein sog. Altersgeld im Landesbeamtensversorgungsgesetz einführen, um entsprechend der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten, an-teilige Versorgungsansprüche zu erhalten, wenn Beamte auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden. Das ist zugleich ein weiterer Schritt, um den Beamten-status fortzuentwickeln zu einem normalen Arbeitsverhältnis, soweit Abweichungen da-von nicht zwingend sind.“	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Jusos	A381	74	3870	S.74, Z. 3870 streiche "möglichst"	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A508	74	3884	In dem Wahlprogramm für die Wahl zum Abgeordnetenhaus des Landes Berlin wird in Teil V Kapitel 1, 1.3 Arbeiten für die beste Stadt der Welt – mit gutem Personal in Absatz 6 folgender Teilsatz (Zeile 3862) gestrichen: „Wir wollen auch die Konkurrenz um die besser bezahlten Positionen innerhalb der Berliner Verwaltungen beenden“	Erliegt	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A245	74	3887	Nach „[...] zu vereinfachen.“ einfügen: „Dazu werden wir die formalen Voraussetzungen einer Ausschreibung breiter formulieren und Arbeitserfahrung stärker gewichten.“	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A244	74	3887	Nach „[...] Durchlässigkeit schaffen“ einfügen: „Zur Beschleunigung der Einstellungsprozesse und zum Abbau von Konkurrenzen zwischen Behörden sollen bezirks- und verwaltungsübergreifende Sammelausschreibungen immer dann zum Standard werden, wenn in mehreren Bezirken ähnliche Tätigkeiten ausgeschrieben werden. Um die Bezirke hierbei zu unterstützen, planen wir den Aufbau eines Landespersonalamtes. Dieses führt künftig auch zentral alle Stellenbewertungen durch, um Bewertungsunterschiede zwischen Bezirken und Hauptverwaltung abzubauen. Um qualifiziertes Personal zu halten und auch als zukünftige Führungskräfte zu gewinnen, definieren wir standardisierte Entwicklungspfade für alle Dienstebenen der Berliner Verwaltungen, sowohl für Angestellte als auch für Beamten:innen und gewährleisten eine stetige Personalentwicklung. Die Verantwortung für die Personalentwicklung erhalten Personalberater:innen, die in den Personalabteilungen verortet sind sowie die direkten Führungskräfte.“	Annahme der Fassung der AK: „Zur Beschleunigung der Einstellungsprozesse sollen Bezirke und Land prüfen, ein gemeinsames, strukturiertes Einstellungsverfahren zu entwickeln.“	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-04/97 Wilmersdorf-Süd	A415	74	3884-3887	in Teil V Kapitel 1, 1.3 Arbeiten für die beste Stadt der Welt – mit gutem Personal in Absatz 6 wird folgender Teilsatz (Zeile 3862) gestrichen: „Wir wollen auch die Konkurrenz um die besser bezahlten Positionen innerhalb der Berliner Verwaltungen beenden“	Erliegt	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A246	75	3924	Nach „[...] oder extremistisch äußern.“ einfügen: „Wir wollen allen Berliner:innen den Zugang zu städtischen Leistungen ermöglichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Deshalb werden wir eine Berlin City-ID-Card einführen, um die Teilhabe an Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung für alle Menschen, die so eine Karte beantragen, zu fördern.“	Annahme in der Fassung der AK: „Wir wollen allen Berliner:innen den Zugang zu städtischen Leistungen ermöglichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Deshalb werden wir die Einführung einer Berlin City-ID-Card prüfen, um die Teilhabe an Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung für alle Menschen, die so eine Karte beantragen, zu fördern.“	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-02/08 Luisenstadt	A247	75	3925	1. Im Kapitel 2 (Digitalpolitik für eine „smarte“ Stadt Berlin) wird die Reihenfolge der Abschnitte verändert: Neu 2.1 Digital auf dem Weg in das smarte Berlin Neu 2.2 Breitband-Infrastrukturausbau beschleunigen Neu 2.3 Digitalisierung der Verwaltung  (Inhaltsverzeichnis)	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A248	75	3939	In dem Satz „Für diese Steuerung [...]“ nach „sowie die übergeordnete Strategie“ einfügen: „u.a. durch eine/n Chief Technical Office“	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A249	75	3940	Nach „[...] koordinieren.“ einfügen: „Oberste Priorität erfährt dabei die Umsetzung des E-Government-Gesetzes und damit die schnellstmögliche Einführung der elektronischen Aktenverwaltung. Nur durch internes digitales Verwaltungshandeln ist eine schnelle, bürgernahe und ortsunabhängige Verwaltung möglich.“	Annahme	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Forum Netzpolitik	A250	75	3941	Einfügen in Zeile 3941 (als neuen Absatz nach „eingesetzt werden.“) Um digitale Souveränität zu erreichen, setzen wir auf europäische Innovationen sowie Open Source und offene Standards. Alle vom Land Berlin in Auftrag gegebenen Softwareprojekte sollen wenn immer möglich unter freier Lizenz als quelloffene Software für andere Organisationen und alle Bürger:innen einsehbar und nutzbar sein. Das langfristige Ziel ist, dass alle öffentlichen Einrichtungen in Berlin Open-Source-Software nutzen. Zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie werden wir ein Kompetenzzentrum für Open Source beim landeseigenen IT-Dienstleister ITDZ einrichten, um das Betragen des ITDZ zur Weiterentwicklung freier Software zu unterstützen. Das ITDZ soll erzielte Gewinne direkt in die Weiterentwicklung ihrer Produkte reinvestieren dürfen.	Annahme in der Fassung der AK: "Zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie werden wir ein Kompetenzzentrum für Open Source beim landeseigenen IT-Dienstleister ITDZ einrichten, um die Weiterentwicklung freier Software zu unterstützen. Das langfristige Ziel ist, dass alle öffentlichen Einrichtungen in Berlin Open-Source-Software nutzen und diese unter freier Lizenz allen zur Verfügung steht."	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A251	75	3944	Nach „[...] verstärkt.“ einfügen: „Das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) des Landes Berlin bauen wir so auf, dass es die ihm per Gesetz übertragenen IT-Aufgaben für das Land Berlin auch wirklich leisten kann. Hierzu überarbeiten wir die Organisations- und Gehaltsstruktur des ITDZ, damit das ITDZ im Kampf um das beste Personal mithalten kann.“	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-02/08 Luisenstadt	A252	75	3970	1. Der Abschnitt Neu 2.2 wird wie folgt erweitert: „Auch wichtige Bereiche der digitalen Infrastruktur sehen wir als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Die Bereitstellung leistungsfähiger Netzzugänge ist zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung. Wir werden uns in Bund und Land für eine Gigabit-Strategie einsetzen, um den bisher stockenden Breitband-Infrastrukturausbau zu beschleunigen und möglichst allen Unternehmen und allen Bürger:innen einen Glasfaseranschluss zu ermöglichen. Auch den Zugang zur 5G-Infrastruktur wollen wir so vorantreiben. Aus den Erfahrungen der Pandemiezeit haben wir gelernt und steuern aktiv um: Straßenbaumittel im Landeshaushalt werden verstärkt für den Ausbau der digitalen Infrastruktur umgewidmet. Wir werden die Gründung eines Berliner Infrastrukturbetriebes zum Ausbau und Betrieb von modernen Infrastruktur-Netzen prüfen.“	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Forum Netzpolitik	A253	76	3977	Einfügen in Zeile 3976, nach "Glasfaseranschluss": "und zwar bis in die Wohnung (FTTH). Um die Wahlfreiheit der Verbraucher:innen zu gewährleisten, muss allen Anbietern von Telekommunikationsdienstleistungen Zugang zu dieser Infrastruktur gewährt werden."	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Forum Netzpolitik	A254	76	3978	Einfügen in Z. 3978, nach "5G-Infrastruktur": "und kommenden Netztechnologien"	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	FA-VII	A255	76	3971-3981	Absatz zu Daseinsvorsorge soll gestrichen werden und das Thema ausschließlich in Wirtschaft (siehe Vorschlag) behandelt werden.	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Jusos	A384	77	4036	S.77, Z. 4036 füge ein hinter „fortführen“ als neuen Absatz: Um allen Menschen in unserer Stadt die gleichen Dienstleistungen der Behörden zur Verfügung zu stellen, werden wir uns dafür einsetzen, die bestehenden Gebührenverordnungen gerechter zu gestalten. Eine Finanzierung beispielsweise über steuerliche Abgaben werden wir prüfen. In solchen Fällen, in denen dies das Bundesrecht tangiert, werden wir entsprechende Bundesratsinitiativen anstoßen.	Ablehnung	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A256	77	4051	Nach „[...] aus der Pandemie führen.“ einfügen: „Dies schließt eine langfristige Streckung der Tilgung der Corona-Verschuldung ein. Unsere sozialdemokratische Finanzpolitik ist nachhaltig, weil sie Berlin wettbewerbsfähig macht und die Chancengleichheit stärkt.“	Annahme	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-08/01 Rixdorf	A470	77	4038-4051	Abschnitt ersetzen durch: „Die Pandemie hat uns auch finanzpolitisch vor große Herausforderungen gestellt und gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Die SPD geführte Landesregierung hat sofort und entschieden die massive Unterstützung der Wirtschaft, der Selbständigen, der Kulturschaffenden und auch der Familien durchgesetzt. Wir haben die Krankenhäuser und öffentlichen Betriebe gerade während der Pandemie gestützt, um deren Leistungen für die Berliner:innen zu erhalten und auszubauen. Mit der SPD wird es kein „Heraussparen“ aus der Krise geben. Stattdessen ist unsere Antwort auf diese Herausforderung ein Jahrzehnt der Investitionen und Innovationen. Für zusätzliche Investitionen in die Verkehrs- und Klimawende, die Digitalisierung der Verwaltung und Bildung sowie leistbare Wohnungen müssen wir die bestehenden rechtlichen Ausgabenspielräume konsequent nutzen, sowie die Schuldenbremse bis auf Weiteres aussetzen. Wir werden Berlin mit Konjunkturprogrammen, Starthilfen und gezielten Investitionen in Wirtschaft und Arbeitsplätze aus der Pandemie führen. Dies schließt eine langfristige Refinanzierung der Corona-Verschuldung ein. Unsere sozialdemokratische Finanzpolitik ist nachhaltig und stärkt die Chancengleichheit.“	Annahme	Konsens
05-Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	Abt.-04/76 Rund um den Ka	A322	77	4048-4051	Streichen:Wir werden Berlin mit Konjunkturprogrammen, Starthilfen und gezielten Investitionen in Wirtschaft und Arbeitsplätze aus der Pandemie führen. Stattdessen einfügen: „Das Land Berlin braucht eine Entschuldung durch die Bundesregierung und die Aufhebung der Schuldenbremse für Investitionen in die öffentliche Verwaltung und die Öffentliche Daseinsvorsorge.“	Erliegt	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	FA-VII	A257	78	4102	hinter dem Satz „Hilfesuchende sollen ohne Hürden oder komplizierte Anträge“ individuelle Unterstützung erhalten“ soll folgender Satz eingefügt werden:  „Wir unterstützen Modellvorhaben, die neue Ansätze in Bezug auf die mögliche zukunftsfähige und armutsfeste Ausgestaltung des Sozial- und Steuersystems ausprobieren. Daher unterstützen wir das "Pilotprojekt Grundeinkommen" des Vereins mein-Grundeinkommen mit den Partnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und dem Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern (Köln).“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzow-Viertel	A258	78	4107	Einfügen "Wer sich selbstlos für andere einsetzt, dem soll daraus kein persönlicher oder finanzieller Nachteil entstehen. Es soll sichergestellt werden, dass Helfer:innen Zugang zu Beratung, Betreuung, Unterstützung und Fürsorge erhalten."	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-08/01 Rixdorf	Ä471	79	4146	Ersetze „Dafür möchten wir das Konzept des Housing First entwickeln und eine Verzahnung mit dem Programm Betreutes Wohnen anstreben.“ Durch „Dafür möchten wir das erprobte Konzept des Housing First flächendeckend umsetzen. Jeder und jede hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Deshalb richten wir Hilfsangebote, wie z.B. bei der Suchtberatung, so aus, dass Menschen schon während der Inanspruchnahme der Hilfe schon in der eigenen Wohnung leben könne.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Jusos	Ä385	79	4163	S. 79, Z.4163 : ersetze extremistisch durch rechtsextremistisch	Annahme in der Fassung der AK: Streichung von "extremistisch"	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä259	79	4165	Nach „[...] entgegenzutreten.“ einfügen: „Dies gilt auch für alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä260	79	4171	Ersetze „die Strukturen“ durch: „zugängliche Strukturen für alle Bürger:innen“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä261	79	4176	Nach „Anlaufstellen.“ die Wörter einfügen: „sowie die Ressourcen der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä262	79	4176	Nach „[...] Anlaufstellen stärken.“ einfügen: „Zudem werden wir uns im Abgeordnetenhaus für eine Enquetekommission „Einsamkeit“ einsetzen. Die Kommission soll sich grundsätzlich mit der Thematik Einsamkeit und deren Auswirkungen auf Berlin beschäftigen sowie grundlegende Konzepte erarbeiten.“	Ablehnung	Konsens
06-TEIL VI - Berlin in Sicherheit	Abt. 03/14 (Pankow)	Ä263	79	4176	Nach „Einsamkeit ist ein ernstzunehmendes soziales Phänomen.“ einsetzen: „Insbesondere die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie sehr Isolation unser aller Leben verändert. Aus dieser Erfahrung müssen entsprechende Hilfs- und niedrigschwellige Kontaktangebote folgen und bekannt gemacht werden.“	Annahme	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä264	79	4141-4156	Den gesamten Absatz ersetzen durch:  „Wir wollen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beenden und Betroffenen eine menschenwürdige Perspektive eröffnen. Wir werden die regelmäßige Zählung obdachloser Menschen in Berlin fortführen und die Nacht der Solidarität bekannter machen. Wohnungslose Menschen fallen bislang durch die Zählung und bleiben unentdeckt. Dafür möchten wir das Konzept des Housing First entwickeln und eine Verzahnung mit dem Programm Betreutes Wohnen anstreben. Jeder und jede hat das Recht auf eine eigene Wohnung. Deshalb richten wir Hilfsangebote, wie z.B. bei der Suchtberatung, so aus, dass Menschen schon während der Inanspruchnahme der Hilfe in der eigenen Wohnung leben können. Die gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung der Wohnungs- und Obdachlosen wollen wir auf Landesebene für das gesamte Stadtgebiet so schnell wie möglich umsetzen und die Bezirke bereits im kommenden Winter bei der Unterbringung aktiv mit der besseren Übersicht der Unterbringungsmöglichkeiten über eine Datenbank unterstützen. Wir werden das geschützte Marksegment im Wohnungsbereich ausweiten. Wir wollen außerdem erreichen, dass die Höhe der Übernahme von Miet- und Heizkosten in Notlagen durch Jobcenter und Grundsicherungsämter flexibler geregelt wird. Wir stärken die Beratungsstrukturen, um so vor Wohnungsverlust präventiv zu schützen.  Für Menschen, die ihre Wohnung verloren haben oder von Wohnungsverlust bedroht sind, müssen ganzjährig geöffnete, unbürokratisch arbeitende Beratungs- und Versorgungsangebote zur Verfügung stehen. Die Angebote der Kältehilfe müssen dauerhaft erhalten bleiben und in Notsituationen schnell und unkompliziert erweitert werden können. Die Notwendigkeit dafür hat sich gerade in der Corona-Pandemie mehr als deutlich gezeigt. Auch das Angebot von Aufenthaltsmöglichkeiten in Tageseinrichtungen wollen wir ausweiten. Auf die besonderen Herausforderungen der Integration geflüchteter Menschen in den Wohnungsmarkt wollen wir die sozialen Dienste noch besser vorbereiten. Wir wollen außerdem mehr Übergangunterkünften für wohnungslose Familien und Alleinerziehende in ganz Berlin einrichten. Es fehlen feste (betreute) ganzjährige Wohnformen für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Vermittlung in dauerhaften Wohnraum. Insbesondere bei Frauen mit Kindern, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, ist der Bedarf drastisch gestiegen. Hier werden wir handeln und kieznah Übernachungsangebote ausbauen, die auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sind.  Beim Ausbaus setzen wir auf kleine und mittelgroße Angebote, weil insbesondere Frauen und Familien dort seltener Übergriffen ausgesetzt sind. Andere Angebote wie z.B. Tragflughallen führen allein durch ihre Größe dazu, dass Frauen sie aus Angst vor Übergriffen gar nicht erst aufsuchen. Uns ist wichtig, dass generell - und insbesondere in Ausnahmesituationen, wie einer Pandemie, rund um die Uhr zugängliche Angebote bestehen, die sich gezielt und ausschließlich an Frauen und auch Frauen mit Kindern richten, da diese die gemischten Unterkünfte teilweise aufgrund von Gewalterfahrungen meiden. Die Einrichtungen sollen auch auf die Belange von Frauen mit Behinderungen ausgerichtet sein.“	Annahme in der Fassung der AK: "Wir wollen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beenden und Betroffenen eine menschenwürdige Perspektive eröffnen. Wir werden die regelmäßige Zählung obdachloser Menschen in Berlin fortführen und die Nacht der Solidarität bekannter machen. Wohnungslose Menschen fallen bislang durch die Zählung und bleiben unentdeckt. Dafür möchten wir das Konzept des Housing First entwickeln und eine Verzahnung mit dem Programm Betreutes Wohnen anstreben. Jeder und jede hat das Recht auf eine eigene Wohnung. Die gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung der Wohnungs- und Obdachlosen wollen wir auf Landesebene für das gesamte Stadtgebiet so schnell wie möglich umsetzen und die Bezirke bereits im kommenden Winter bei der Unterbringung aktiv mit der besseren Übersicht der Unterbringungsmöglichkeiten über eine Datenbank unterstützen. Wir werden das geschützte Marksegment im Wohnungsbereich ausweiten. Wir wollen außerdem erreichen, dass die Höhe der Übernahme von Miet- und Heizkosten in Notlagen durch Jobcenter und Grundsicherungsämter flexibler geregelt wird. Wir stärken die Beratungsstrukturen, um so vor Wohnungsverlust präventiv zu schützen.  Für Menschen, die ihre Wohnung verloren haben oder von Wohnungsverlust bedroht sind, müssen ganzjährig geöffnete, unbürokratisch arbeitende Beratungs- und Versorgungsangebote zur Verfügung stehen. Die Angebote der Kältehilfe müssen dauerhaft erhalten bleiben und in Notsituationen schnell und unkompliziert erweitert werden können. Wir wollen außerdem mehr Übergangunterkünften für wohnungslose Familien und Alleinerziehende in ganz Berlin einrichten. Es fehlen feste (betreute) ganzjährige Wohnformen für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Vermittlung in dauerhaften Wohnraum. Insbesondere bei Frauen mit Kindern, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, ist der Bedarf drastisch gestiegen. Hier werden wir handeln und kieznah Übernachungsangebote ausbauen, die auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sind. Die Einrichtungen sollen auch auf die Belange von Frauen mit Behinderungen ausgerichtet sein."	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	AG-MuV	Ä266	80	4184	Ergänze: „Kettenduldungen lehnen wir deshalb ab. Wir wollen im Rahmen einer Altfallregelung mit Stichtag ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Ausländer, die mindestens seit zwei Jahren Teil unserer Gesellschaft geworden sind.“	Erliegt durch Ä265	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-08/01 Rixdorf	Ä267	80	4184	ergänze (nach „ohne Angst ermöglichen“): „Kettenduldungen lehnen wir deshalb ab. Wir wollen im Rahmen einer Altfallregelung mit Stichtag ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Ausländer, die mindestens seit zwei Jahren Teil unserer Gesellschaft geworden sind.“	Erliegt durch Ä265	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä265	80	4184	Nach „[...] ohne Angst zu ermöglichen.“ einfügen: „Kettenduldungen lehnen wir deshalb ab. Wir wollen im Rahmen einer Altfallregelung mit Stichtag ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Ausländer:innen, die mindestens seit zwei Jahren Teil unserer Gesellschaft geworden sind.“	Annahme in der Fassung der AK: „Kettenduldungen lehnen wir ab. Wir werden uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, Migrant*innen durch einen leichteren Spurwechsel ein dauerhaftes Aufenthalts- und Bleiberecht zu ermöglichen.“	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	AG-MuV	Ä268	80	4187	ergänze: „Wir wollen allen Berliner:innen den Zugang zu städtischen Leistungen ermöglichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Deshalb werden wir eine Berlin City-ID-Card einführen, um die Teilhabe an Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung für alle Menschen, die so eine Karte beantragen, zu fördern“.	Erliegt	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-08/01 Rixdorf	Ä269	80	4187	ergänze: „Wir wollen allen Berliner:innen den Zugang zu städtischen Leistungen ermöglichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Deshalb werden wir eine Berlin City-ID-Card einführen, um die Teilhabe an Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung für alle Menschen, die so eine Karte beantragen, zu fördern“.	Erliegt	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	Ä270	80	4188	Ergänze:  „1.4. Soziale Angebote zur Suchtprävention. Wir bekämpfen den Drogenhandel vor Ort und auf der Ebene der organisierten Kriminalität. Eine gute und soziale Drogenpolitik setzt aber auch bei den Drogennutzer:innen an. Zu diesem Zweck unterstützen wir soziale Angebote zur Suchtprävention, um Menschen mit Suchtkrankheiten den Ausstieg aus der Drogensucht zu ermöglichen. Dazu bauen wir Beratungs- und Selbsthilfeangebote, sowie Angebote einer aufsuchenden Sozialarbeit aus. Außerdem arbeiten wir daran, öffentliche Räume zu entlasten, in denen sich Menschen aufhalten, die drogenabhängig sind. Hierzu bauen wir Drogenkonsumräume sowie Spritzenprogramme aus und sorgen für sichere Spritzenabwurfstellen, um die Sicherheit in öffentlichen Parks und auf Spielplätzen zu erhöhen. Wir wollen außerdem Opioid-Substitutionsprogramme und Angebote der Diamorphin-Therapie ausbauen, inklusive psychologischer und medizinischer Folgeangebote. So ermöglichen wir Menschen mit Suchtkrankheiten aus der Drogensucht auszusteigen. Hierdurch entlasten wir außerdem die Polizei und schaffen Kapazitäten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und insbesondere des Drogenhandels.“	Erliegt durch Ä270	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Jusos	Ä387	80	4202	S. 80, Z. 4202 füge ein nach "unterwegs.": "Im Sinne eines Community Policing Ansatzes, sollen die Beamt*innen so in den barrierearmen, regelmäßigen und direkten Austausch mit den Bürger*innen, Kleinwerbetreibenden, gemeinnützigen Träger*innen und Vereinen vor Ort kommen. Die Beamt*innen sollen für die Bürger*innen ansprechbar sein, ihre Sicherheitsbedürfnisse vor Ort aufnehmen und so Teil der Kiezgemeinschaften werden. Das schafft gegenseitiges Vertrauen.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	Ä272	80	4225	Einfügen: "Im Zuge des demografischen Wandels werden auch zahlreiche Beamt:innen in den kommenden Jahren altersbedingt den Polizeidienst verlassen. Es ist wichtig, gut ausgebildete Kräfte für Berlin zu gewinnen und zu halten. Auch im Hinblick auf die besonderen Anforderungen der Hauptstadtpolizei ist eine Anpassung der Bezüge über an den Bundesschnitt notwendig.“	Ablehnung	Dissens
06-Berlin in Sicherheit	AG-MuV	Ä274	80	4184-4187	ersetze „Wir wollen ein eigenes Landesaufnahmeprogramm umsetzen und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins insbesondere minderjährige Geflüchtete aufnehmen.“ Durch „Wir wollen eigene Landesaufnahmeprogramme umsetzen und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins Menschen in Not aufnehmen. Diesen Anspruch setzen wir auch per Klage gegenüber dem Bundesinnenministerium durch. Unser Fokus liegt dabei auf besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wie unbegleitete Minderjährigen.“	Erliegt durch 273	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-08/01 Rixdorf	A275	80	4184-4187	ersetze „Wir wollen ein eigenes Landesaufnahmeprogramm umsetzen und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins insbesondere minderjährige Geflüchtete aufnehmen.“ Durch „Wir wollen eigene Landesaufnahmeprogramme umsetzen und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins Menschen in Not aufnehmen. Diesen Anspruch setzen wir auch per Klage gegenüber dem Bundesinnenministerium durch. Unser Fokus liegt dabei auf besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wie unbegleiteten Minderjährigen.“	Erliegt durch 273	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-08/01 Rixdorf	A478	80	4184-4187	Füge ein: "Gemeinsam mit anderen europäischen Städten wollen wir bürokratische Hürden abbauen und durch eigene Landesaufnahmeprogramme Geflüchteten ermöglichen, in Berlin anzukommen."	Erliegt durch A306	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A273	80	4184-4187	Ersetze „Wir wollen ein eigenes Landesaufnahmeprogramm umsetzen und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins insbesondere minderjährige Geflüchtete aufnehmen.“ durch: „Wir wollen eigene Landesaufnahmeprogramme umsetzen und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins Menschen in Not aufnehmen. Diesen Anspruch setzen wir auch per Klage gegenüber dem Bundesinnenministerium durch. Unser Fokus liegt dabei auf besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wie unbegleiteten Minderjährigen.“	Annahme in der Fassung der AK „Wir wollen eigene Landesaufnahmeprogramme umsetzen und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins Menschen in Not aufnehmen. Dies machen wir auch im Klageweg gelten. Unser Fokus liegt dabei auf besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wie unbegleiteten Minderjährigen.“	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A276	80	4208-4213	Absatz Streichen	Ablehnung	Dissens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A277	81	4238	Eine Ergänzung soll erfolgen in: „werden wir mehr barrierefreie Kapazitäten in Frauenhäusern schaffen“	Erliegt	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A278	81	4266	Vor „ein wirksames Mittel“ die Worte „im Zusammenwirken mit der Beweislastumkehr“ einfügen.	Erliegt	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A280	81	4275	„Datenauswertungen“ ersetzen durch „Asservatenauswertung“	Fassung der AK: Ersetze „Datenauswertungen“ durch „Auswertung“	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A279	81	4275	„durchsucht“ ersetzen durch „gesichtet“	Annahme in der Fassung der AK „durchsucht“ ersetzen durch „ausgewertet“	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A281	81	4276	vor „Kapazitäten“ die Worte „technischen und personellen“ einfügen.	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A282	81	4253-4257	Wir verstärken den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und Ihre Phänomenebereiche. Die Delikte der Organisierten Kriminalität reichen von Mord und Raub über Wirtschaftskriminalität, Steuervergehen, Schutzgelderpressung bis zu organisiertem Drogen- und Waffenhandel, Menschenhandel und Zwangsprostitution.	Erliegt	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A283	81	4276-4279	„Cyberkriminelle bedrohen durch Betrug und Missbrauch von Identitäten die Menschen in ihrem finanziellen sowie in ihrem persönlichen Umfeld und verursachen Millionenschäden.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Jusos	A389	82	4329	S. 82, Z. 4329 ein nach „Innenpolitik“: Wir wollen das Racial-Profilng-Verbot auch unmissverständlich im ASOG verankern.	Annahme	Dissens
06-Berlin in Sicherheit	AG-MuV	A284	83	4346	Füge ein (nach „geschaffen.“) „Aber auch die Reflektion zu alltäglichen Vorurteilen ist für eine funktionierende Polizei notwendig. Deshalb bauen wir Supervisions-Möglichkeiten in der Dienstroutine aus.“	Annahme in der Fassung der AK: „Aber auch die Reflektion zu alltäglichen Vorurteilen ist für eine funktionierende Polizei sachgerecht. Deshalb bauen wir Supervisions-Möglichkeiten in der Dienstroutine aus.“	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-08/01 Rixdorf	A472	83	4346	Füge ein (nach „geschaffen.“) „Aber auch die Reflektion zu alltäglichen Vorurteilen ist für eine funktionierende Polizei notwendig. Deshalb integrieren wir Supervision verbindlich in die Dienstroutinen.“	Erliegt	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A285	83	4349	Ergänze nach „[...] umgesetzt werden“: „und die Entwicklungen zu Rassismus innerhalb der Polizei auch weiter unabhängig erforscht wird.“	Annahme in der Fassung der AK wir stellen weiterhin unabhängige Forschung sicher.“	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Jusos	A395	83	4349	S. 83, Z.4349 : Daher werden wir uns für einen Untersuchungsausschuss einsetzen, um etwaige Verfehlungen bei den Ermittlungen und im Umgang mit den Betroffenen aufzudecken.	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-12/01 Borsigwalde/Teg	A286	83	4385	Füge folgenden Absatz ein: Zur Förderung der Demokratie und um die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen zu stärken, will die SPD ein umfangreiches verbindliches Lobbyregister für Berlin einführen, das sich an den internationalen Standards orientiert. Die dadurch geschaffene Transparenz von Lobbytätigkeiten wollen wir durch einen legislativen bzw. exekutiven Fußabdruck ergänzen, der konkret nachzeichnet, welche Akteure auf welche Weise an Gesetzgebungsprozessen beteiligt waren. Durch ein geregeltes Prüfverfahren müssen Verstöße nicht nur festgestellt, sondern auch sanktioniert werden können	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KV-Mitte	A531	85	4500	In Zeile 4500 einfügen „Wir setzen uns entschieden gegen jeden Antiziganismus ein und wollen, dass antiziganistische Straftaten besser dokumentiert und verfolgt werden.“	Annahme	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A287	85	4449-4450	„Die SPD bekämpft entschieden Hasskriminalität und stellt sich allen Angriffen auf unsere Demokratie“ einsetzen: „... seien sie online oder offline.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A288	86	4535	Ergänze nach „[...] wir weitergehen“: „Dazu soll auch monatlich der Sperrmüll kostenfrei für die Bürger:innen durch die BSR abgeholt und entsorgt werden.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Friedrichshain-Kreuzberg	A289	86	4535	Ergänze nach „[...] wir weitergehen“: „und ausbauen, um die BSR auch zur Säuberung von Spielplätzen einzusetzen.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Jusos	A393	86	4513-4515	S. 86, Z. 4513-4515 streiche Satz nach "Berlin"	Annahme in der Fassung der AK mit Ergänzung "Das gilt auch für die Rigaerstraße."	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Forum Netzpolitik	A290	87	4563	In Zeile 4563 am Ende ergänzen: "Berlin wird auf die anderen Bundesländer zugehen und Gespräche darüber initiieren, inwiefern die Bundesländer ihre Zusammenarbeit beispielsweise über die Errichtung einer gemeinsamen Zentralstelle zur Verfolgung von Kriminalität im "Tatort Internet" verbessern und schlagkräftiger gestalten können."	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Jusos	A394	87	4602	S. 87, Z.4602 füge an: Zudem wollen wir Schwerpunktstaatsanwält*innen zur Verfolgung von rechtsterroristisch bzw. rechts motivierten Straftaten einrichten und sie finanziell und personell mit adäquaten Mitteln auszustatten. Ebenso werden wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften für den Bereich Hate Speech sowie Bedrohung im Internet einrichten.	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Forum Netzpolitik	A291	88	4641	In Zeile 4641 nach "(...)" zur Verfügung stehen." ergänzen: "Urteile und andere öffentliche Dokumente der Justiz gehören der Allgemeinheit und müssen daher, statt sie nur an private Fachverlage zu verkaufen, für alle kostenfrei zugänglich sein. Die zeitnahe Veröffentlichung von Urteilen, an denen öffentliches Interesse besteht, soll zum Regelfall werden."	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	ASJ	A292	89	4678	innerhalb der Aufzählung soll nach „Gerichte“ "Jugendvollzugsanstalt" eingefügt werden	Annahme	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A293	89	4726	nach "...Wegwerfen von Müll konsequent zu bekämpfen." wird eingefügt: „Zukünftig soll die kostenlose Sperrmüllentsorgung durch die BSR ausgeweitet werden. Unzulässige Abfallentsorgung muss konsequenter geahndet werden.“	Annahme	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A294	90	4715	Z.4715 hinzufügen: „[...] AUSFÄLLE ZENTRALER INFRASTRUKTUR und gesundheitliche Gefahren [...]“	Annahme	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Jusos	A388	90	4716	S.90, Z. 4716 anfügen: Dazu gehört eine Überarbeitung von polizeilicher Datenerfassung und Verarbeitung, Sperrungs- und Löschriften müssen eng gefasst und effektiv durchgesetzt werden. Abfragen aus polizeilichen Datenbanken dürfen nur in begründeten Fällen erfolgen und sind zu protokollieren. Wir wollen die Datenspeicherungen bei der Berliner Polizei insgesamt transparenter und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer gestalten. Daher werden zukünftig die Personen deren Daten bei der Berliner Polizei gespeichert sind, proaktiv über entsprechende Eintragungen unterrichtet.	Annahme in der Fassung der AK "Dazu gehört eine Überarbeitung von polizeilicher Datenerfassung und Verarbeitung, Sperrungs- und Löschriften müssen eng gefasst und effektiv durchgesetzt werden. Abfragen aus polizeilichen Datenbanken dürfen nur in begründeten Fällen erfolgen und sind zu protokollieren. Wir wollen die Datenspeicherungen bei der Berliner Polizei insgesamt transparenter und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer gestalten."	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzw-Viertel	A295	90	4728	„BSR und die Wertstoffhöfe sollen besser ausgestattet werden. Mehr Personal, längere Öffnungszeiten sowie eine Kampagne, welche die kostenlose Sperrmüllabholung in den Fokus rückt, sollen uns dem Ziel einer sauberen Stadt näher bringen.“	Ablehnung	Konsens

Bereich	Antragsteller*in	Nr.	S.	Zeile	Änderungsantrag	Votum GESAMT	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	KV-Mitte	A297	90	4748	füge nach „... Bürger schaffen.“ ein:  Dabei binden wir auch Partnerorganisationen von der Bundesebene sowie private Hilfsorganisationen ein. Die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit im Bevölkerungsschutz werden wir stärken, z. B. mit einer Dankeschönprämie oder mit Anreizen zur Mitwirkung.	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzow-Viertel	A298	90	4749	das Wort „Steuerung“ ersetzen durch „Anleitung / Lenkung“	Annahme in der Fassung der AK: "Die Hilfe für die Bevölkerung..."	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzow-Viertel	A299	90	4751	Nach „Die Information und Steuerung der Bevölkerung in außergewöhnlichen Lagen ist für die Bewältigung von Krisensituationen unerlässlich.“ einsetzen:  „Zu diesem Zweck soll auch die Datenversorgung entsprechender Apps (wie durch KATWARN und NINA) und SMS-Dienste sowie von digitaler Werbeanzeige tafeln und digitalen Fahrpläne im ÖPNV stärker ausgebaut werden.“	Ablehnung	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzow-Viertel	A300	91	4775	Z. 3372: Nach „Durch den Neubau von Feuer- und Rettungswachen werden Versorgungslücken geschlossen und Hilfsfristen verkürzt.“ einsetzen: „Die längeren Anfahrtszeiten zum Einsatzort in den Außenbezirken sollen im Vergleich (Hilfsfristkarenz) zu den Innenstadtbereichen soll reduziert werden.“	Annahme in der Fassung der AK: „Durch den Neubau von Feuer- und Rettungswachen werden Versorgungslücken geschlossen und Hilfsfristen insbesondere auch in den Außenbezirken verkürzt.“	Konsens
06-Berlin in Sicherheit	Abt.-03/14 Bötzow-Viertel	A301	91	4806-4808	„das gilt für den Fuhrpark genauso wie für Feuerwachen“ ersetzen durch: „das gilt für den Fuhrpark, die Feuerwachen und die Ausbildung der Ehrenamtlichen. Auch bei den Freiwilligen Feuerwehren muss der bestehende Sanierungsstau fokussiert und abgebaut werden“.	Ablehnung	Konsens
07-AUSBLICK	Abt.-04/91 Wilmersdorf-Süd	A522	92	4865	Auf Seite 92 in Zeile 4865 wird nach „Metropolregion Berlin-Brandenburg.“ eingefügt: „Der Strategische Gesamtrahmen Hauptstadtregion, der Leitideen für Berlin und das gesamte Land Brandenburg formuliert, ist für uns die Grundlage der Entwicklung der gemeinsamen Metropolregion.“	Ablehnung	Konsens
07-AUSBLICK	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A302	93	4896	Füge ein nach „ein.“, Seite 93, Zeile 4896:  Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, zu deren Erreichung sich Deutschland verpflichtet hat und zu denen sich auch Berlin bekennt, sind Richtschnur unserer Politik. Sie bestimmen unser lokales Handeln in einer globalisierten Welt, um die Erreichung dieser Ziele bis 2030 zu unterstützen.	Annahme	Konsens
07-AUSBLICK	FA-Europa	A303	93	4896	S. 93, Zeile 4896 fett einfügen/ersetzen:  Die SPD Berlin tritt für qualitative, rechtsverbindliche und sanktionierbare Sozial- und Umweltstandards sowie eine Stärkung der Menschenrechtsdimension in EU-Handelsverträgen ein und wird diese auch in Zukunft verstärkt einfordern. Die Handelspolitik der EU soll nicht zu einem Abbau, sondern zu einer Erhöhung dieser Standards auf beiden Seiten führen und auf jegliche Form privater Schiedsgerichte verzichten.	Annahme	Konsens
07-AUSBLICK	FA-Europa	A304	93	4898	S. 93, Zeile 4895 in fett einfügen: ... Erhalt und Ausbau dieser Mittel in der EU ein und wollen gleichzeitig die Chancen des Corona-Wiederaufbauprogramms „Next Generation EU“ für Berlin nutzen.	Annahme	Konsens
07-AUSBLICK	FA-Europa	A305	93	4902	einfügen:  „Wie wollen einen „Social Green Deal“ nicht nur in Berlin, sondern auch den Europäischen Grünen Deal durch eine soziale Dimension erweitern.“	Annahme	Konsens
07-AUSBLICK	FA-Europa	A306	93	4906	einfügen  "Gemeinsam mit anderen europäischen Städten wollen wir bürokratische Hürden abbauen und durch eigene Landesaufnahmeprogramme Geflüchteten ermöglichen, in Berlin anzukommen. "	Annahme	Konsens
07-AUSBLICK	Abt.-08/01 Rixdorf	A479	93	4912	Füge ein: "(...)sanktionieren".  "Wir setzen uns für einen Fonds bei der EU ein, durch den europäische Kommunen, die freiwillig zusätzliche Geflüchtete aufnehmen und integrieren, die dafür entstehenden Kosten erstattet bekommen und darüber hinaus Mittel erhalten, die sie für die Verbesserung ihrer kommunalen Infrastruktur verwenden können."	Annahme	Konsens
07-AUSBLICK	FA-Europa	A307	93	4918	Einfügen hinter "...stärken".  „Gleichzeitig wollen wir eine umfassende Europastrategie des neuen Berliner Senats erarbeiten und setzen uns dafür ein, einen Europabezug in die Verfassung von Berlin aufzunehmen.“	Erliegt	Konsens
07-AUSBLICK	Abt.-08/01 Rixdorf	A480	93	4918	Füge ein hinter (...)stärken:  "Gleichzeitig wollen wir eine umfassende Europastrategie des neuen Berliner Senats erarbeiten und setzen uns dafür ein, einen Europabezug in die Verfassung von Berlin aufzunehmen."	Annahme in der Fassung der AK an anderer Stelle "Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, einen Europabezug in die Verfassung von Berlin aufzunehmen."	Konsens
07-AUSBLICK	Abt.-08/01 Rixdorf	A475	93	4897-4898	füge ein:  „Erhalt und Ausbau dieser Mittel in der EU ein und wollen gleichzeitig die Chancen des Corona-Wiederaufbauprogramms „Next Generation EU“ für Berlin nutzen.“	Annahme	Konsens
07-AUSBLICK	Abt.-08/01 Rixdorf	A476	93	4898-4902	Einfügen:  „Die SPD Berlin tritt für qualitative, rechtsverbindliche und sanktionierbare Sozial- und Umweltstandards sowie eine Stärkung der Menschenrechtsdimension in EU-Handelsverträgen ein und wird diese auch in Zukunft verstärkt einfordern. Die Handelspolitik der EU soll nicht zu einem Abbau, sondern zu einer Erhöhung dieser Standards auf beiden Seiten führen und auf jegliche Form privater Schiedsgerichte verzichten.“	Erliegt durch A303	Konsens
07-AUSBLICK	Abt.-08/01 Rixdorf	A477	93	4902-4904	Ergänze: „Wie wollen einen Social Green Deal nicht nur in Berlin, sondern auch den Europäischen Grünen Deal durch eine soziale Dimension erweitern.“	Erliegt durch A305	Konsens
07-AUSBLICK	KDV-Tempelhof-Schöneberg	A309	k.a	k.a	Füge hinter „Nationen“ ein und füge nach „haben“ an: „Mit unserer Politik in Europa wie in der Welt machen wir uns für eine Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung stark, in der sich die Völker der Welt zu einer gemeinsamen nachhaltigen Zukunft in Frieden, Freiheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt verpflichtet haben. Sie ist Richtschnur unserer nationalen wie internationalen Politik.“	Erliegt	Konsens
08-Ohne Zuordnung	Jusos	A371	o.A.	o.A.	füge ein hinter „machen“:  „Die Unabhängigkeit der Wissenschaft von der Privatwirtschaft bleibt davon unberührt.“	Ablehnung	Konsens
08-Ohne Zuordnung	Jusos	A377	o.A.	o.A.	ersetze von "dass" bis "werden" durch:  "sowohl die Zahlung von gerechten, existenzsichernden Löhnen als auch die betriebliche Mitbestimmung der Beschäftigten. Gerade in Berlin muss die SPD an der Seite derjenigen stehen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden."	Ablehnung	Konsens
08-Ohne Zuordnung	Jusos	A380	o.A.	o.A.	füge ein vor "Ihrer": "auch in Zeiten der Corona-Krise"	Ablehnung	Konsens
08-Ohne Zuordnung	Jusos	A390	o.A.	o.A.	füge ein "an kriminalitätsbelasteten Orten"	Ablehnung	Konsens
08-Ohne Zuordnung	Jusos	A391	o.A.	o.A.	ergänze "so wie migrantischen Selbstorganisationen."	Ablehnung	Konsens
08-Ohne Zuordnung	Jusos	A392	o.A.		füge ein  " Wir stehen für eine progressive Cannabispolitik. Daher wollen wir weiterhin ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekts zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene durchführen. So die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen dafür noch fehlen, setzt sich die SPD Berlin dafür ein, dass das solche Pilotprojekte gesetzlich abgesichert werden. Drug-Checking wird aufgebaut. Sowie: Weiterentwicklung von Drogenkonsumräumen, Vergabe sauberen Konsummaterialien, wirksame Maßnahmen der Suchthilfe u.a. auch in Haft."	Ablehnung	Dissens